

5674 ZEITSCHRIFT FÜR

GEO POLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG 11 NOVEMBER 1956

Weltfeind Nr. 1: England

Apartheid - Rassenfrage heute

Demokratie in der Zeitwende

Kriegsrecht und militärische Notwendigkeit

Die Kriminalisierung der Wirtschaft

HERAUSGEGEBEN VOM INSTITUT FÜR GEOSOZIOLOGIE
UND POLITIK / BAD GODESBERG / VERTRIEB DURCH
KURT VOWINCKEL VERLAG HEIDELBERG

Postverlagsort Darmstadt

Zeitschriften
Kardex-Steckzettel

26. NOV. 1956

Hamburgisches
Welt-Wirtschafts-Archiv

1956
11/11/56

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

IN

GEMEINSCHAFT UND POLITIK

XXVII. JAHRGANG · HEFT 11 · 1956

INHALT

Die Schriftleitung:	Das Spiel mit dem Bürgerkrieg	1
---------------------	---	---

Voik und Welt

Bericht des Instituts:	Rassenfrage — heute	3
Heinz Rogge:	Südafrika und die Politik der Apartheid	5
Bericht des Instituts:	Weltpolitische Umschau	25

Selbstbehauptung und Sicherheit

Ernst van Loen:	Kriegsrecht und militärische Gewalt — Das Problem der unbeschränkten Gewaltanwendung im Kriege	27
Berichte des Instituts:	Literatur zur atomaren Lage	33
	1. Der gescheiterte Pascual Jordan	33
	2. Im Schatten des Atoms	35

Gemeinschaft und Verfassung

Otto Friedrichs:	Parteienstaat oder Ständestaat?	37
Berichte des Instituts:	Demokratie in der Zeitwende	45
	1. Politik oder Strategie?	45
	2. Die deutschen Parteien seit 1945	46
Leopold von Caprivi:	3. Das Problem der politisch Uninteressierten	47
Bericht des Instituts:	Deutschlands Weg 1945—1955	49

Blick in die Öffentlichkeit

Bericht des Instituts:	Kriminalisierung der Wirtschaft — Vermögensbildung in der westdeutschen Plutokratie	50
Sophus Elend:	Wider die Verfälschung des Agon — Olympischer Wettstreit in einer materialistischen Welt	54

MITARBEITER

Caprivi, Leopold von	Dr. phil., Eckendorf über Bielefeld II
Elend, Sophus	Dr. phil., Glückstadt, Hafen 43
Friedrichs, Otto	Schriftsteller, Anschrift über die Schriftleitung
Rogge, Heinz	Dr. phil., Heide i. Holst., Ostroher Weg 25

Preis des Einzelheftes: DM 2,30. Vierteljahresbezug: DM 6,50.

Postscheck: Kurt Vowinckel Verlag Ludwigshafen 124 61 / Bank: Süddeutsche Bank, Heidelberg

VERTRIEB: KURT VOWINCKEL VERLAG · HEIDELBERG · SCHMEILWEG 3

Das Spiel mit dem Bürgerkrieg

Die Völker halten den Atem an, da sich unter den erbarmungslosen Prankenschlägen der militanten Gewalthaber in Ost und West die Notgeburt einer neuen Epoche vollzieht. Man kann das eruptive Geschehen in Osteuropa und im Nahen Osten auf keine geschichtliche Formel mehr bringen, wenn man das Augenmerk nur auf die wechselnden Szenerien der Tagesereignisse richtet. Man muß versuchen, das Gesamtgeschehen in den Griff zu bekommen, so wie es sich tatsächlich als zusammenhängender Vorgang in wenigen Tagen entlud. Hans Zehrer schrieb: „Eine alte Welt, jene Welt, in der wir nach dem Zweiten Weltkrieg elfeinhalb Jahre lang ein Gehäuse der Ordnung und Ruhe gefunden zu haben glaubten, bricht zusammen. Eine neue Welt hebt sich vor unseren Augen aus dem Meer des Gestrigen wie eine Insel, die ein unterirdisches Seebeben an die Oberfläche hebt ... Die Konservativen, das sind im Osten die Stalinisten. Ihnen stehen die anderen gegenüber, die Progressiven und Fortschrittlichen. Die Konservativen, das sind die Repräsentanten jener elfeinhalb Jahre. Dieser Boden gerät heute ins Wanken, weil die Völker aus ihrer Starre erwachen und wieder zu sich kommen und weil sich nun plötzlich zeigt, daß dieses Gehäuse zu leblos und starr ist, um als stabil und als gültig anerkannt zu werden.“

Auch im Westen ist die Zeit der „Konservativen“ vorbei. Wer sind hier die „Konservativen?“ Es sind die gleichen Vertreter der vergangenen elfeinhalb Jahre, die Repräsentanten der Restauration, jenes reaktionären Imperialismus und Kolonialismus, denen auch im Westen „Progressive und Fortschrittliche“ gegenüberstehen. Selbst nachdem der „fintenreiche Kampf“ dieser westlichen Konservativen erneut die Stalinisten des Ostens „ermuntert“ hat, gibt es für die Konservativen keine Siege mehr, nur Niederlagen. „Die Völker wollen nicht mehr zu den alten Ufern zurück. Eine neue Welt taucht auf, die menschenwürdiger sein soll und in der sich mehr lohnt zu leben. Die erste Epoche der Nachkriegszeit endet heute.“ Dieser Prozeß war notwendig für die Welt.

Das, was für die ost-westliche Antithese, für Kapitalismus und Kommunismus im großen gilt, ist jetzt auch im geschichtlichen Beispiel bewiesen worden: Sie beide müssen miteinander leben und müssen miteinander sterben. Welche Konsequenzen hat der Westen aus der Lage gezogen? Wir sehen nur kurzschlüssige Fehldiagnosen, genauso wie 1945. Es gehört zur Tragik der

westlichen Welt, daß sie jede auf sie zukommende weltgeschichtliche Krise falsch diagnostiziert und mit einer falschen Therapie beantwortet. Man tut das Gegenteil von dem, was man eigentlich tun müßte.

Das Ergebnis der britischen Intervention ist der endgültige Zusammenbruch des Ansehens Englands in der Welt. Aber darüber hinaus wurde durch Englands Schuld eine sowjetische und amerikanische Aktivität entfacht, deren Folgen noch unabsehbar sind. Im Rücken frei geworden durch die inzwischen erfolgte Präsidenten-Wahl, drängen sich die Amerikaner wieder stark nach vorn. Die westliche Propaganda, schwer belastet durch die mit Eierhandgranaten gefüllten „Konserven“-Dosen von „Roten Kreuzen“ in Ungarn, heuchelt um den Untergang des Volkes, das man der eigenen Frivolität und Maßlosigkeit zum Opfer gebracht hat. Wird man jetzt weitere derartige Entwicklungen in Polen einleiten? Jedenfalls wird spürbar ein Interesse an Gebieten, in denen man bisher den Briten den Vortritt gelassen hatte: im Nahen Osten, in Afrika und Osteuropa, mit der Behauptung, daß angesichts des stürzenden britischen Löwen nunmehr sie allein in der Lage und berufen seien, den Sowjetimperialismus aufzuhalten. Von hier aus fordern sie jetzt, daß sich die sogenannte freie Welt weit mehr als bisher dem totalitären System des US-Primats einzuordnen habe. Entschiedener noch als bisher will man jede dritte und neutrale Konzeption für unmoralisch, ja verbrecherisch erklären. In der Konsequenz dieser Diagnose laufen die Propagandamaschinen, auch in der Bundesrepublik, auf Hochtouren. Es wird eine umgehende militärische Ausrüstung und eine totale Mobilmachung des Wirtschaftskörpers gefordert. Die Massen werden in eine „Verteidigungspsychose“ hineingetrieben unter Ausschachtung der ungarischen Tragödie.

Journalisten erklären offen, daß Amerika sich jetzt in einer neuen Phase seiner rollback-Politik befinde und dabei besonders auf das deutsche Potential zurückgreifen werde. Die Deutschen hätten sich damit abzufinden. Es gäbe kein Zurück mehr, da die Deutschen die einzigen wären, die in dieser Krise nicht das Gesicht verloren hätten. Die Erklärung der Bundesregierung vom 8. November wird als Radikalisierung der NATO-Politik ausgelegt, insbesondere wird hingewiesen auf die betonte Ansprache der neuen polnischen Regierung in der westdeutschen Regierungserklärung: daß Deutschland im Sinne der NATO-Akti-

vierung die Aufgabe zukomme, schleunigst alle Streitfragen mit den östlichen Satelliten, vor allem Polen, aus dem Wege zu räumen, was im Falle Polens nur heißen kann: Verzicht auf die deutschen Ostgebiete.

Für Ende November ist ein Gespräch zwischen dem Bundesverband der Deutschen Industrie und den Wirtschafts- und Verteidigungsministern über die Ankurbelung der westdeutschen Rüstungsindustrie angekündigt. Die Montan-Industriellen der Ruhr dozieren in feierlichem Jargon, sie würden sich den jetzt „auf sie zu kommenden Lasten nicht entziehen“ können. Offiziell wird die Parole ausgegeben, daß die deutsche Industrie nach außen nicht kräftig exportieren könne, ohne nach innen auch die „Rüstungslasten“ mitzutragen. Die Finanz- und Rüstungshyänen spekulieren auf den „Juliusturm“. Der Mammon brennt ihnen heißer auf den Nägeln als ihre Angst vor kommenden Nürnberg-Prozessen. Freilich will man den Gang nicht allein antreten und fordert daher die „mit der Eisenindustrie verwandten Wirtschaftszweige“ auf, sich mit der Schwerindustrie „solidarisch“ zu fühlen. Der neue junge Mann im Verteidigungsministerium, heißt es, stehe dem deutschen Panzerbau „positiver“ gegenüber als sein Vorgänger. Durch den Mund ihres Sprechers, Dr. Schenk, fordert die westdeutsche Schwerindustrie soeben die Erhöhung der Stahlerzeugung von 23 auf 30 Millionen Tonnen. Von Investitionsstop und Gefährdung der Wirtschaft durch Kapazitätsausweitung ist keine Rede mehr. Die Regierung wird aufgefordert, das erforderliche „Menschenmaterial“, und sei es in der Form eines gelenkten Arbeitsganges, bereitzustellen.

Die Walze ist im Rollen. England hat sie ins Rollen gebracht. Jetzt spielen die anderen mit dem Feuer. Mit dem Feuer eines dritten Weltkrieges. Mit dem Feuer eines deutschen Bürgerkrieges. Eines innerdeutschen Krieges nicht nur zwischen den Menschen diesseits und jenseits des Eisernen Vorhangs, sondern auch zwischen Menschen innerhalb der Bundesrepublik. Man soll doch nicht annehmen, die Bevölkerung widerstandslos in den Strudel eines internationalen Verbrechens hineinziehen zu können! Die Handlangerparteien des globalen Finanz- und Rüstungskapitals, das angesichts seiner bevorstehenden Krise nur noch den Ausweg in einem allgemeinen Weltenbrand sieht, glauben die westdeutsche Bevölkerung überfahren zu können. Werden wir uns den Blick vernebeln lassen? Das deutsche Volk hat die Galgen von Nürnberg im Geiste für die kommenden

Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher längst aufgerichtet.

Die Krise kann durch Berufung der beiden Seiten auf ihre imperialistische Ausgangspositionen nicht gelöst werden. Alle haben die Freiheit zu einseitigen Gewaltlösungen verloren, selbst wenn diese nur in klassischem Rahmen gehalten sind. Die Atomgiganten haben die Frage „Krieg oder Frieden?“ an sich gezogen. Die Atomgiganten selbst aber haben auch voreinander die Entscheidungsfreiheit über Krieg und Frieden verloren. Was übrig bleibt, ist der leidenschaftliche Freiheitswille der Völker. Die Ereignisse in Polen und Ungarn haben bewiesen, daß auch Satelliten sich durch Gewaltanwendung aus den Klauen der Bevormundung nicht befreien können. In Polen wurde der Bürgerkrieg vermieden und eine vorläufige politische Lösung ermöglicht, weil man auf die Gewaltanwendung verzichten mußte. Die militärische Macht war hier blockiert und Polen hatte Glück, einen Mann zu besitzen, der den Instinkt für den schmalen Grat des politisch Gebotenen besaß. In Ungarn war die militärische Gewalt nicht in der Weise blockiert, und man fand keine politische Persönlichkeit, die den schmalen Grat des Möglichen hatte einhalten können, zumal der Westen den Gang der Dinge in katastrophalem Sinne beeinflusste. Der Griff zur Gewalt forderte den Zusammenbruch der Bewegung.

Während der kritischen Tage ging durch Deutschland ein Aufatmen, weil wir keiner Versuchung zur Gewalt erliegen konnten. Unsere Sicherheit war in unserer Waffenlosigkeit begründet, während unsere Unsicherheit und Furcht wuchs mit der Sorge vor einer Auseinandersetzung zwischen den hochgerüsteten Atommächten. Wenn wir uns nun bis an die Zähne bewaffneten, würden wir den Zündstoff zum Osten verschärfen, die Lage der Deutschen in Mitteleuropa verschlimmern, die deutsche Wiedervereinigung ad calendas graecas vertragen und die atlantische Strategie zu Abenteuern ermuntern. Wer uns heute aufrüstet, führt uns an die Katastrophe heran, auch wenn er glaubt, unserer Sicherheit damit zu dienen.

Eine solche Politik der Kriegsvorbereitung dürfen wir nicht hinnehmen. Sie resultiert aus der westlichen Fehldiagnose. Es geht nicht um die Durchsetzung des Westens gegen den Osten oder umgekehrt, sondern um die Geburt einer neuen Weltepoch! Dazu bedarf es des Zusammenschlusses aller konstruktiven Kräfte gegen die Bedrohung durch Krieg und Massenmord und der Entwicklung einer dritten Staats- und Gesellschaftsform für die Völker der Erde.

Rassenfrage - heute

Der „Deutsche Koordinierungsrat“ in Frankfurt am Main und die „Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit“ in München haben gemeinsam eine kleine Schrift zur „Rassenfrage — heute“ herausgegeben, die 1955 im Süddeutschen Verlag München erschienen ist¹⁾. Gehört es zur Aufgabe der Herausgeber, „der Verständigungsbereitschaft und Zusammenarbeit nicht nur zwischen den Angehörigen verschiedener religiöser Bekenntnisse zu dienen, sondern an der Überwindung aller Gruppenvorurteile mitzuhelfen“, so sollte die vorliegende Schrift eine Reihe von Vorträgen zusammenfassen, die einer „Neubesinnung und Neuorientierung“ in der Rassenkunde dienen. Die Namen der Mitarbeiter verbürgen auch einen Querschnitt durch die Rassenproblematik. Indessen stehen derartige Veröffentlichungen unter dem ungünstigen Stern einer bewußten und hervor-gekehrten Distanzierung gegenüber der Geschichte der den Mitarbeitern eigenen Wissenschaft, wodurch ein starkes Ressentiment ohne Not in die Erörterung hineingetragen und die Hellhörigkeit des kritischen Lesers herausgefordert wird. Eine solche Veröffentlichung entbehrt nicht ganz der Tragikomik, wenn sich erweist, daß die einzelnen Verfasser bei aller ausdrücklichen Abkehr von der Rassenlehre des Nationalsozialismus und mit Ausnahme von Aloys Wenzl, der den Nachweis erbringt, daß er von Rassenforschung nicht sonderlich viel weiß, den Ergebnissen der Rassenforschung der dreißiger Jahre und den Ahnen dieser Forschung ihre Reverenz erweisen, zu einer sachlichen Infragestellung des nationalsozialistischen Rassebegriffs im einzelnen nicht einmal vordringen und insbesondere die fragwürdige Anwendung des Rassebegriffs auf eine isolierte Gruppe der Juden unangetastet lassen.

Wie wenig die Schrift selbst über die rassenpolitischen Konsequenzen des Nationalsozialismus hinausweist, zeigt der sonst lesenswerte Beitrag von Stavros Zurukzoglu (Bern) über Probleme der Erbhygiene. Insbesondere vermißt man hier die Nutzenanwendung aller von der allgemeinen Psychopathologie bereits seit Jahrzehnten angebotenen Erkenntnisse, wie sie die somatische Medizin zu einer auch geisteswissenschaftlichen und damit ganzheitlichen Ausrichtung gezwungen haben. Wer heute, angesichts der erbbiologischen Konsequenzen des Atomzeitalters, nur die vererbaren körperlichen Gebrechen und die Geisteskrankheiten im Auge hat, beweist, trotz aller betonten Absetzung von vergangener Eugenik, daß er die eigentliche Revolutionierung unseres ganzen erbbiologischen und rassenhygienischen Wissensbestandes nicht erfahren hat. Man soll doch nicht glauben, daß durch den bloßen Ersatz des Begriffs der „Rassenhygiene“ durch den Begriff „Erbhygiene“ schon etwas Neues getroffen ist. Terminologische Wechselbegriffe zeigen, daß in der Sache dasselbe gemeint wird, wie denn auch die Abhandlung von Zurukzoglu die rassenhygienischen Maßnahmen des Dritten Reiches mit Ausnahme der radikalsten (einer Ausmerzung sogenannten lebensunwerten Lebens) allgemein empfiehlt.

Wir können an dieser Stelle nicht umhin, auf zwei kleine Arbeiten unserer vorigen Nummer (10/1956) zu verweisen. Die eine trug den Titel „Selbstaustilgung der Menschheit durch Mutation“, die andere war eine Besprechung des Buches „Schulderleben und Gewissen“. Wer beide Berichte gelesen hat, ist in die weit-

¹⁾ 93 Seiten mit Personen- und Sachverzeichnis, brosch.

reichende Problematik einer Erbhygiene im Atomzeitalter eingeweiht. Ihm fehlt es an der Selbstverständlichkeit, mit der offenbar auch heute noch die Rassen-eugeniker sich über die rassenpolitischen Konsequenzen der Atompolitik hinwegsetzen. Heute, da sich der vorgeblich erbgesunde Teil der weißen Rasse ganz offiziell über die gegenseitige Ausrottung im biologischen Bestand unterhält und durch praktische Atompolitik (in Form von Wasserstoffbomben-Versuchen u. ä.) bereits Mutationen ungeahnten Ausmaßes heraufbeschwört, ist es lächerlich, von Erbhygiene im alten Stil zu reden. Das rassenbiologische Denken ist in einer viel elementarerem Weise zusammengebrochen, als es sich die Sprecher der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit träumen ließen. Zu einer Zeit, da uns die Atomwissenschaft versichert, daß der künftige Mensch seine Freizeit vorwiegend damit verbringen wird, erbbiologische Atomschäden an sich selbst wieder „auszubügeln“, hat alles selbstgerechte Gerede im Stile der alten Rassenhygiene seinen Boden verloren.

Insofern hat auch ein Wandel in der Rassenpolitik stattgefunden. Was heute in Anbetracht des raschen Wachstums der farbigen Völker noch an rassenpolitischen Forderungen teils in der deutschen Öffentlichkeit, teils in der „westlichen“ Literatur vertreten wird, erinnert allzu sehr an den grandiosen Minderwertigkeitskomplex, der seit den zwanziger und dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts das abendländische Bewußtsein — insbesondere infolge des allseits verlorenen Ersten Weltkrieges — beherrscht. Oswald Spenglers Gedanken über die „farbige Weltrevolution“ (in „Jahre der Entscheidung“) sind häufig die theoretische Grundlage dieser agonalen Rassenpolitik, die in Konsequenz jenes Minderwertigkeitskomplexes gerade das heraufbeschwören hilft, was sie vermieden wissen will. Die Gefahr des Überhandnehmens der farbigen Völker. Statt durch Hebung des Lebensstandards den hungernden afro-asiatischen Massen zu einer Kürzung ihrer Wachstumsraten zu verhelfen, empfiehlt man Geburtenkontrolle und Abtreibung. Während man, puritanisch, für sich selbst noch Ankurbelung der Geburtenziffern in Anspruch nimmt, neigt man zur kollektiven Diskriminierung der Farbigen und ruft damit für die Zukunft eine ernste Gefahr für die weiße Rasse herauf: Denn das Maß, mit dem Ihr messet, mit dem wird Euch gemessen werden!

Von daher haben wir auch starke Bedenken gegen den bisherigen Stand der Rassentrennungspolitik in Südafrika. Wir sind uns darüber im klaren, daß die konkrete Problematik der Südafrikanischen Union nicht nur durch theoretische Erörterungen gelöst werden kann. Die im Lande selbst geschichtlich wirksamen Kräfte stellen eine Barriere dar, die nicht übersehen werden darf und die sich nur langsam überwinden lassen wird. Die neuen erbhygienischen Probleme, wie sie mit dem Atom- und Wasserstoffbombenzeitalter auf die Menschheit zukommen, spielen im Alltag der Union noch eine relativ unbedeutende Rolle, wiewohl die Union durch ihre Uranvorkommen bereits immer mehr in das Kraftfeld der künftigen Ereignisse hineinwächst.

Aber es bleibt, wenn man die Entwicklung der südafrikanischen Rassentrennungspolitik unter die Lupe nimmt, die Vermutung, daß die „weißen Interessen“ dort auf die Dauer besser nicht im direkten Vorgang gegen die farbige Welt vertreten werden.

Der folgende Bericht, obwohl er zweifellos der Apartheid-Politik gewogen ist, wird den Leser dank seiner sachlich hervorragenden Eigenschaften noch weiter in die rassenpolitische Diskussion einführen und ihm weiteres Rüstzeug zu einer wirklichen Neuorientierung und Neubesinnung in der Rassenfrage vermitteln.

Südafrika und die Politik der Apartheid

HEINZ ROGGE

Das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an den politischen und rassischen Verhältnissen in der Union von Südafrika ist durch Pressemeldungen über die Lage der dort eingesetzten deutschen Bergbauschüler und Krankenschwestern sehr gestiegen. Die Werke von Cloete, Laham und Paton haben durch ihre realistischen und eindringlichen Darstellungen auf literarischer Basis eine gute Einführung in die schwebenden Probleme gegeben. Sie nehmen im allgemeinen gegen die Maßnahmen der jetzigen Regierung Stellung und verurteilen die Rassentrennungsgesetze als unmenschlich. Sie bieten im wesentlichen die Meinung der pro-britisch eingestellten Bevölkerungsschicht dar. In Deutschland fehlt es noch an geeigneten Übersetzungen aus Kreisen südafrikanischer Schriftsteller, die der Politik der Regierung Malan/Strijdom positiv gegenüberstehen.

Die in England und den USA erschienene wissenschaftliche Literatur über das gesamte Problem der Rassentrennung oder Apartheid kommt abschließend — selbst bei anzuerkennendem Bemühen um eine objektive Erörterung — zu skeptischer und schließlich ablehnender Beurteilung. Das ist sowohl bei Dvorin als auch bei Marquard, einem gebürtigen Südafrikaner, der Fall. Beide geben eine eingehende und sachlich erschöpfende Darstellung der Sachlage auf Grund wissenschaftlich einwandfreien Materials, lehnen aber in ihren Analysen und Kommentaren die Ziele einer Politik der Apartheid ab. Eine umfassende und den Standpunkten der einzelnen Gruppen oft gerecht werdende Untersuchung des Rassenproblems in der Welt hat kürzlich Professor Richmond, Edinburgh, unter dem Titel „The Colour Problem“ veröffentlicht. Er befürwortet rassische Gleichberechtigung auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen rassischen und kulturellen Gruppen. Die deutschen Werke der letzten Jahre gelangen im großen und ganzen zu einer abwartenden, ja gelegentlich sogar positiven Einstellung gegenüber der südafrikanischen Politik der Apartheid. Sie vermeiden aber eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Dingen und den anstehenden politisch-rassischen Problemen und beschäftigen sich lieber — wie Hesse in seinem bedeutsamen Buch — mit dem „Wirtschaftswunder Südafrika“.

Die Kritiker der Apartheid schöpfen zumeist aus Quellen, die vor 1952 wesentlich waren. Tatsache ist aber, daß gerade nach diesem Zeitpunkt viele Probleme von der südafrikanischen Regierung angepackt und auch in befriedigender Weise gelöst wurden. Tatsache ist ferner, daß die Politik der Apartheid in steigendem Maße als inner-südafrikanisches Problem angesehen wird, in das man sich am besten nicht einmisch und dessen Lösung den Betroffenen selbst vorbehalten bleibt. Viele Bestimmungen sind in ihren Auswirkungen nicht so hart, wie man bei ihrer Verkündung annehmen mußte. Man durfte sich auch davon überzeugen, daß die Nationalisten nicht aus Haß oder Angst ihre Politik der Rassentrennung proklamierten sondern unter Anlehnung an eine jahrhundertalte Tradition und aus ehrlichem Verantwortungsbewußtsein sowie tiefer Religiosität. Die Stimmung im Lande selbst und auch im Auslande ist ruhiger und duldsamer geworden. Man sollte sich daher bemühen, nicht eher zu urteilen, ehe man nicht selbst mit allen wichtigen Fragen vertraut ist und auch der südafrikanischen Regierung Gerechtigkeit in der Beurteilung ihrer Politik widerfahren lassen will, ohne dabei selbstverständlich alle Dinge kritiklos hinzunehmen und ohne Prüfung anzuerkennen.

Da aber zum Verständnis der gegenwärtigen politischen und volklichen Lage eine genaue Kenntnis der Gesetze und Planungen notwendig ist, soll versucht werden darzulegen, worauf sich die Politik der Apartheid gründet und welche Ziele die Regierung mit ihr befolgt.

Südafrikas rassische Struktur

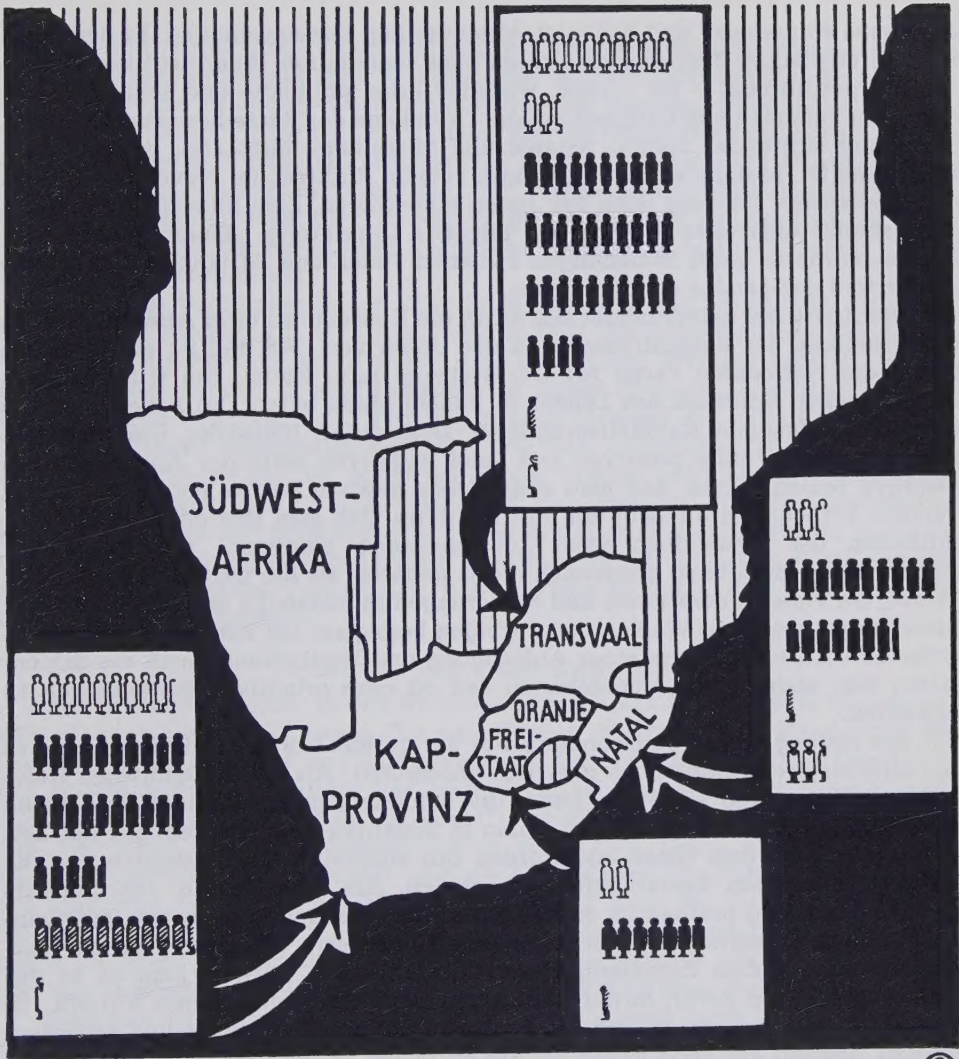
Südafrika besitzt die verworrenste rassenpolitische Lage der Welt. Seine 2 700 000 Europäer (Europeans), unter sich aufgeteilt in Afrikaans¹⁾ und Englisch Sprechende, werden bei weitem durch die 10 600 000 Nichteuropäer übertroffen. Ungefähr $\frac{4}{5}$ von diesen sind Bantu-Neger (Natives); es gibt ferner mehr als 1 000 000 Mischlinge (Coloureds) und 250 000 Inder (Asiatics). Keine dieser Gruppen hat irgendeine bedeutende politische Macht inne. Die Verschärfung der Beziehungen zwischen Weißen und Nichteuropäern resultiert im wesentlichen aus dieser Tatsache.

An der Oberfläche ist das Leben in der Union ruhig und freundlich. Es ist jedoch unmöglich, auch nur wenige Tage in Südafrika zu verbringen, ohne die scharfen Rassenschranken zu bemerken, die einem z. B. auf den Stationen der Eisenbahn, in den öffentlichen Gebäuden und in den Kaufhäusern entgegen-treten. Schilder wie „For Europeans Only“ oder „Non-Europeans Here“ sind überall zu finden und erinnern an die Behandlung der Neger in den Südstaaten der USA vor Jahren. Im täglichen Verkehr in den Stadtzentren sowie in den Reservaten und auf den europäischen Farmen ist der Neger weiterhin gutwillig. Aber in den großen Städten bestehen immer Spannungen, besonders in Johannesburg, wo es Hunderttausende von Eingeborenen gibt, die zum Teil frisch aus den Reservaten hereingekommen sind. Tsotsi, Banden von jungen Raufbolden und Verbrechern terrorisieren, wie Paton sehr eindringlich schildert, ihre eigenen Landsleute. Morde an Europäern kommen vor; Überfälle und kleinere Diebstähle sind häufig. Überdies besteht — wie seinerzeit in Harlem — zwischen den Negern und der Polizei in städtischen Gebieten eine ständige Feindschaft, die durch häufige, oft auch berechtigte Razzien in den Eingeborenenvierteln außerhalb der Innenstädte verschlimmert wird und gelegentlich Unruhen hervorruft. Die Aufstände Ende 1952 in Port Elizabeth, East London und Kimberley wurden durch Streitigkeiten zwischen der Polizei und Eingeborenen ausgelöst. Unschuldige Weiße wurden getötet, einschließlich solcher, die wirklich Freunde der Neger waren. Die Weltöffentlichkeit sieht vielfach in diesen Spannungen die natürlichen Auswirkungen der Politik der Apartheid, die zur Sicherung der Vorherrschaft des weißen Mannes allzu konsequent durchgeführt wurde.

Rassische und kulturelle Gruppen









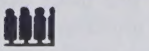
„Apartheid“ wurde von der Nationalen Partei als Schlagwort für die Wahlen von 1948 herausgebracht, nachdem ein Parteiausschuß die Ziele einer zukünftigen Politik unter diesem Leitbegriff erarbeitet hatte. Apartheid ist dem

¹⁾ Afrikaans ist die Sprache der Nachkommen der Buren und wurde aus einem holländischen Dialekt entwickelt. Engländer und Afrikander — wie sich die Buren heute nennen — stehen sich im Verhältnis 2:3 gegenüber. Die englisch sprechenden Südafrikaner sind meistens Stadtbewohner, die in Industrie und Handel oder in den freien Berufen tätig sind. Nur in Natal spricht die Mehrzahl der Farmer englisch, während das „platteland“ die Heimat der Afrikander ist. Hier herrscht auch die Holländische Reformierte Kirche vor.




S

Weiße   

Neger     
   

Mischlinge 

Indier 

Jede Figur = 100 000 Menschen

Afrikaans entnommen und bedeutet Absonderung, Rassentrennung. Es deckt sich mit den englischen Begriffen separation oder segregation. Apartheid kann daher — grob gesprochen — als soziale, wirtschaftliche, politische und sexuelle Trennung von Personen und Gruppen auf der Grundlage der Rasse bezeichnet werden. Sie richtet sich gegen Neger, Asiaten und Mischlinge, nicht aber gegen Juden. Der Name Dr. Malans wurde sogar nach seinem Rücktritt im November 1954 in das Zionistische Goldene Buch der Juden eingetragen. Eine Silberplatte, die mit der Urkunde überreicht wurde, zeigt folgende Gravierung: „Einem großen Afrikaner, Förderer guter Beziehungen zwischen Juden und Afrikanern und wahren Freund des Landes der Propheten.“

Die Apartheid unterscheidet sich durch die Konsequenz ihrer Anwendung von den Praktiken der Rassentrennung in der Union vor 1948 und ist ein typisches Mittel der Nationalen Partei zur Durchsetzung ihrer Ziele. Sie wird von den intellektuellen Schichten des Landes in hohem Maße bejaht. So haben z. B. ein Drittel der jetzigen Kabinettsmitglieder Dokortitel führender Universitäten. Man spricht von einer positiven und einer negativen Seite der Apartheid. Die negative besteht darin, daß man dem Neger gewisse Rechte entzieht, die den Weißen vorbehalten bleiben; die positive darin, daß man ihm dafür mehr Möglichkeiten der Entwicklung zum Kulturmenschen einräumt. Die Politik der Apartheid ist im Grunde genommen nichts anderes, als die traditionelle Art und Weise, die viele Generationen und Regierungen in Südafrika im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Weißen und Farbigen befolgten, um sich und ihre Lebensweise zu schützen und vor einer Aufsaugung und Vertreibung durch die zahlenmäßig sehr überlegenen, ungebildeten und oft noch primitiven Bantumassen zu bewahren.

Am Anfang des 17. Jahrhunderts war der größte Teil des südlichen Gebietes des afrikanischen Kontinentes praktisch unbewohnt. Als die holländischen Kolonisten 1652 am Kap siedelten, hatten die umherziehenden Bantustämme kaum die nördliche Grenze der heutigen Union in Südafrika überschritten. Mit der Zeit mußten die nach dem Osten und Norden sich ausbreitenden Kolonisten und die südwärts ziehenden Bantus aufeinanderstoßen. Am Ende des 18. Jahrhunderts trafen sie sich und prallten im östlichen Teil der heutigen Kap-Provinz aufeinander. Als die Burenführer Pieter Retief und Gert Maritz im Jahre 1838 bei Verhandlungen mit dem Zulukönig hinterrücks ermordet wurden, kam es zu der Schlacht am Blood River, in der die Zulus entscheidend geschlagen wurden. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß die Bantus in Südafrika stärkeres und ursprünglicheres Anrecht auf Land haben als die Europäer. In der Zeit der Auseinandersetzung im 19. Jahrhundert waren die Bantus für dieses Gebiet genau so Ausländer und Eindringlinge wie die Weißen. Ebenso entspricht nicht den Tatsachen, wenn behauptet wird, die Bantus seien gezwungen worden, ihr Land aufzugeben. Im Zusammenhang mit dieser Rechtsfrage haben die Weißen in Südafrika eine Vergangenheit, die über die der Siedler in Nordamerika erhaben ist. Die unterlegenen Bantus wurden durch Verträge der Kontrolle der damaligen europäischen Regierungen unterstellt, wodurch auch den zerstörenden, mörderischen Streitigkeiten der verschiedenen Stämme untereinander ein wirksames Ende gesetzt wurde. Man hat errechnet, daß allein von 1817—1830 ungefähr 2 Millionen Bantus durch Bruderkriege getötet wurden. Es wäre für die Europäer jener Zeit ein leichtes gewesen, ihren Schutz zurückzuziehen und den Bantus zu erlauben, sich selbst zu vernichten und hierbei noch zu helfen. Man hätte dem Kurs in Nord-

amerika oder Australien folgen können, wo die eingeborenen Stämme schließlich aufhörten, als bedeutende Volksgruppen weiterzubestehen. Die Buren nahmen jedoch aus religiöser Überzeugung und aus menschenfreundlichen Grundsätzen die schwere Pflicht der Verwaltung und Treuhandschaft über diese wilden und kriegerischen Völker auf sich. Sowohl Buren wie Engländer bemühten sich, die europäische Kultur zu vermitteln, die Neger zu christlichen Menschen zu erziehen. Dabei darf nicht die Tatsache vergessen werden, daß die meisten Europäer in Südafrika ein besonderes Rassebewußtsein oder vielleicht besser „Farbbewußtsein“ entwickelten.

In seinem berühmten Essay „The Significance of the Frontier in American History“ hat Professor F. J. Turner bereits 1893 das amerikanische Geschichtsbewußtsein als Produkt der „Grenze“ und des weiten Westens erklärt. Dieses Einwirken der Grenze, diese Berührung mit neuen Grenzen gegenüber Wildnis, Barbaren- und Heidentum hat auch die strenge Haltung der Afrikaner und ihr „Farbbewußtsein“ maßgeblich geformt. Wer den historischen Hintergrund und die heutigen Umstände des südafrikanischen Lebens nicht kennt, findet diese Haltung gegenüber den farbigen Rassen oft unbegreiflich. Für die Südafrikaner ist sie das direkte und gerechtfertigte Ergebnis der großen Unterschiede zwischen den beiden rassischen und kulturellen Gruppen. Sie ist eigentlich nichts anderes als ein entscheidender Versuch der Weißen, ihre Identität, ihre Lebensart und ihre Existenz zu bewahren.

Praktische und totale Apartheid

Die britischen Siedler in den Kronkolonien Afrikas teilen sich in zunehmendem Maße in zwei große Lager. Die eine Gruppe macht sich den Standpunkt des Colonial Office zu eigen und befürwortet die Entwicklung zum Dominionstatus. Die andere sucht eine engere Verbindung mit Südafrika und spricht sich nach Alexander Campbell („Empire in Africa“) für eine Politik der Rassentrennung aus. Vor allem in den Siedlungskolonien von Kenia, Nord- und Südrhodesien waren die weißen Siedler empört über die Maßnahmen der britischen Regierung zur Liberalisierung der Eingeborenenpolitik und über die Zugeständnisse für Selbstverwaltung. In Kenia hat sich ferner eine starke Abwehrfront der Weißen gegen die Inder gebildet, die einen großen Teil des Handels monopolisiert haben und mit politischen Vereinigungen in Indien in Verbindung stehen.

Nachdem im Jahre 1953 die Nationale Partei wieder durch beachtliche Stimmenmehrheit zur Weiterführung der Regierung berufen wurde, präziserte man die Ziele der Politik der Apartheid. Es wird heute zwischen totaler und praktischer Apartheid unterschieden. Ihnen steht die Politik der Integration gegenüber. Im Hinblick auf die Durchführbarkeit dieser drei Möglichkeiten stellt die südafrikanische Regierung folgende Überlegungen an:

1. Wenn das stetige Anwachsen der Eingeborenenbevölkerung bleibt und dazu die verbesserten Gesundheits- und Wohnverhältnisse die Sterblichkeit immer mehr mindern, kann man in etwa fünfzig Jahren mit einer Gesamtzahl von 18—20 Millionen Eingeborenen rechnen. Die Anzahl der Europäer in der Union würde in dem gleichen Zeitraum auf etwa 6 Millionen anwachsen, wenn die Einwanderungsquote bedeutend erhöht würde. Um die Jahrhundertwende müßten ausreichende Lebensbedingungen für ca. 25 Millionen Menschen geschaffen werden. Die Lösung dieses Problems könnte durch Einführung der sog. Integration versucht werden, die den Neger allmählich in alle politischen Rechte einsetzt, die

bisher der weißen Bevölkerung gegeben wurden. Die Folgen einer solchen Politik müßten schließlich die europäische Kultur in Frage stellen und zum Verschwinden der weißen Bevölkerung führen. Sind sie dem Europäer in Südafrika zumutbar?

2. Das Gegenstück hierzu ist die Politik der totalen Apartheid. Sie zieht völlige räumliche Trennung der beiden Rassen in Betracht. Europäer sollen in Teilen des Landes leben, in denen weiße Zivilisation vorherrscht und in denen sie die ausschließliche politische Gewalt ausüben. Andere Gebiete bleiben für die Eingeborenen bestimmt. Sie haben dort volle politische Rechte und Verantwortung. Diese Politik wäre vielleicht möglich gewesen, wenn man sie vor 350 Jahren begonnen hätte. Sie kann aber in einer kurzen Zeitspanne nicht durchgeführt werden. Es ist auch unmöglich, die wirtschaftliche Integration zwischen Schwarz und Weiß kurzfristig zu lösen. Sie bleibt jedoch als Ideallösung anerkannt, und die Gesamtentwicklung soll in diese Richtung gelenkt werden.

3. Es bleibt die Politik der praktischen Apartheid übrig, die sich die Nationale Regierung zu eigen gemacht hat. Sie fordert Trennung in den verschiedenen Bereichen des täglichen Lebens und zielt auf eine allmähliche räumliche Absonderung hin. Sie läßt zukünftigen Generationen freie Hand, den Trennungsprozeß fortzusetzen. Man glaubt, daß sich unter dieser Zielsetzung in fünfzig Jahren etwa folgende Aufteilung der Eingeborenen in Südafrika erwarten läßt:

etwa 4 Millionen Arbeiter werden in den ländlichen Bezirken der weißen Gebiete,

etwa 2—3 Millionen Arbeiter in den städtischen Bezirken der weißen Gebiete und

etwa 12 Millionen in Eingeborenen-Reservaten leben. Von ihnen würden viele wiederum ihren Lebensunterhalt in den angrenzenden Europäergebieten erwerben.

Eigenverwaltung für die Eingeborenen in ihren Gebieten bedeutet noch nicht völlige politische Selbstverwaltung. Die höchste politische Verantwortung bleibt beim südafrikanischen Parlament und der Regierung. Eine direkte Vertretung der Eingeborenen im Parlament wird es auf absehbare Zeit nicht geben.

Ideologische Begründung der Apartheid

In die ideologische Begründung der Apartheid, die auch von dem rechten Flügel der United Party befürwortet wird, haben sich führende Vertreter der südafrikanischen Kirchen eingeschaltet. Da nach christlicher Lehre alle Menschen vor Gott gleich sind, fällt es schwer, die unterschiedliche Behandlung von Mitgliedern derselben Kirche zu rechtfertigen. Die englisch orientierte Hochkirche steht in scharfem Gegensatz zur Apartheid, während die Reformierten Kirchen, denen die meisten Afrikaner als Nachfahren der Buren angehören, sich hinter die Politik der Nationalen Partei stellen.

Bischof Peacey, der jedoch der anglikanischen Hochkirche angehört, geht davon aus, daß Schwarz und Weiß völlig verschiedenen Kulturen zugehören. Wenn die Kulturen von verschiedener Art sind, scheint es richtig zu sein, die Mitglieder jener Kulturen unterschiedlich zu behandeln. Die entscheidende Frage hierbei ist jedoch: „Kann man ein Werturteil zwischen den Rassen oder eine Unterscheidung in Einklang bringen mit dem Willen Christi?“ Seine Antwort lautet: In dem Königreich des Himmels gibt es keine Rassen. Deshalb kommt die eben gestellte Frage gar nicht erst auf. Jesus drückt sich in Wirklichkeit so aus, daß der Glaube an Gott allein letzte Bedeutung hat. Dies wird bestätigt

wenn man auf das Alte Testament zurückgreift. Es gibt nur *eine* Menschheit. Die Antwort Jesu im Hinblick auf die Geschlechter unterstreicht diesen Zwiespalt. Im idealen Königreich Gottes gibt es weder Heiraten noch Geheiratetwerden. Es gibt nichts Geschlechtliches. Paulus faßt dies an mehreren Stellen verschiedener Episteln gleicherweise zusammen. In dem vollkommenen Königreich gibt es weder Rasse noch Geschlecht.

Aber diese Feststellung bringt uns nicht weiter, denn als Menschen leben wir in einer Welt, die nicht ideal ist und rassische Probleme aufweist. Man muß daher fragen, inwieweit Gott besondere Umstände berücksichtigt. Wenn man von der Annahme ausgeht, daß Gott der Vater der Menschheit ist, und daher alle Menschen in einer allgemeinen Brüderschaft vereint sind, muß man überlegen, wie Jesus Christus über das Vorhandensein von Rassen in der Welt denkt. Vom Neuen Testament her könnte es den Anschein haben, als ob Er das Vorhandensein von Rassen anerkennt und die unterschiedliche Behandlung nicht im Gegensatz zum Willen Gottes steht, vorausgesetzt, daß dies nicht dem Vater-Bruder-Prinzip widerspricht, das im Glauben an Gott besteht. Im Alten und auch im Neuen Testament entsteht der Eindruck, als ob die zwischen dem idealen Willen Gottes und dessen Ausführung in der Welt herrschende Spannung ein wirksamer Teil des Ausdrucks dieses Willens Gottes ist. Ein Christ *muß* so handeln, vorausgesetzt, daß dies bei seiner Arbeit in der Welt seiner Treue zu Gott nicht widerspricht. Es besteht eine Spannung zwischen dem Ideal und seiner Verwirklichung, die man nur dadurch lösen kann, daß man die näheren Umstände nicht vernachlässigt. Ist daher eine Unterscheidung der Rassen in Einklang zu bringen mit dem Willen Gottes? Die Antwort liegt nahe. Eine Differenzierung beruht auf Kulturunterschieden. Sie ist dem Willen Gottes näher als eine Handlungsweise, die solche Unterschiede vermindert. Das Ideal von Vaterschaft und Bruderschaft wird durch die Unterscheidung nicht gelehnet.

Die notwendige Erkenntnis von Unterschieden in der Rasse macht es nach Ansicht von Vertretern der Apartheid möglich, für Südafrika den Gedanken einer Einheit in der Vielheit anzunehmen. Sie macht an Stelle von Rivalität eine Zusammenarbeit möglich. Ebenso wie die verschiedenen Geschlechter diese Haltung einnehmen können, so auch die Rassen des Landes bei aller Verschiedenheit ihrer Kulturen. Das scheint eine christlichere Haltung zu sein als die der fortgesetzten Furcht und Rivalität, die durch eine ungeklärte Lage entsteht. Der Grundsatz der Unterscheidung wird allen Rassen gerecht, wenn man zwischen Rassen und nicht zwischen Individuen unterscheidet. Bischof Peacey betont, daß Gott in Gruppen wie auch Individuen einteilt. Sein alttestamentarisches Bündnis besteht nicht mit Individuen, sondern mit einer Gruppe; und sein neutestamentarisches Bündnis besteht ebenfalls mit einer Gruppe — der christlichen Kirche — und nicht mit Individuen. Nur insofern, als ein Individuum ein Mitglied einer der beiden Gruppen ist, darf es die Vorzüge dieser Gruppe genießen. In Südafrika besteht eine Gruppe der europäischen Kultur. Wenn ein Individuum der Bantu-Kultur die Vorzüge dieser Kultur wünscht, ist letztere berechtigt, ihre Bedingungen zu stellen. Abgesehen davon, daß ein plötzlicher Übertritt praktisch nicht möglich ist, da Kultur organisch wachsen muß, ist solche Kultur immer berechtigt, ihre Bedingungen zu stellen. Die Portugiesen wenden in ihren Kolonien daher folgende Methode an: Wenn ein Individuum einer Neger-Kultur Mitglied der europäischen Gruppe werden möchte, muß es amtlich anerkannt werden als ein „*assimilando*“. Es verzichtet auf alle Rechte, als Mitglied der Neger-Gruppe be-

handelt zu werden und nimmt alle Pflichten der neuen Gruppe auf sich, d. h. das portugiesische Recht, die portugiesischen Sitten und Gebräuche, das christliche Gebot der Monogamie und den materiellen europäischen Lebensstandard. Es ist immer der Grundsatz der Unterscheidung wirksam. Die Hautfarbe zählt nicht, sondern es steht diejenige Kultur dahinter, die eine bestimmte Gruppe formt. Aber die Hautfarbe legt in Afrika — anders als in Nordamerika — ein mutmaßliches Zeugnis von einer Gruppenzugehörigkeit ab. Dabei stellt die westliche Zivilisation die Bedingungen für den Eintritt in ihre Gruppe. Die Regierung von Südafrika lehnt den Übergang in die europäische Gruppe nicht grundsätzlich ab, aber verbindet mit dem kulturellen Eintritt noch nicht die Gewährung gleicher politischer Rechte. Sie besteht auf einer Parallelentwicklung der einzelnen Rassen auf Grund ihrer artgemäßen Anlagen. Die Entwicklung der Dinge ist durch entsprechende Gesetze gelenkt worden.

Vorbereitende und ausführende Gesetze

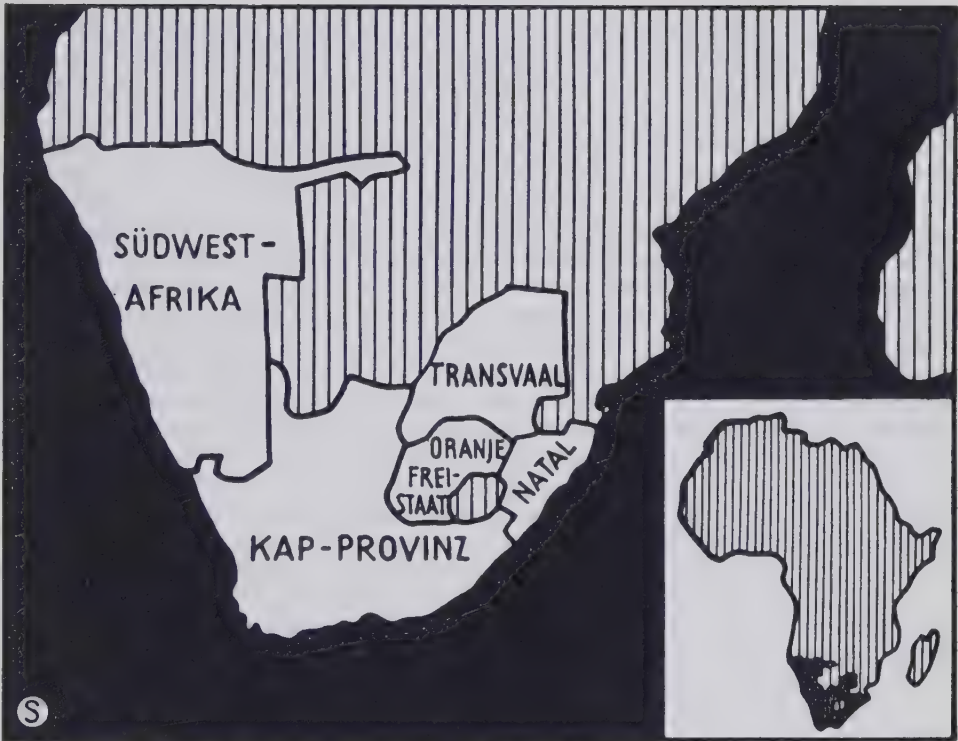
Nicht erst die Nationale Partei nach ihrem Wahlsieg von 1948 hat die strikte Rassentrennung durchgeführt. Vorbereitende Gesetze sind schon von anderen Kabinetten erlassen worden.

Bereits im Jahre 1913 wurde den Negern durch die *Land Act* verboten, außerhalb der ca. 13% der Gesamtfläche der Union ausmachenden Reservatsgebiete Land zu besitzen.

Die *Colour Bar Act* (Gesetz der Rassenschanke) von 1926 verbot gewisse Berufe und Berufsstellungen für Neger.

Im Jahre 1927 wurde die *Immorality Act* (Gesetz über Unmoral) beschlossen, die außereheliche Beziehungen zwischen Schwarzen und Asiaten verbot. Dieses Gesetz wurde 1948 zu der *Prohibition of Mixed Marriages Act* erweitert, die Mischehen verbot und unter Strafe stellte. Nur Heiraten der Mischlinge untereinander wurden erlaubt. Jeder Verkehr von Weißen mit Andersrassigen wurde scharf geahndet. Die sich aus diesem Gesetz ergebenden Folgerungen sind mannigfach. Cloete und Platon haben sie eindringlich dargestellt. In seiner „Afrikanischen Ballade“ meint Cloete: „Es gibt wohl nichts, was eine Vermischung der Rassen befürworten ließe.“ Er glaubt aber, daß sie nicht durch Gesetz grundsätzlich unter Verbot gestellt werden könne. Paton behandelt das Problem in seiner ganzen Tragweite in „Aber das Wort sagte ich nicht“. Der Polizeileutnant Pieter warnt einen jungen Afrikaner vor dem Verkehr mit dem hellhäutigen Bantumädchen Stephanie: „Das ist etwas, was niemals vergessen wird. Der Richter gibt dir vielleicht ein Jahr oder zwei. Aber außerhalb des Gefängnisses ist es ein lebenslängliches Urteil.“ Als er selbst von seiner Frau nicht genug leibliche Liebe, nicht genug volle Liebe, die Leib und Seele und Geist in sich begreift, erhält, befällt ihn die „schwarze Schwermut“, die „swartgalligkeit“, aus der ihn das Zusammensein mit Stephanie jeweils erlöst. Bei seiner Verhaftung sagt sein Schwiegervater in altestamentarisch-puritanischer Härte: „Ich könnte ihn niederschießen wie einen Hund . . . er hat sich an der Rasse vergangen.“ Ihm antwortet der Hauptmann zitternd vor Erregung: „Meneer, als Polizist kenne ich die Sünde gegen das Gesetz, und als Christ kenne ich die Sünde gegen Gott, aber von einer Sünde gegen die Rasse ist mir nichts bekannt.“

Die *Group Areas Act* von 1950 verbietet für bestimmte Gebiete den Wechsel von Eigentum unter den einzelnen Rassengruppen. So können Mischlinge und



Asiaten, vor allem Inder, keinen Besitz an Land oder Häusern erwerben; sie können sogar enteignet werden. In Zusammenhang hiermit steht die sog. Residential Segregation, nach der in allen größeren Städten die Rassen voneinander getrennt in für sie bestimmten Bezirken wohnen müssen.

Die *Population Registration Act* von 1951 wurde, wie Dr. Malan am 21. 2. 1950 in der führenden Zeitung der Nationalen Partei „Die Burger“ ankündigend betonte, zur Grundlage der gesamten Politik der praktischen Apartheid. Nach der Volkszählung von 1951 wurde eine Einwohnermeldekartei aufgestellt. An Hand dieser Kartei wurden Personalausweise ausgegeben, die amtlich die Rassenzugehörigkeit festsetzen: White, Native, Coloured, Asiatic.

Auf Grund des angeführten Gesetzes ist jemand „weiß“, der

- a) nach seinem Erscheinungsbild weiß- oder hellhäutig ist, (obviously white in appearance)
- b) der weiß ist nach seinem persönlichen Ruf und entsprechender Anerkennung in der weißen Gesellschaft (by general repute and acceptance).

Wenn jemand aber nach persönlichem Ruf und allgemeiner Auffassung „farbig“ ist, mag er ruhig weiße Hautfarbe haben, wird er nicht als „weiß“ anerkannt. Es gibt viele zweifelhafte Fälle, die nicht ohne weiteres entschieden werden können, da meistens geeignete Dokumente (Tauf- oder Geburtsschein) fehlen. So sind An- und Aberkennung von Rassenzugehörigkeit oft von persönlicher Verantwortung und Entscheidung abhängig. Diese Möglichkeit wirkt sich vor allem bei den Mischlingen aus, die in der Kapkolonie vorherrschen. Mixed oder coloured bedeutet, daß weißes Blut in den Adern der Personen fließt. In

den ersten Jahrzehnten der Besiedlung wurden viele Sklaven aus Ostafrika, Madagaskar, Ceylon und Indien eingeführt. Von 1652—1672 hatten 75% aller von Sklavinnen geborenen Kinder weiße Väter. Seit 1685 waren Heirat und Geschlechtsverkehr mit Sklavinnen verboten, nicht aber mit Mischlingen. Die Rassenmischung geht teilweise — wie in den USA — so weit, daß man Mischlinge kaum noch von Europäern unterscheiden kann. Im letzten Kriege dienten z. B. Mitglieder ein und derselben Familie in weißen und in farbigen Regimentern. Sie dürfen auch Berufe ausüben, die Negern verboten sind. Heute beschäftigt die Industrie im Kapgebiet mehr farbige Handwerker als weiße. Fast alle Berufe stehen ihnen offen. Sie können aber nicht Richter werden. Die Mischlinge sprechen Englisch oder Afrikaans und sind bis auf geringe Reste völlig europäisiert. Der Besuch weißer Schulen ist ihnen untersagt.

Im Jahre 1951 beschloß das Parlament die *Separate Representation of Voters Act*, die getrennte Wählerlisten für die Europäer und Mischlinge einführt. Der politische Status der Farbigen erhielt einen schweren Schlag. Die Verabschiedung des Gesetzes rief in Kreisen der Gegner Dr. Malans einen Sturm der Entrüstung hervor. Gegen das Gesetz wurden immer wieder zwei Argumente vorgebracht:

1. Es sei weder politisch noch moralisch gerechtfertigt, den Farbigen des Kaplandes das Wahlrecht zu nehmen, das sie seit 1853 besaßen.
2. Da das Wahlrecht der Farbigen auch in der *South Africa Act* von 1909, die den Unionscharakter des Landes festlegte, aufgenommen war, könne es nur durch $\frac{2}{3}$ -Mehrheit beider Häuser in gemeinsamer Sitzung geändert werden und nicht — wie geschehen — durch einfache Stimmenmehrheit.

In der Kapkolonie hatten bereits 1853 Europäer, Farbige und Eingeborene gleiches Wahlrecht erhalten. Eine gesetzliche Farbschranke gab es nicht. Als 1910 die Union gegründet wurde, übernahm man diese Regelung mit in das Wahlgesetz für Südafrika. Um den europäischen Wahlberechtigten bei der stark ansteigenden Zahl von nichteuropäischen Wählern ein größeres Übergewicht zu geben, erhielten die europäischen Frauen im Jahre 1930 durch die Regierung Hertzog das Wahlrecht zugesprochen. Mit dieser Maßnahme begannen die Beschränkungen für die politische Betätigung der Farbigen. Es mag in diesem Zusammenhang erwähnenswert sein, daß Dr. Malan als Mitglied des Kabinetts Hertzog sich damals dem Wahlrecht für europäische Frauen widersetzte und ihm nur zustimmen wollte, wenn die farbigen Frauen miteingeschlossen würden. Schon ein Jahr später (1931) wurde das Übergewicht der weißen Wahlberechtigten noch erhöht, indem man für Europäer den Befähigungsnachweis als Voraussetzung für das Ausüben des Wahlrechts abschaffte, ihn aber für Farbige und Eingeborene beibehielt. 1951 wurden dann getrennte Wählerlisten aufgestellt, nach denen die Farbigen vier weiße Vertreter ins Parlament wählen können.

Vier farbige Wähler strengten einen Musterprozeß gegen das Gesetz an, und im Februar 1952 stellte das Revisionsgericht der Union (Appeal Court) seine Ungesetzlichkeit fest, da die Verfassung verletzt sei und nur eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit der vereint tagenden Häuser zu einer Verfassungsänderung befugt sei. Die Nationalisten verteidigten die Rechtmäßigkeit mit dem Hinweis, daß Die *South Africa Act* nicht dem freien Willen des südafrikanischen Volkes entsprach und vom britischen, nicht aber südafrikanischen Parlament beschlossen wurde. In einer echten Demokratie müsse man den durch das Parlament des Landes geäußerten Willen des ganzen Volkes achten. Dieser Wille könne nicht abhängig sein von Appellationsgerichten. Nachdem die Wahlen von 1953 wiederum eine nationa-

listische Mehrheit brachten, blieb es bei den getrennten Wählerlisten für die Farbigen, die der Politik der Apartheid besonderen Ausdruck verleihen. Aus diesem Gesetz ergeben sich einige Folgerungen:

1. Farbige nehmen praktisch durch eigene Kandidaten an allgemeinen Wahlen nicht mehr teil. Sie sind davon ausgeschlossen, durch Vertreter ihrer eigenen Rassezugehörigkeit zu Fragen von wichtiger nationaler Bedeutung direkt Stellung zu nehmen.
2. Wenn früher in allen 55 Wahlbezirken eigene Kandidaten aufgestellt wurden, wird ihnen nach 1951 nur noch die Wahl von vier weißen Vertretern zugestanden.
3. Diese Abgeordneten können sich um ihre große Wählerschaft nur wenig kümmern und stellen somit eine sehr mangelhafte Vertretung dar.

Die *Native Labour Act* von 1952 (Arbeitsgesetz für Eingeborene) stellt nicht nur heraus, daß Gewerkschaften der Eingeborenen gesetzlich nicht anerkannt sind, sondern erklärt auch Streiks für ungesetzlich. Zur Beilegung von Unstimmigkeiten sind Ausschüsse gegründet worden, die aber dem schwarzen Arbeiter wenig unmittelbaren Einfluß einräumen. Örtliche Vermittlungsausschüsse unter einem weißen Vorsitzenden sollen Neger zu Mitgliedern haben. Der Arbeitsminister wird von einem europäischen Zentralausschuß für Eingeborenenangelegenheiten (Central Native Labour Board) beraten, den er sich selbst zusammenstellt.

Die *Bantu Education Act* von 1953 überträgt mit Wirkung vom 1. 4. 1955 die örtliche Aufsicht über das Bantu-Erziehungswesen von den Missionskirchen auf die Bantu-Gemeinden selbst. Sie zentralisiert damit die Verwaltung, entzieht die Erziehungsarbeit zu einem großen Teile den Kirchen und unterstellt alle Schulen dem Minister für Eingeborenenangelegenheiten. Besonders die anglikanischen Kirchen unter Bischof Reeves widersetzten sich dieser Maßnahme, da sie eine beachtliche Minderung ihres Einflusses fürchteten.

Das Erziehungsgesetz steht in Zusammenhang mit der *Bantu Authorities Act* von 1954. Dieses Behörden-Gesetz verfolgt den Zweck, die Machtbefugnisse der Häuptlinge im Hinblick auf die Selbstverwaltung ihrer Gebiete zu befestigen, eine Eingeborenen-Aristokratie wiederherzustellen und damit eine bessere Verwurzelung des Negers in seiner Heimat zu erreichen. In seiner Antwort auf den an ihn gerichteten Brief des amerikanischen Pfarrers Piersma von der Christlich-Reformierten Kirche betont Dr. Malan, der als ehemaliger Geistlicher antwortet, folgende Ziele für die Bantu-Entwicklung:

1. Energische Förderung der Bantu-Reservate in landwirtschaftlicher und industrieller Hinsicht. Innerhalb der Reservate müssen die Bantus dazu erzogen werden, am Ende alle industriellen und gewerblichen Arbeiten selbst zu verrichten und ihnen vorzustehen.
2. Allmähliche Erweiterung der Funktionen und Machtbefugnisse der Selbstverwaltungskörperschaften in den Reservaten, entweder mit Hilfe der Ortsausschüsse oder durch Anpassung und Modernisierung der traditionellen Regierungsformen durch Häuptlinge und Beisitzer gegenüber den Erfordernissen der Neuzeit.
3. Allmähliche Ersetzung der weißen Beamten, Angestellten und Gewerbetreibenden innerhalb der Reservate durch Bantus.

Am 9. Juni 1955 wurde schließlich das *Gesetz zur Neuordnung des Senats* angenommen. Die Zahl der Abgeordneten am Senat, der bisher in seiner Zu-

sammensetzung dem amerikanischen Senat nachgebildet war, wird von 48 auf 89 erhöht. Die Anzahl der Sitze der einzelnen Provinzen wird nicht mehr gleich sein wie bisher, sondern wird in ein Verhältnis zu der Anzahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Provinzen gesetzt. In Zukunft wird also diejenige Partei, die die Majorität in einer Provinz hat, alle Sitze dieser Provinz im Senat einnehmen. Da die Nationale Partei die Mehrheit in drei der vier Provinzen, nämlich in Transvaal, in der Kapprovinz und dem Oranje-Freistaat hat, ist ihr Übergewicht im Senat durch diese Maßnahme gesichert. Die Opposition erhob Protest und gab zu bedenken, daß die Abschaffung der proportionellen Vertretung der Provinzen die Stimmen der Minderheit zum Schweigen bringe und der erste Schritt auf dem Wege zum Ein-Parteien-Staat sei.

Der neue Senat setzt sich aus 71 gewählten und 18 ernannten Senatoren zusammen. Unter ihnen befinden sich vier gewählte Vertreter für Eingeborenenangelegenheiten und zwei Vertreter für das ehemalige Deutsch-Süd-West. Die vier Senatoren, die die Interessen der Bantus und Farbigen vertreten, sind Ballinger für Transvaal und den Oranje-Freistaat, Cecil Cowley für Natal und L. I. Ruben und M. H. Campbell für die Kapprovinz. Bei ihrer Wahl im Dezember 1954 erhielt Ballinger als scharfer Gegner der Rassentrennung 593 902, Pretorius als Vertreter der Apartheid 386 834 Stimmen. Der Korrespondent der Londoner „Sunday Times“ bezeichnete die Tatsache, daß ein Befürworter der Apartheid unter den Eingeborenen fast 400 000 Stimmen auf sich vereinigen konnte, als das erstaunlichste politische Ereignis des Jahres. Der politische Korrespondent der „Star“, Johannesburg, sieht in dem Ergebnis einen Prüfstein für den Umfang, in dem die Bantus selbst die Politik der Apartheid befürworten.

Folgen der Apartheid-Politik

Es ist häufig Klage darüber geführt worden, daß alle Gesetze der Union eine Farbschranke zum Ausdruck bringen. Das entspricht nicht ganz den Tatsachen. Es gibt Gesetze, die im Text keine Rassenschranke aufrichten, erst bei ihrer Durchführung tritt sie zutage. So enthalten z. B. die für Universitäten erlassenen Gesetze keine rassischen Beschränkungen, doch lassen die Afrikaans-Hochschulen nur weiße Studenten zu. Andere Gesetze zeigen ebenfalls in ihrem Wortlaut keine Diskriminierung der Neger und Farbigen, aber in ihrer Natur und in ihrer Durchführung liegt begründet, daß sie sich viel stärker gegen Farbige und Neger richten als gegen Europäer. Dies trifft auf alle Gesetze über die Investierung von Kapital zu. Gesetze mit Rassenschranken sind entweder aus sozialen oder wirtschaftlichen Gründen erlassen worden. Die Mixed Marriages Act hat soziale, die Colour Bar Act dagegen wirtschaftliche Hintergründe. Schließlich gibt es Gesetze, in denen politische Motive überwiegen, aber soziale und wirtschaftliche Gründe eine Rolle spielen. Alle Wahlgesetze können hierfür als Beweis gelten.

Die politischen Folgen der Rassenschranken sind offensichtlich:

1. Das Parlament vertritt nicht das gesamte Staatsvolk; die meisten Abgeordneten haben keinerlei Beziehungen zu den Farbigen und Eingeborenen, die 80% der Bevölkerung ausmachen. Diesen stehen nur beratende Funktionen zu. So gibt es in den Städten beratende Ausschüsse, die von den Bewohnern der einzelnen Wohnbezirke gewählt werden. Auf dem Lande sind es die Häuptlinge mit ihren Beratern, die als Sprachrohr der Bevölkerung dienen.

2. Es ist Tatsache, daß der überwiegende Prozentsatz der Neger noch nicht über Stammesriten und -gewohnheiten hinausgekommen ist und das Wahlrecht nicht ausüben kann. Besonders die Farbigen und Asiaten, aber auch eine bedeutende Zahl von Negern wäre dazu fähig. Sie sind von direkter Einflußnahme auf die Politik des Landes und von Mitverantwortung ausgeschlossen.
3. Diese Tatsache vor allem fördert einen starken, den Europäern durchaus feindlich eingestellten Nationalismus.
4. Die Politik der Colour Bar hat nach dem Zweiten Weltkrieg eine Verschlechterung der außenpolitischen Beziehungen zu anderen Ländern mit sich gebracht, vor allem zu England, Indien und den USA. Die englische Kritik veranlaßte Dr. Malan 1951 zu der Drohung, Südafrika werde aus dem Staatenverband des Commonwealth austreten und sich als Republik — wie Irland — völlig selbständig machen. Diese Frage steht noch gelegentlich zur Debatte.

Den zum Teil harten und einschneidenden gesetzgeberischen Maßnahmen stehen andererseits positive Leistungen und Erfolge der Politik der Apartheid gegenüber, die beachtet werden müssen. Seit 1948 wurden bedeutende finanzielle Opfer vom Staat gebracht, um normale und sichere Verhältnisse in der Union auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet zu schaffen. Den Bantus galt die besondere Fürsorge der Regierung. Das Durchschnittseinkommen derselben betrug im Jahre 1950/51 pro Kopf 23,17 £ (1£ = DM 11,75) und lag über dem Durchschnitt der Bewohner von Indien, Belgisch Kongo, Kenia und Süd-Rhodesien. Für die Bantu-Erziehung wurden pro Schüler im Jahre 1948 4,24 £, aber 1952 das Fünffache ausgegeben. Heute erhalten fast 800 000 Bantu-Kinder kostenlosen Schulunterricht. Sehr viele besuchen technische Gewerbeschulen, und eine ständig wachsende Anzahl wird an Universitäten, Hospitälern und sonstigen Ausbildungsstätten für einen gewünschten Beruf geschult. Etwa 14 Millionen £ wurden 1954 für die Erziehung und Bildung der Nicht-Europäer ausgegeben. Hierin steht Südafrika bei weitem an der Spitze aller afrikanischen Staaten und Kolonien. Der Eingeborene genießt heute von der Wiege bis zur Bahre beachtliche soziale Vergünstigungen. Die meisten Bantu-Frauen erhalten vor und nach der Niederkunft freie ärztliche Behandlung und Ratschläge. Oft findet die Entbindung in modernen Krankenhäusern statt. Auch in den ländlichen Bezirken wird der Gesundheitsdienst ausgebaut.

Jedem arbeitssuchenden Bantu steht eines der 500 in der Union bestehenden Arbeitsämter zur kostenlosen Arbeitsvermittlung zur Verfügung. Der staatliche Lohnausschuß und seine Vertretungen innerhalb des Arbeitsministeriums führen regelmäßige Überprüfungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch. Strenge Vorschriften verhüten Ausbeutung und Übervorteilung.

Durch die Land Act von 1913 waren 10,7 Millionen Hektar Land als Reserverate zur Verfügung gestellt worden. Diese Ländereien wurden im Jahre 1936 durch die Trust and Land Act (Treuhandgesetz für Ländereien) auf 18 Millionen Hektar erhöht. Die Nationale Regierung kaufte inzwischen 4 Millionen Hektar an, so daß sich heute die Gesamtfläche der Reserverate auf 15,2 Mill. Hektar beläuft und ständig vergrößert wird.

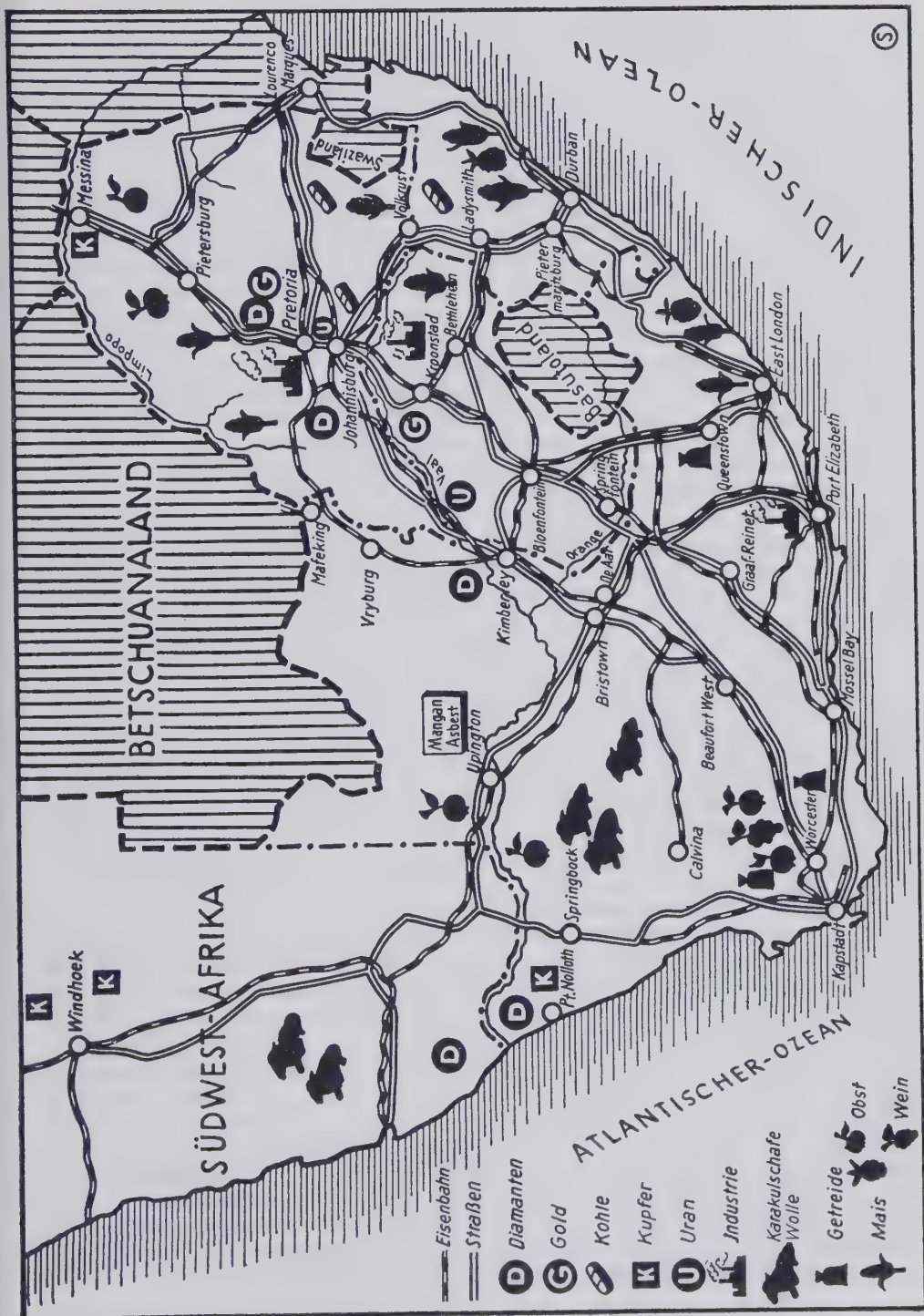
Obwohl es an Unterkunft für die Bantus in vielen Gebieten noch mangelt, da neben der illegalen Einwanderung die rasch fortschreitende Industrialisierung immer neue Arbeitskräfte benötigt, werden viele Bauvorhaben durchgeführt. Auch sind seit 1945 mehr als 18,5 Millionen £ als Darlehen für Bantuwohnungen

gewährt worden. Bei einem Durchschnittseinkommen von 10—25 £ Sterling monatlich beträgt die Miete für diese Häuser 1—4 £ im Monat.

Wer dauernd arbeitsunfähig ist, erhält vom Staat eine Invalidenrente. Der Staat gibt ferner Renten an alte und mittellose Leute, die während ihrer Arbeitsfähigkeit hierfür keinen Pensionsbeitrag zahlen. Die für die Eingeborenen in Südafrika bereitgestellten sozialen Einrichtungen sind besser und weiter ausgebaut als in irgendeinem anderen Teil des Kontinents. Der Bantu-Arbeiter, dessen Einkommen unter dem des steuerzahlenden Weißen liegt, muß pro Kopf jährlich 1 £ an Steuern entrichten. Er verdient mehr Geld und zahlt weniger Steuern als seine Rassegengenossen in den britischen Protektoraten. Hauptsächlich der weiße Steuerzahler bestreitet die direkten und indirekten Ausgaben für die Bantu- und Farbigen-Bevölkerung. Die direkten Ausgaben betragen ca. 30 Millionen £ im Jahre und werden vom Staate getragen. Die Bantus zahlen ihrerseits dem Lande ca. 2 Mill. £ direkte Steuern und ungefähr den gleichen Betrag an indirekten Steuern. Für den Rest von 26 Mill. kommt der weiße Steuerzahler auf.

Zu jeder Zeit leben 4—5 Millionen Neger außerhalb ihrer Reservate. Eine große Zahl von ihnen ist bereits den Heimatstämmen entfremdet und hat überhaupt keine Verbindung mehr mit ihnen. Aber die meisten Neger, die in die Minen und Städte kommen, leben dort nur für 9—15 Monate. Nach dieser Zeit kehren sie zu ihren Familien zurück, um bei passender Gelegenheit oder bei zwingender wirtschaftlicher Notwendigkeit wieder Arbeit aufzunehmen und die Bebauung des kleinen Landbesitzes den Frauen zu überlassen. Die Ausübung derartiger Gelegenheitsarbeit hat an den Wurzeln der afrikanischen Einrichtungen und Satzungen innerhalb des Stammes und der Familie gerüttelt und hat die herkömmlichen Anschauungen vom sittlichen Verhalten zerstört, ohne eine andere feste Ordnung an deren Stelle zu setzen. Statistiken zeigen, daß in Johannesburg mehr als 70% der neugeborenen Negerkinder unehelicher Herkunft sind, während es innerhalb der Reservate nur 25% sind. Außerdem besteht für Neger wenig Aussicht, außerhalb der Reservate Fuß zu fassen. Sogar jene, die ständig außerhalb leben und Geld besitzen, werden — bis auf wenige Gebiete — durch die Group Areas Act daran gehindert, ein Haus oder Land käuflich zu erwerben.

Der Neger ist ein guter Industriearbeiter. Seine Arbeitsleistung läßt sich mit der eines europäischen Arbeiters vergleichen, allerdings nur, so lange nichts schief geht. Er wird in immer größerem Umfang in die Fabriken hineingezogen. Die älteren Berufszweige, wie Bergbau, Ingenieurwesen, Bauwesen, Buchdruckergerwerbe erhalten noch eine schroffe Rassenschranke aufrecht, wozu sie mehr durch die Haltung der Gewerkschaften der Weißen als durch Gesetze bestimmt werden. Aber neuere Industriezweige, wie die Textilindustrie, geben den Negern Gelegenheit, Stellungen zu erreichen, die eine größere Geschicklichkeit erfordern, wenn auch gewöhnlich zu einem unterschiedlichen Lohntarif. An der Oberfläche herrscht Arbeitsfrieden, und Streiks sind sehr selten. Aber die Führer der Neger fordern völlige Gleichstellung mit den Weißen und Farbigen. Sie sind längst über den Punkt hinaus, an dem Zugeständnisse, wie bessere Wohnverhältnisse, Einstellung in den Staatsdienst, kostenlose Erziehung und Zulassung zu ein paar weiteren gelernten Berufen ihre Forderungen befriedigen könnten. Sie fordern allgemein „Gleichheit“. Dieser Begriff ist jedoch so spannungsgeladen, daß fast kein Europäer bereit ist, ihn zuzugestehen!



Die Haltung der südafrikanischen Parteien

Die Haltung der Parteien zu den Lebensfragen des Landes ist sehr unterschiedlich: Die Nationale Partei ist der politische Wortführer aller nationalistisch eingestellten Afrikaner. Daneben gibt es wirtschaftliche Verbände mit dem Ziel, die Afrikaner zu unterstützen, z. B. den Reddingsdaadbond und die Volkskas, eine Handelsbank. Eine Anzahl von Gemeinschaften, die durch die F.A.K. (Federasie van Afrikanse Kulturvereniginge) gleichgeordnet sind, verfolgen dieses Ziel auf kulturellem Gebiet. Daneben besteht der geheime Broederbond, über dessen Ziele man sich nicht einig ist. Viele glauben, er sei die oberste Leitung des Afrikaans Nationalismus, während andere ihn für einen rein kulturellen Bund halten. Die unbedingte Geheimhaltung seiner Mitgliedschaft trägt dazu bei, Gerüchte über seine Tätigkeit aufkommen zu lassen. Möglicherweise ist er nicht mehr als das, was die Nationalisten von ihm aussagen: „eine Gemeinschaft hervorragender und kluger Menschen, die sich zusammenschlossen, um für das Wohl ihres Volkes uneigennützig zu arbeiten.“ Alle Gruppen sind sich in der Zielsetzung ihrer Arbeit einig und halten beständigen Kontakt mit der Holländisch Reformierten Kirche, den Afrikaans Schulen und der nationalistischen Presse.

Es wird behauptet, daß die Stärke der United Party in der Mannigfaltigkeit der Gruppen liegt, die sie umfaßt. Das ist jedoch auch ihre Schwäche. Sie vereinigt Anhänger englischer und afrikaanser Sprache, Liberale und Konservative, Christen und Juden. Ihren jetzigen Namen erhielt sie durch die Vereinigung der Parteien von General Smuts und General Hertzog im Jahre 1934. Sie setzt bewußt die Tradition der Einheit fort, die von General Botha in seinem ersten Kabinett 1910 begründet wurde. Sie glaubt, daß das Land sowohl auf englischer als auch auf afrikaanser Tradition aufgebaut werden muß, während die Nationalisten dieses Ziel mehr in den Grenzen ihrer eigenen Nationalität verfolgen. Vielleicht ist bezeichnend, daß unter den Wählern der United Party die bekanntesten Größen der Geschäftswelt, des Handels und der Industrie zu finden sind, geschäftstüchtige Engländer und eine starke Gruppe wohlhabender afrikaanser Farmer. Die Nationalisten stützen sich hauptsächlich auf die ländlichen Gebiete außerhalb Natal's und auf die europäischen Handwerker, ungelernten Arbeiter und Angestellten, die bei der Bundesbahn, in den Minen, in staatlichen Industrien und in den unteren Verwaltungsposten beschäftigt sind. Sie fühlen besonders den wirtschaftlichen Druck der Nichteuropäer und unterstützen daher die auf Abstand bedachte Politik der Apartheid.

Eine Verbindung britisch eingestellter, ausgedienter Soldaten gründete 1951 zur Unterstützung der United Party das sog. Torch Commando. Man weckte durch Fackelumzüge und Versammlungen das politische Selbstbewußtsein der englischen Südafrikaner und erreichte, daß bei der Wahl von 1953 alle Engländer für die United Party stimmten.

Im November 1954 gab die United Party auf dem Parteitag in Bloemfontein ihre Pläne für eine Eingeborenen-Politik bekannt. Sie will keine unbedingte räumliche Trennung durchgeführt wissen, sondern vertritt den Gedanken eines „integrierten“ Wirkungskreises unter strenger Kontrolle der Weißen und unter Erhöhung der Einwanderungsquoten für Europäer. In der Wirtschaft erkennt man die Gewerkschaften der Eingeborenen nicht an und möchte die Festlegung der Rassenschranken mehr durch tarifliche als durch gesetzliche Maßnahmen erreichen. Sie fordert gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die United Party schlägt ferner sechs statt vier Senatoren für die Eingeborenen im Senat vor und ein

individuelles Wahlrecht für gebildete Eingeborene und Farbige. Sie würde die Eingeborenenerziehung dem Kultusminister und nicht dem Ministerium für Eingeborenen-Angelegenheiten unterstellen.

Einige Wochen nach der Niederlage der United Party wurden zwei neue Parteien gegründet: die Liberal Party und die Union Federal Party. Die erstere wird geführt von der Abgeordneten Frau Ballinger, die seit 1938 als Fürsprecherin der Eingeborenen fungiert hat. Ihr zur Seite stehen die beiden hervorragenden Schriftsteller Alan Paton und Leo Marquard, von denen in dieser Untersuchung bereits die Rede war. Die Liberal Party ist die erste Partei in der Geschichte Südafrikas, die gleiche Rechte für alle gebildeten Menschen anstrebt. Sie erhält einige Unterstützung von den Intellektuellen und den Facharbeitern in den Städten. Die große Masse der Bevölkerung steht nicht hinter ihr. Die Union Federal Party wird von Senator Heaton Nichols geleitet, der vorher Vorsitzender der United Party im Senat war. Sie besteht aus wenigen Mitgliedern, von denen einige früher in dem Torch Commando führend waren, und einer Gruppe in Natal, die um eine provinzielle Autonomie bemüht ist. Das Parteiprogramm schließt Wahlen auf gemeinsamer Liste für die Inder ein.

Zur Einigung aller südafrikanischen Europäer gründeten Hertzog und Smuts 1934 die United Party. Die Zusammenfassung aller Kräfte gelang ihnen jedoch nicht. Es ist auch ohne weiteres nicht möglich, da noch immer ein tiefer Riß zwischen „British“ und „Afrikaans“ klafft. Man könnte fast meinen, daß der Burenkrieg unter der Oberfläche noch andauere. Wenn Südafrika auf Grund neuer Einsichten und Erkenntnisse in der Rassenfrage seine kulturelle Autorität über seine Grenzen hinausträgt, wird es einmal die führende Rolle in einem großen afrikanischen Staatenverbände spielen.

Südafrika zwischen Einheit und Spaltung

Unter Hinweis auf Indien, das seit 1949 ohne Anerkennung der englischen Königin als staatliches Oberhaupt dem British Commonwealth of Nations als Republik angehört, fordert die Nationale Partei des südafrikanischen Premierministers Strijdom die Umformung der Union von Südafrika aus einem Dominion im Sinne des Westminster Statute's von 1931 in eine Republik. Damit würden wie bei Irland die letzten Bindungen mit Großbritannien beseitigt, die darin bestehen, daß die englische Königin gleichzeitig die Königin von Südafrika ist, England einen Generalgouverneur in Südafrika und die Union einen Hohen Kommissar in England unterhält. Ferner würden der Union Jack und die britische Nationalhymne, die gemeinsam mit der rot-weiß-blauen Flagge des Landes und dem Heimatlied der Afrikaans-Bevölkerung „Die stem van Suid Afrika“ — Die Stimme Südafrikas — beachtet werden, in Fortfall kommen. Ob die Union als Republik weiterhin dem Commonwealth angehören wird oder nicht, wird von der zukünftigen Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Union abhängen. Auf jeden Fall versprach Ministerpräsident Strijdom auf der Commonwealth-Konferenz im Spätsommer 1956 in London eine enge Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Mutterland und den anderen Commonwealth-Ländern. Es wird, wenn die Nationale Partei an der Regierung bleibt, im wesentlichen darauf ankommen, welche Haltung England gegenüber der Politik der Apartheid, d. h. der getrennten Entwicklung der Rassen, einnimmt.

Während auf der einen Seite starke Bestrebungen der Nationalen Partei zur Zentralisation und völligen juristischen Unabhängigkeit im Gange sind, bemühen

sich oppositionelle Kräfte in Südwestafrika und Natal um Lösung dieser Gebiete aus dem Unionsverband.

Die ehemalige deutsche Kolonie Südwestafrika wurde im Jahre 1921 vom Völkerbund der Union zur Treuhandverwaltung übergeben. Die Opposition schlug vor einiger Zeit vor, der UNO jährlich zur Wahrung der Kontinuität Berichte über die Entwicklung in diesem Lande zu unterbreiten. Auf dem Landesparteitag der Nationalen Partei in Windhoek im August 1956 befaßte sich der Ministerpräsident in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Gesamtpartei mit diesen Vorschlägen und hob hervor, daß die UNO nicht als juristische Nachfolgeorganisation des Völkerbundes angesehen werden könne und daher keine Veranlassung bestehe, ihr Berichte zu übermitteln und damit Gelegenheit zur Einmischung zu geben. Die Union würde im übrigen Südwestafrika nach rein liberalen Gesichtspunkten verwalten und nicht nach den Richtlinien der Apartheid. Südwestafrika würde in absehbarer Zeit kein „weißes“ Land mehr sein, sondern völlig unter den Einfluß der Eingeborenen und Farbigen geraten, deren Zahl die der Weißen um ein Siebenfaches übertrifft. Der Ministerpräsident betonte, daß einflußreiche Persönlichkeiten der Opposition sogar die Hoffnung zum Ausdruck brachten, Südwestafrika werde durch die Unterstellung unter die UNO eines Tages zur völligen staatlichen Unabhängigkeit gelangen können.

Während sich die Spaltung der weißen Einwohnerschaft in zwei getrennte Sprachgruppen in den übrigen Provinzen im Verhältnis von 3:2 für Afrikaans bewegt, herrscht in Natal eindeutig das britische Element vor. Die englisch sprechende Bevölkerung dieses Gebietes glaubt, daß ihre Rechte und Interessen von der jetzigen Regierung der durch die Afrikaner bestimmten Nationalen Partei nicht zufriedenstellend vertreten werden.

Daher fordern Führer der Opposition die staatliche Trennung von der Union bei einer evtl. Umformung derselben in eine Republik, um als selbständiges Dominion in engeren Beziehungen zu England und dem Commonwealth bleiben zu können. Man besteht darauf, daß in jeder Provinz getrennt über die Schaffung der republikanischen Staatsform abgestimmt wird und nicht nur im Unionsparlament in Kapstadt für das ganze Land. In diesem Falle würde sich in Natal eine klare Mehrheit gegen das Vorhaben der Regierung ergeben.

Auf dem Landesparteitag der Nationalen Partei in Durban wies Premierminister Strijdom diese Bestrebungen scharf zurück. Nach Ansicht seiner Partei ist die 1910 gegründete Union mit ihren vier Provinzen ein Einheitsstaat und kein Bundesstaat oder Staatenbund. Daher bestehen keine provinziellen Parlamente, die über Angelegenheiten der Einzelprovinzen entscheiden können. Allein das Unionsparlament ist für alle Fragen des Landes zuständig. Nur dort kann eine Zweidrittelmehrheit die 1910 gegebene Verfassung — Act of South Africa — ändern. Natal kann nur aus dem Staatsverband ausscheiden, wenn das Gesamtparlament zustimmt. Und das wird vorläufig nicht der Fall sein. Mit derartigen Trennungsversuchen wird jedoch auch in Zukunft zu rechnen sein.

Andererseits wurden kürzlich Pläne des Abgeordneten der Dominion Party in Rhodesien, Mr. Robert Williamson, bekannt, die darauf hinauslaufen, die Union von Südafrika mit dem Staatsverband von Rhodesien und Nyassaland — Federation of Rhodesia and Nyassaland — zu einem Staatenbund United States of Southern Africa zu vereinigen. Williamson macht jedoch zur Bedingung, daß die südafrikanische Verfassung den Aufbau eines echten föderativen Staatswesens in der Art von Kanada oder Australien ermöglicht und den jetzigen vier

Provinzen Natal, Kapkolonie, Oranje und Transvaal den Status der staatlichen Selbständigkeit unter einer gemeinsamen Bundesregierung gibt, d. h., daß die zentrale Union in föderative Länder mit entsprechender Autonomie und eigenen Parlamenten umgewandelt wird. Für das heutige Südafrika würde sich außerdem ein weiteres entscheidendes Problem ergeben: Ob es nämlich bereit ist, von der Politik der Apartheid soweit abzugehen, daß es in einem Bund der United States of Southern Africa mehrrassige Regierungen, wie sie in Rhodesien und nach dem Lyttelton-Plan auch in Kenia bestehen, als legitime Vertretungen der Einzelstaaten anerkennt.

Südafrika im Umbruch

Zur Zeit macht Südafrika unter der tatkräftigen Förderung der Nationalen Regierung eine industrielle Revolution größten Ausmaßes durch. Es vollzieht sich ein Übergang vom Agrar- zum Industriestaat, in dessen feinnervigem System die farbige Arbeitskraft unersetzlich ist und jede Störung weitreichende wirtschaftliche und politische Folgen nach sich ziehen kann. Das Netto-Volkseinkommen vom 1. Juli 1953 bis 30. Juni 1954 betrug 1 375 500 000 £ und war damit um 7,1% höher als 1952/53. Südafrika war 1954 der größte Lieferant der Welt an Metallen der Platingruppe. Es verkaufte für 62,1 Millionen £ Diamanten (1944: 17,00 Mill.). Das Jahr 1954 zeitigte auch eine Rekord-Goldförderung im Werte von 154,6 Mill. £. Das Land besitzt fast genau soviel Gold wie in Fort Knox in den USA eingelagert ist. Auch die Wollschur ergab erstmalig seit 1933 über eine Million Ballen. Niemals hat Südafrika eine so günstige wirtschaftliche Lage gehabt wie augenblicklich.

Als Dominion im Gesamtverband des British Commonwealth of Nations ist Südafrika königstreu und republikanisch zugleich. Nur $\frac{1}{5}$ seiner Staatsbürger sind im Besitze aller staatsbürgerlichen Rechte, die übrigen leben apart von ihren weißen Mitbewohnern. Gemäß der Politik der Apartheid wird ihnen eine getrennte Entwicklung zugewiesen, werden sie gehalten, in ihren eigenen Gebieten Selbstverwaltung zu üben oder in Distrikten mit europäischer Struktur ihren Aufenthalt als zeitlich begrenzt anzusehen. Das Tragische an dieser Situation ist, daß es bisher nicht gelang, die 13 Millionen Einwohner in ein gemeinsames südafrikanisches Nationalbewußtsein einzubeziehen.

Niemand vermag heute zu sagen, ob die Politik der Apartheid von Erfolg gekrönt sein wird. Zur erfolgreichen Durchführung müßte die Unterstützung der Nichteuropäer gewonnen werden. Anzeichen hierfür liegen vor. Es stünde dann eine enge Zusammenarbeit von Europäern und Nichteuropäern neben einer völlig getrennten Entwicklung auf allen anderen Bereichen des Lebens.

Sicher hat Albert Schweitzer recht, wenn er schon 1921 in seinem bekannten Buch „Zwischen Wasser und Urwald“ feststellt: „Das Neue, das kommen muß, ist, daß Weiß und Farbig sich in ethischem Geiste begegnen. Dann erst wird Verständigung möglich sein. An der Schaffung dieses Geistes arbeiten, heißt zukunftsreiche Weltpolitik treiben.“

Literatur:

- Appeal Court Declares Separate Voters' Act Invalid; in: South Africa News Cable vom 20. 3. 1952.
 Appasany, Bhaskar, Indians of South Africa, Bombay 1943.
 Bilder aus Südafrika — Folge 1; hersg. und entworfen vom Staatsinformationsamt, Pretoria 1955.

- Blenck, Erna und Helmut, Südafrika — heute, Frankfurt 1954.
- Blick auf Südafrika. Mitteilungen der Botschaft der Südafrikanischen Union, Köln, Januar-Oktober 1955.
- Broomfield, Gerald, Colour Conflict. Race Relations in Africa, London 1943.
- Carter, Gwendolen, Can Apartheid succeed in South Africa? In: Foreign Affairs. An American Quarterly Review, January 1954.
- Cloete, Stuart, Afrikanische Ballade, Hamburg 1954.
- Cloete, Stuart, Wandernde Wagen, Hamburg 1952.
- Cloete, Stuart, Ich spreche für den Afrikaner. In: Kontinente, November 1953.
- Dvorin, Eugene, Racial Separation in South Africa, University of Chicago Press 1952.
- Handbook on Race Relations in South Africa; ed. Ellen Hellmann, Cape Town 1949.
- Fragen und Antworten über die Union von Südafrika. Zusammengestellt durch das Staatsinformationsamt, Parow 1955.
- Günter, John, Inside Africa, New York 1955.
- Hesse, Kurt, Wirtschaftswunder Südafrika, Düsseldorf 1954.
- Jansen, E. G., Native Policy of the Union of South Africa, Pretoria 1950.
- Krug, G. Werner, Südlich der Sahara, Hamburg 1955.
- Laham, Peter, Blut hat nur eine Farbe, München 1953.
- Le Roy Hooker, The Afrikaners, New York 1900.
- Malan, D. F., Apartheid. Brief an Hochwürden John Piersma von der Oakdale Park Christlich Reformierten Kirche, Grand Rapids, USA, vom 1. April 1954.
- Marquard, L., The Native in South Africa, Johannesburg 1948.
- Marquard, L., The Peoples and Policies of South Africa, London 1952.
- Noack, Ulrich, Atlantische Antwort auf Bandung. In: Welt ohne Krieg, Juli/August-Ausgabe 1955.
- Official Yearbook of the Union and of Basutoland, No. 24, Pretoria 1948.
- Olivier, N. J. J., Apartheid — A Slogan or a Solution? Reprinted from the Journal of Racial Affairs, January 1954.
- Paton, Alan, Denn sie sollen getröstet werden, Hamburg 1954.
- Paton, Alan, Aber das Wort sagte ich nicht, Hamburg 1954.
- Paton, Alan, The Negro in America Today. In: Collier's October 15, 1954.
- Paton, Alan, Südafrika, Land und Leute, Hamburg 1955.
- Peacey, Bishop B. W., When he separated the children of men . . . A Christian approach to the problem of colour in South Africa, Pretoria 1954.
- Petersen, Gita, Südafrika ist anders, Berlin 1954.
- Phillips, Ray E., The Bantu in the City, Lovedale 1938.
- Richmond, Anthony H., The Colour Problem, Edinburgh 1955.
- Rooke, Daphne, Ratoons, Boston 1953.
- Sulzer, Peter, Schwarze Intelligenz, Zürich 1955.
- The Doctrine of Apartheid. In: Round Table, December 1948.
- Tinley, J. M., The Native Labour Problem of South Africa, University of North Carolina Press 1943.
- UNESCO-Bericht über die Rassenfrage. In: Erziehung, Januar 1953.
- Van der Hoogt, The Story of the Boers, ohne Ort, 1900.
- Wright, Richard, Black Power, New York 1954; deutsche Übersetzung: Die Schwarze Macht, Hamburg 1956.

Südafrika

In der Reihe „Die Länder der Welt“ hat Karl Hermann Böhmer ein Heft über Südafrika (Die Südafrikanische Union) herausgegeben, das auf 48 Kunstdruckseiten und drei wertvollen Umschlagseiten ein buntes Kaleidoskop der südafrikanischen Welt mit vielen wissenschaftlichen Tatsachen über die Union bietet (Tellus-Verlag Essen). Daneben hat Hanns Reich uns einen Bildband über Südafrika geschenkt, an dem niemand vorbeigehen sollte, der über die wissenschaftlich-theoretischen Bemühungen hinaus sich sinnlich in die Materie eindenken will. Das Werk ist vom sehenden Auge des Kunstphotographen aus angelegt. Im Mittelpunkt steht der Mensch der Union, in diesem Falle der Neger. Schlaglichter fallen auf Landschaft, Städte und Zivilisation Südafrikas. Eine Karte im Anhang weist die Eingeborenen-Stämme und ihre Gebiete aus. In Bildmaterial und -Wiedergabe ist das Werk meisterhaft. Das Ganze — ein ästhetischer Genuß.

Südafrika. Ein terra magica Bildband, 83 Tiedrucktafeln (3 davon farbig), 16 S. Text, 2 Karten. Hanns Reich Verlag München 1955. Hln. 24,60 DM.

Weltpolitische Umschau

England: „Ferment der Dekomposition“

England hat zuwege gebracht, was selbst die Optimisten der „Dritten Form“ nicht zu hoffen wagten: Atlantik-Pakt und Warschauer Paktsystem sind über Nacht moralisch zerbrochen. Die Geschichte hat das Zerbrechen des einen mit dem Zerbrechen des anderen bewirkt. Es zeigt sich die Kraft am Werke, die „stets das Böse will und doch das Gute schafft“. Die Folgen der britischen Gewaltpolitik sind zwar noch unübersehbar. Aber lange ist die eine europäische Wirklichkeit in ihren Umrissen nicht mehr so greifbar gewesen wie in dem Augenblick, da die westlichen und östlichen Zwingherren unserer Zeit vor der Welt das Gesicht verloren und ihren „Empfindungen“ freien Lauf ließen. Freilich hat England durch seine Aggression in Ägypten den Sowjets die Voraussetzungen für ihr blutiges Eingreifen in Ungarn geliefert. Damit ist es den osteuropäischen Völkern in ihrem Kampf um die Freiheit Europas in den Rücken gefallen. Aber England hat sich, solange es als Weltmacht existiert, noch niemals als Bestandteil Europas betrachtet. Auf dieses England trifft vielmehr das Wort Mommsens vom „Ferment der Dekomposition“ zu. Sein maritimer Imperialismus ist ein Parasitär, ein infektiöser Bazillus, der seit Jahrhunderten am Körper der terranen Völker sein Zerstörungswerk betreibt. Er lebt von der Unordnung, vom ständigen Schüren des inneren Chaos der Kontinente, damit diese aus sich selbst nicht zur Ruhe kommen und keine feste Gestalt annehmen können. Mit der nahöstlichen Intervention wird jedoch die Geschichte nicht zurückgeschraubt werden können. Während die Welt auf die Wiederherstellung des Rechtes in Ägypten und die damit verbundene Räumung Ägyptens von allen ausländischen Truppen wartet und nicht eher Ruhe geben wird, bis dieser Prozeß abgeschlossen und das ägyptische Volk seine volle Genugtuung erhalten hat, geht die Kettenreaktion, die jene Verstaatlichung des Suezkanals eingeleitet hat, mit der Konsequenz eines geschichtlich fälligen Prozesses weiter. Unter der Decke der Ereignisse schwellt dieser Prozeß längst in der Richtung auf Cypern, Malta, Gibraltar . . .

Dreimal in einer Generation hat England (d. i. immer die britische Regierung, nicht das britische Volk) den Frieden der Welt seinem maritimen Vormachtstreben geopfert. Jedesmal hat man mit Vorbedacht die Zündschnüre gelegt und die Luntten angezündet: 1914 in Serbien, 1939 in Polen,

jetzt in Ägypten. Jedesmal schuf man die Explosionsherde, wenn man seine insulare Vormachtstellung irgendwo in der Welt bedroht oder zur Vernichtung eines Konkurrenten nicht länger zögern zu dürfen glaubte. Und noch während in diesen Wochen die britischen Garantien an Polen vom 31. März 1939 der Welt in die Erinnerung zurückkehren und damit alles Leid, was seit diesem entscheidenden Tage über die Menschheit kam, vernehmen wir schon wieder aus dem Munde von britischen Politikern, so sehr diese sich von der Intervention in Ägypten auch distanzieren mögen, die Ankündigung neuer Garantien an Polen bezüglich der Oder-Neiße-Grenze.

Das sterbende Empire bereitet den Zündstoff für einen neuen Weltenbrand. Aber die Völker haben ihre Erfahrungen gemacht. Das an Polen stets desinteressierte England, das 20 Jahre lang durch seine führenden Minister die Unhaltbarkeit der in Versailles geschaffenen Zustände vor aller Welt zugab, hat Polen 1939 schmählich im Stich gelassen. Aus der britischen Garantie an Polen wurde die Bolschewisierung des polnischen Staates, die Preisgabe der polnischen Ostgebiete an die Sowjetunion und die Bolschewisierung Ostmitteleuropas, das unhaltbare Ergebnis einer großen Intrige. Heute, da der sterbende britische Löwe in seiner Agonie sich zu neuen Garantien aufschwingen will, weiß die Welt längst, was sie von England zu halten hat.

Ungarn: Das Mißverhältnis einer Revolution

Im Falle Ungarns steht die Welt zum ersten Mal vor der Frage, welches politische und gesellschaftliche System im Falle einer Ablösung des Kommunismus an dessen Stelle treten soll. Der Ablauf der Ereignisse hat gezeigt, daß es offenbar nicht im Sinne der geschichtlichen Entwicklung liegt, wenn diejenigen Kräfte, die zwar einig in ihrem Willen, das kommunistische Joch abzuschütteln, sich nur auf der Linie des westlichen Kapitalismus eine Weiterentwicklung ihres Landes vorzustellen vermögen. Das ist aber in Ungarn geschehen. Insofern entbehrt die ungarische Revolution nicht einer besonderen aber im letzten doch zwangsläufigen geschichtlichen Tragik.

Kaum war das Symbol des antibolschewistischen Widerstandes, Kardinal Mindszenty, nach jahrelangem Kerker wieder in Amt und Würden eingesetzt, wurde klar, daß selbst das Oberhaupt der katholischen Kirche in Ungarn mit keinem anderen Rezept aus den Erschütterungen und Erfah-

rungen dieser Jahre hervorgegangen war als mit dem Aufruf zur Nachahmung des Beispiels der westdeutschen Bundesrepublik, unter namentlicher Nennung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, und zur Wiederherstellung feudalkapitalistischer Besitzverhältnisse. Fürwahr, ein geradezu erschütterndes Mißverständnis über die realen Gegebenheiten und die Zusammenhänge des Aufstandes, das nur faßbar und entschuldbar wird, wenn man berücksichtigt, daß dieser Mann Mindszenty nach 8 Jahren Haft für die politische und geistige Situation in der Welt völlig im unklaren war.

Dennoch hätte man wissen müssen, daß schon die Nennung des Namens Adenauer in diesem Augenblick einer hochgespannten Lage auf die Sowjets wie ein rotes Tuch wirken mußte. Ist doch der Name des westdeutschen Kanzlers mit dem ganzen Elend der sogenannten Politik der Stärke, dem Dilemma der atlantischen Gewalttheorie unlöslich verbunden, so sehr auch der Name Adenauers im Westen selbst an Bedeutung eingebüßt haben mag. Für den westlichen Beobachter war die katholische Deutung des Aufstandes um so peinlicher, als das politische Idol der sogenannten „christlichen Demokratie“ bei den kritischen und hellhörigen Katholiken seinen Kredit weitgehend verloren hat. So gesehen mag es symbolhaft sein, daß die tragische Figur dieses Kardinals, nach wenigen Tagen einer wiedergewonnenen Freiheit, in der US-amerikanischen Botschaft um Asyl nachsuchen mußte.

Man kann eine Periode sowjetischen Terrors nicht durch bloße Proklamation des kapitalistischen Gegenterrors beenden. Wer die Freiheit nur deshalb will, um sie zur Vertilgung des Gegners zu benutzen, ohne durch Errichtung einer neuen, besseren und gerechteren Ordnung ein verpflichtendes Beispiel zu geben, hat die Freiheit noch nicht verdient. Die Geschichte scheint in solchen Augenblicken unerbittliche und höchste Maßstäbe anzulegen und die Konsequenzen zu ziehen, indem sie ihre Hand wieder von denen abzieht, die den Sinn der Stunde verkannten. Sie wirft dann alle Beteiligten auf den Anfang zurück und stellt ihnen die Aufgabe erneut.

Es scheint im Ablauf jeder Revolution eine Linie zu geben, die als Auffang- und Grenzlinie der gegebenen Möglichkeiten nicht überschritten werden darf, ohne daß der äußere Erfolg und der Sinn der Opfer in Frage gestellt wird. Diese Linie ist in Ungarn überschritten worden, und zwar allein durch das grobe westliche Mißver-

stehen dieser Revolution. Wer den Ablauf der Ereignisse mit dem nötigen Abstand verfolgte, war sich von vornherein darüber klar, daß die Sowjets nur bei absoluter Selbstdisziplin der Revolutionäre zum Stillhalten veranlaßt werden konnten. Unter diesen Umständen hätte der ungarische Aufstand erfolgreich sein können. Es war leichtfertig zu glauben, nach dem Rezept von David und Goliath verfahren zu können. Denn Schleuder und Kiesel konnten hier nur als sittlich-moralisches Übergewicht verstanden werden. Das Übergewicht der moralischen Schleuder hat man sich indessen durch politische Maßlosigkeit selbst genommen, woran der Westen, last not least durch die britische Intervention in Ägypten, maßgeblich beteiligt ist.

Ein Zweifel an dem Charakter der jahrelangen Unterdrückung und der offenen sowjetischen Intervention ist nicht möglich. Ebenso wenig kann das Recht des ungarischen Volkes auf Selbstverteidigung gegen die Übermacht der Okkupanten bestritten werden. Aber dieser Akt der Selbsthilfe wäre nur mit einer Konzeption vertretbar gewesen, die — bei aller Demonstration des Willens zur nationalen Unabhängigkeit — die Sowjets für diese Bewegung hätte engagieren können. Vielleicht wäre es sogar möglich gewesen, die Sowjets zu einer Zustimmung, zu einer Neutralisierung im Stile Österreichs, zum Ausscheren aus dem Warschauer Pakt und zum Abzug der Besatzungstruppen zu bewegen, wenn die nationalen Freiheitskräfte eine auch vom Westen unabhängige Konzeption der Gesellschafts- und Staatspolitik vertreten hätten. Die Konsolidierung der Lage in Polen ist ein Beweis für den Wert dieser Hypothese.

Es kann aber nicht bestritten werden, daß den Aufständischen eine solche Konzeption fehlte. Dadurch erst konnte die Erhebung in den Augen der Sowjets in den Verdacht eines strategisch-politischen Komplotts gegen den Osten geraten. Die Folgen sind prompt eingetreten. Was soll nun geschehen. Die Aufgabe bleibt nach wie vor die gleiche. Die Völker Osteuropas werden ihre Freiheit nur in friedlicher, kluger, disziplinierter und überzeugender Auseinandersetzung mit dem für die Sowjets immer entscheidend bleibenden Sicherheitsbedürfnis und ihrem gesellschaftspolitischen Interesse finden können. Eine solche Verständigung fordert eine dritte Staats- und Gesellschaftslösung jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, die auch von einer kommunistischen Weltmacht als ausreichende Gewähr gegen Ausplünderung und Krieg angesehen werden kann.

Kriegsrecht und militärische Gewalt

Das Problem der unbeschränkten Gewaltanwendung im Kriege

ERNST VAN LOEN

Außerhalb der Frage des Rechtes zum Kriege (*ius belli*) im Atomzeitalter überhaupt stellt der Wiener Völkerrechtler Alfred Verdross in Übereinstimmung mit der herrschenden Lehre drei Forderungen für eine rechtliche Form der Kriegführung auf: 1. die Kampfhandlungen dürfen sich direkt nur gegen Kombattanten (bewaffnete Streitkräfte) und militärische Objekte richten; 2. verboten sind Kampfmittel, die überflüssige Leiden verursachen und nicht der unmittelbaren Brechung des feindlichen Widerstandes dienen; 3. verboten sind perfide Kampfmittel, welche die militärische Ehre verletzen.¹⁾ Die hier aufgestellten Bedingungen kennzeichnen den Begriff der zivilisierten Kriegführung, der dem Kriegsrecht zugrunde liegt und im Gegensatz zur unbeschränkten militärischen Gewaltanwendung, d. h. zum Begriff des totalen Krieges steht.

Zur Niederwerfung des Gegners sind nur zweckdienliche Mittel erlaubt, denen kein verbietender Völkerrechtssatz entgegensteht. Entsprechende Verbote ergeben sich sowohl aus den Normen des Kriegsrechts wie aus den allgemeinen Grundsätzen des Völkerrechts. Dieses erlaubt zwar als Ziel die militärische Niederwerfung des Gegners, verbietet aber zur Erreichung dieses Zieles die Anwendung von Mitteln und Methoden, die nur unter Verletzung des Gebotes militärischer Kampfführung, d. h. unter Verstoß gegen die Regeln und Gebräuche (*loix et coutumes de la guerre*) ehrenhafter Kriegführung angewandt werden. Unbeschränkte Gewaltanwendung zur Schädigung des Feindes verläßt nach Artikel 22 der Haager Landkriegsordnung (HLO) die Ebene des Rechts.

Luftkrieg und Kriegsrecht

Verdross verweist auf das Genfer Protokoll vom Jahre 1925, das ein Verbot chemischer und bakteriologischer Kampfmittel enthält. Die Washingtoner Abrüstungskonferenz hatte 1922 bereits den Versuch unternommen, auch zu einer Regelung des Luftkrieges zu gelangen. Dieser Versuch scheiterte jedoch an dem Widerstand Englands²⁾. Die britische Regierung erkannte die strategischen „Möglichkeiten“ des Luftkrieges zur Ausdehnung der maritimen Seekriegs- und Blockademethoden. Spätere Versuche, vor allem von deutscher Seite, zu einer Begrenzung des Luftkrieges zu gelangen, scheiterten am gleichen Widerstand. Im Jahre 1936 faßte England den Entschluß, im Falle eines Krieges die Strategie der unterschiedslosen Massenbombardierung anzuwenden. Die britische Regierung vollzog diesen Schritt durch den weltgeschichtlichen Beschluß vom 11. Mai 1940, die Luftwaffe im Rahmen der sogenannten strategischen Bombenoffensive gegen das europäische Festland einzusetzen.

¹⁾ „Völkerrecht“, 3. Aufl., Wien 1955, S. 361 f.

²⁾ Die Washingtoner Konferenz beauftragte eine Kommission von Juristen mit der Aufstellung von Normen für den Luftkrieg. Diese trat im Winter 1922/23 im Haag zusammen. So kam es zu den Haager Luftkriegsregeln, die einen Versuch darstellten, die Luftwaffe in die Haager Landkriegsordnung einzubauen. Auf Betreiben Großbritanniens wurden die Regeln später von den Teilnehmerstaaten nicht ratifiziert.

Der damalige Staatssekretär im britischen Luftfahrtministerium, Spaight, begründet den „großartigen Entschluß“ der britischen Regierung mit dem Hinweis. „Der Verlust kostbarer Menschenleben muß als der menschliche Preis betrachtet werden, den man für die Erringung eines militärischen Vorteils zu zahlen hat.“³⁾ Spaight stellt fest, daß der britische Entschluß gegen den ausdrücklichen Protest des französischen Generalstabs gefaßt wurde. Er beansprucht für England den Ruhm, die neue Strategie ersonnen und als erstes Land in die Praxis umgesetzt zu haben. Er bestreitet nicht, daß England die volle geschichtliche Verantwortung für den Beginn der strategischen Massenmord-Bombardierung übernommen hat. Britannien habe bereits seit 1936 den Entschluß zu einer totalen Ausweitung eines kommenden Krieges gefaßt. Aus diesem Grunde habe es sich dem Versuch widersetzt, zu einem internationalen Abkommen beizutragen, das den Einsatz der Luftwaffe „auf das Kampfgebiet beschränken“ wolle.

Spaight gibt zu, daß sich die deutsche Kriegführung im Zweiten Weltkrieg nur widerstrebend zu einer Gegenstrategie mit gleichen Mitteln entschlossen habe, nachdem die Royal Air Force drei Monate früher bereits damit begonnen hatte, die deutsche Zivilbevölkerung zu bombardieren. Wörtlich schreibt Spaight: „In Deutschland und Frankreich bildeten Luft- und Landstreitkräfte eine unzertrennbare Einheit. In England konnte die Luftwaffe frei umherstreifen . . . Für Deutschland war der Bomber die Artillerie der schnellen Verbände, für Frankreich war er die Artillerie der in die Maginotlinie eingegrabenen und dort verharrenden Truppen, und für England war er eine Offensivwaffe mit dem Zweck, die Wirtschaftszentren des Feindes tief im eigenen Land anzugreifen.“⁴⁾

Angeichts des durch die Angelsachsen vollendeten Übergangs zur totalen Strategie versuchte man durch die Genfer Konvention vom 12. August 1949 wenigstens zu einer partiellen Beschränkung des Luftkrieges zu gelangen, indem man Repressalien gegen Zivilpersonen und deren Vermögen verbot. Verboten wurden alle kollektiven Vergeltungsakte gegen Zivilisten und Kriegsgefangene wegen Vergehen Einzelner. Indessen sind solche Einschränkungen illusorisch, wenn der Krieg im Ganzen als ein gegenseitiges Abschachten der Beteiligten geführt wird. Entscheidung für totale Strategie bedeutet Entscheidung gegen alles Kriegsrecht. Totale Strategie bedeutet Vernichtung auch der Nichtkämpfenden, Massenmord an Wehrlosen und dessen moralische Auswirkung auf die kämpfende Truppe. In ihrer rechtlichen Kaschierung heißt sie Auslieferung des „Kriegs“-Geschehens an einen außerrechtlichen und außermoralischen Grundsatz militärischer Notwendigkeit.

Militärische Notwendigkeit im klassischen Kriegsrecht

Die angelsächsischen Siegermächte haben nach 1945 versucht, ihre nihilistische Einstellung zum Kriegsrecht dadurch zu rechtfertigen, daß sie den gleichen Vorwurf des Nihilismus gegen die traditionellen deutschen Standpunkte zur Frage „Kriegsrecht und militärische Notwendigkeit“ erhoben. Demgegenüber ist festzustellen, daß die von den nicht-angelsächsischen Militärs seit dem 19. Jahrhun-

³⁾ Vgl. J. M. Spaight: „Bombing Vindicated“, Bless, London 1944. Dieses und folgende Zitate nach Veale, *Advance to Barbarism* (Der Barbarei entgegen; vgl. auch *Gemeinschaft und Politik* Nr. 10/1956, S. 54).

⁴⁾ Nach Ansicht des britischen Luftstrategen A. Harris („Bomber-Harris“) hat Deutschland den Krieg verloren, weil die deutsche Strategie es unterlassen habe, „bereits im Frieden für bewaffnete Bombenflugzeuge zum Angriff auf eine feindliche Zivilbevölkerung zu sorgen“. Vgl. „Bomber-Offensive“, Collins, London 1947.

dert um dieses Thema geführte Diskussion sich bis zur Wende von der klassischen zur totalen Strategie im Rahmen des Begriffes einer beschränkten Kriegsführung bewegte. Der Widerstreit von beschränktem Kriegsbegriff und dem, was der „militärischen Notwendigkeit“ jeweils an militärischer Gewaltanwendung konzidiert worden ist, wurde durchaus im Rahmen einer allgemeinen Bindung an zivilisierte Kriegsführung behandelt und beantwortet. Es ging lediglich um die Frage, welcher Spielraum dem Begriff der „militärischen Notwendigkeit“ im Rahmen des klassischen Kriegsrechts zuerkannt werden könnte.

So weist auch Hans Latenser darauf hin, daß die Lehre vom Vorrang der militärischen Notwendigkeit bisher nur im Rahmen der kontinentalen Auffassung vom Kriege entwickelt wurde.⁵⁾ Mithin setzte sogar jene klassische Lehre, welche noch den militärischen Glanz eines macht- und gewaltgläubigen Jahrhunderts des liberalen Nationalismus und Imperialismus widerspiegelt, dem Begriff der Notwendigkeit dort eine objektive Grenze, wo eine Definition der militärischen Notwendigkeit den Rahmen der Kriegsbräuche sprengte, m. a. W. wo die Anerkennung und die Beachtung der ehrenhaften und alle zivilisierten Armeen bindenden Kriegsführung durch eine uferlose Ausdehnung des Begriffes in Frage gestellt wurde.

Selbst diejenigen, die im 19. Jahrhundert als Anhänger des Primats der Militärpolitik geneigt waren, den Vorrang der militärischen Notwendigkeit nach der Devise „Kriegsnotwendigkeit bricht Kriegsrecht“ zu vertreten, anerkannten den klassischen Kriegsbegriff ohne Vorbehalt. Die „Militaristen“ akzeptierten, daß „militärische Notwendigkeit“ dort ihre Grenze habe, wo das „Rechtsgewissen und die besten Elemente der Moral absolut alle Handlungen der Kriegführenden bestimmen“. (Der preußische General von Hartmann). Es ist ein wesentlicher Unterschied, ob der Begriff der militärischen Notwendigkeit an die Vorstellung des klassischen Kombattantenkrieges, der grundsätzlich zwischen Kämpfenden und Nichtkämpfenden unterscheidet, gebunden ist, oder ob er umgekehrt dazu dient, diese Unterscheidung aufzuheben und einer totalen Strategie von Kombattanten gegen Nichtkombattanten pseudolegale Titel zu verleihen.

Die angelsächsische Obstruktion

Im Gegensatz zur klassischen Diskussion der kontinentalen Militärs im 19. Jahrhundert zur Frage der Kriegsnotwendigkeit vertraten die angelsächsischen Mächte seit jeher die Auffassung, daß der Begriff der militärischen Notwendigkeit voraussetzungslos, d. h. ohne Bindung an den klassischen Kombattantenkrieg zu definieren sei. Nach angelsächsischer Auffassung ist der Krieg Kampf zwischen Nationen, totaler Krieg, kein Krieg nur zwischen den kämpfenden Streitkräften dieser Nationen allein. Es ist in diesem Zusammenhang bemerkenswert, daß Großbritannien sich bis Ende des 19. Jahrhunderts stets geweigert hat, einer internationalen Kodifizierung des Kriegsrechts und seiner Regeln und Gebräuche zuzustimmen. Englands Widerstand ist es zuzuschreiben, daß die Erste Haager Friedenskonferenz vom Jahre 1899 erst mit 25jähriger Verspätung zustande kam, denn bereits auf der Brüsseler Konferenz von 1874 war das Ziel einer Kodifikation Gegenstand internationaler Bemühungen um die rechtliche Hegung und Ordnung des Krieges.

⁵⁾ „Der Zweite Weltkrieg und das Recht“ in „Bilanz des Zweiten Weltkrieges“, Oldenburg 1953, S. 405 ff.

Berichte über diese Konferenz erwähnen die peinliche Tatsache, daß die britische Regierung ihren Delegierten auf der Konferenz damals strikte anbefohlen hatte, an den Debatten nur schweigend teilzunehmen. Der berühmte Völkerrechtler v. Martens, der als russischer Delegierter an der Konferenz teilnahm, berichtet, „das beredte Schweigen des englischen Delegierten habe den Erfolg der Konferenz noch mehr kompromittiert, als es seine völlige Abwesenheit getan hätte“. Noch auf der Haager Friedenskonferenz von 1899 versuchte der britische Delegierte, das Zustandekommen der unter dem Namen „Haager Landkriegsordnung“ in die Geschichte eingegangenen internationalen Vereinbarungen über das Kriegsrecht der zivilisierten Völkerrechtsgemeinschaft zu verhindern. Großbritannien ließ damals durch seinen Delegierten erklären, jede solche internationale Regelung des Kriegsrechts sei überflüssig. Es begründete seine anarchische Auffassung damit, für die britische Regierung genüge es mitzuteilen, daß sie selbst die Absicht habe, ihrem militärischen Handbuch Bestimmungen einzufügen, „die sie für vereinbar erachte mit den Prinzipien des Völkerrechts, nach denen sie bisher ihre Handlungen gerichtet“ habe. Nach britischer Auffassung ist aber die Führung von totalen Kriegen gegen Völker in ihrer Gesamtheit durchaus erlaubt und mit den „Prinzipien des Völkerrechts“ „vereinbar“, „nach denen sie ihre Handlungen richtet“. Danach ist auch die Gewaltanwendung gegen die Zivilbevölkerung des Gegners erlaubt. Das Recht einer solchen anarchischen Interpretation des Völkerrechts wollte man durch eine universale Kodifikation des Kriegsrechts nicht in Frage gestellt und beeinträchtigt sehen. Die angelsächsische Interpretation des Begriffes der „militärischen Notwendigkeit“ sollte vielmehr der kontinentalen Diskussion dieses Begriffes anstelle seiner Bindung an die zivilisierte Form des Kombattantenkrieges aufgezwungen werden.

Trotz britischen Protestes wurde die Haager Kodifikation 1907 beschlossen. Das vom britischen Kriegsministerium im Jahre 1902 herausgegebene „Field Service Pocket Book“ indessen hatte am Vorrang der militärischen Notwendigkeit vor den allgemeinen Verhaltensregeln des Kriegsrechts festgehalten. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges war in den militärischen Handbüchern Großbritanniens und der USA das Prinzip des Vorranges der militärischen Notwendigkeit noch als eines der Grundprinzipien der Kriegführung angegeben. So blieb die Bindung der Angelsachsen an das Kriegsrecht doppeldeutig. Die Festlegung ließ stets auch eine Auslegung im Sinne des Vorranges der militärischen Notwendigkeit zu bzw. offen.

Nach dieser Festlegung konnte totale Strategie von den angelsächsischen Mächten jederzeit vertreten werden, wenn man die alte Lehre vom Vorrang der militärischen Notwendigkeit vor dem geltenden Kriegsrecht in dem mißbräuchlichen Sinne und in der klaren Absicht aufgriff, die unbeschränkte regellose Gewaltanwendung im Stile totaler Offensivplanungen sei „militärisch notwendig“. Solchen ungeheuerlichen Versuch unternahm z. B. der bereits oben zitierte britische Völkerrechtler Spaight ausgerechnet unter Berufung auf Art. 46 HLO. Dieser Artikel bestimmt, daß die Rechte der Familie, das Leben der Bürger und deren Privateigentum im Kriege zu achten sind. Indessen unterliegt Art. 46 auch als bloße Sollbestimmung dem absoluten Verbot des Art. 25 HLO, der die Ausdehnung militärischer Handlungen auf unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude verbietet, „mit welchen Mitteln es auch sei“. Es bleibt unerfindlich, worauf der britische Jurist den Begriff der militärischen Notwendigkeit im Sinne eines Rechts auf schrankenlose Ausdehnung des Krieges auf die Zivilbevölkerung stützen will.

Militärische Notwendigkeit und Nürnberg

Der Grundsatz, daß militärische Notwendigkeit keinen Vorrang vor dem Kriegsrecht hat, ist durch das Nürnberger Militärtribunal offiziell bestätigt worden. Nürnberg lehnte es ausdrücklich ab, „militärische Notwendigkeit“ als Rechtfertigungsgrund für ein Abweichen von den Normen des Kriegsrechts anzuerkennen. Ein Abweichen sei nur unter der Bedingung erlaubt, daß Normen des Kriegsrechts ein solches Abweichen für den Fall einer militärischen Notwendigkeit als Ausnahme ausdrücklich zulassen (wie etwa in Art. 23 der HLO bei Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums). Indessen vergaß der Militärgerichtshof, diese seine eigene kategorische Feststellung auf die militärischen Handlungen der totalitären Siegermächte anzuwenden. Diese nahmen für die Durchführung ihrer totalen Strategie gegen die deutsche Zivilbevölkerung sehr wohl und im Gegensatz zur Nürnberger Justiz die These vom „Vorrang der militärischen Notwendigkeit“ als Rechtfertigung ihres flagranten Abweichens von den Normen des Kriegsrechts in Anspruch. Die Entscheidung des Nürnberger Tribunals in der Lehre vom Vorrang der militärischen Notwendigkeit zeigt die Bewußtseinsspaltung des alliierten Rechtsdenkens in der Beurteilung der totalitären Strategie. Die erfolglosen Barbaren werden auf die Normen des Kriegsrechts verwiesen bzw. durch deren poenale Anwendung verurteilt, während die erfolgreichen Vollzieher einer militärischen Gewaltanwendung außerhalb des Kriegsrechts sich nachträglich Indemnität für ihre begangenen Verbrechen und sogar Generalvollmacht für künftige Verbrechen ausstellen.

Die Völkerrechtswissenschaft hat bisher verkannt, daß die Lehre von der militärischen Notwendigkeit nicht als Legitimitätsmaxime gegen den Begriff der rechtlich geordneten Gewaltanwendung ausgespielt und mißbraucht werden kann. Die Wissenschaft kann in dieser Frage ihren objektiven Voraussetzungen nicht enttrinnen. Eine Ausdehnung des Notwendigkeitsbegriffes durch Sprengung des klassischen Kriegsbegriffes verläßt jede Ebene einer wissenschaftlichen Diskussion.

Die Voraussetzung der Nichtexistenz des Gegners

Im Rahmen unserer Frage nach dem Rechtscharakter der totalen Strategie kann im einzelnen bereits dahingestellt bleiben, inwieweit eine Interpretation des Begriffes der militärischen Notwendigkeit im Falle klassischer Gewaltanwendung, d. h. unter Beachtung der Haager Regeln sowie des allgemeinen Völkerrechts, noch gehen darf. In jedem Falle steht fest und ist nicht zu bestreiten, daß prinzipielle Ausdehnung des Krieges auf Nichtkämpfende weder einer militärischen noch einer rechtlichen Interpretation notwendiger Gewaltanwendung entspricht und entsprechen kann. Auch das Recht der Selbsterhaltung kann von einem Staat nicht als hinreichender Grund für eine solche Ausdehnung anerkannt werden. Man würde sonst zu dem Schlusse gelangen, daß die effektive, d. h. physische Nichtexistenz eines anderen Volkes oder Staates Voraussetzung der Selbstbehauptung und Selbsterhaltung ist, gefordert und im gerechtfertigten Vernichtungsakt herbeigeführt werden dürfte. Krieg und Kriegsziel setzen als rational und ethisch legitime Begriffe das elementare Recht aller Beteiligten eines Krieges auf Existenz und Weiterexistenz nach der gefallenen Entscheidung voraus. Das Ziel darf also niemals die Nichtexistenz des Anderen sein. Daher darf eine Strategie eine solche Forderung weder einschließen noch in ihrer Planung voraus-

setzen. Es läge dann kein Krieg mehr vor, der sich auf die Wiederherstellung einer zerbrochenen Friedensordnung beschränkt, sondern nackter Mord am Gegner mit dem Ziel absoluter Friedensvernichtung und -verhinderung durch totale, permanente und existentielle Ausrottung, bei der man in der Folge gezwungen ist, den barbarischen Krieg durch einen barbarischen Zwangsfrieden und durch Institutionalisierung von Terror und Gewalt zur Sicherung der barbarischen Resultate abzuschließen.

Nach dem Zweiten Weltkriege glaubten die siegreichen Barbaren noch auf die groteske Prozedur einer pharisäischen Siegerjustiz nicht verzichten zu können. Sie halbierten kurzerhand das Rechtsproblem der totalen Strategie nach berühmtem alexandrinischen Vorbild. Haben sie damit das Problem der modernen militanten Barbarei geschichtlich, moralisch und rechtlich gelöst und die apokalyptische Hypothek einer verwirrten und verirrten Epoche aus der Welt geschafft? Nach einem dritten Weltmassaker würden die barbarischen Sieger auf dem Schlachtfeld der planetarisch-kosmischen Katastrophe auf einen ähnlichen Versuch ebenso grotesker wie makabrer Verhöhnung des Rechtes in der Frage der vorausgegangenen Barbarei verzichten müssen. Denn nicht einmal Nihilisten, Pharisäer und Puritaner einer Rechtsauffassung mit doppeltem Boden würden und könnten sich dann noch bereitfinden, das sichtbare iudicium dei der Welt als Beweis ihrer Auserwähltheit als der Siegreichen gegenüber den Erfolglosen, der Überlebenden vor den am Boden vernichteten Barbaren zu präsentieren und zu legitimieren. Das öffentliche Bewußtsein der Welt wird sich nicht ein drittes Mal in seinem Urteil über den geschichtlichen Charakter jener Katastrophen verwirren und betrügen lassen, deren zyklischer Untergangskette die Welt seit einem halben Jahrhundert überantwortet ist. Man kann sich die Komödien und Tragödien im Stile eines neuen „Nürnberg“ dann ersparen. Keine Gefühlsregie und keine propagandistische Verdrehung wird dann noch imstande sein, das große Gottesgericht zu verdunkeln, das über die Menschheit hereingebrochen ist.

Ausweg aus der Barbarei

Gibt es einen Ausweg aus der Dialektik der Barbarei? Es gibt nur den einen: Auflösung der Zwangssuggestion der Gewalt. Nicht durch Rückkehr zum klassischen Krieg ist die Krise unserer Zeit zu lösen, sondern nur durch eine konstruktive Antwort auf jene Herausforderung, welche die pervertierte Gewalt gegenüber der Menschheit darstellt. Hier gilt das Gesetz der kommunizierenden Röhren: Die äußerste Perfektion der totalen Gewalt kann nur durch den Umschlag in den äußersten Verzicht in der Anwendung von Gewalt überwunden werden. Wenn Gewalt bis zur äußersten Grenze von Vernichtung ausgeschlagen ist, muß das Pendel in das andere Extrem einer menschlichen Selbstbehauptung und Selbstverteidigung durch Gewaltverzicht und gewaltlose Selbsthilfe umschlagen. Existenz, Geschichte, Recht, das alles ist nur noch gewaltlos denkbar, da im Zeichen von Gewalt menschliches Leben nicht mehr fortsetzbar ist. Die Geschichte hat einen neuen Koeffizienten vorgestellt bekommen, der im Grunde genommen der ewige und unabsetzbare Nomos der Erde ist: Nur die Friedfertigen werden das Erdreich besitzen. Das Atomzeitalter zwingt die Menschheit auf ihren Urnomos zurück. Auch das Völkerrecht wird die Wende zum Urnomos mitvollziehen.

Literatur zur atomaren Lage

Der gescheiterte Pascual Jordan

Pascual Jordan: Der gescheiterte Aufstand. Betrachtungen zur Gegenwart. Vittorio Klostermann, Frankfurt am Main 1956, 181 Seiten, kart. 7,50 DM, geb. 9,50 DM.

„Wenn der Atomkrieg noch für fünf Jahrzehnte vermieden werden kann — was durchaus nicht unmöglich ist —, so wird die Menschheit längst darauf eingerichtet sein, ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeit einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist.“ Man ist geneigt zu vermuten, daß hier ein Laie auf dem Gebiete der Atomphysik und Waffentechnik zu uns spricht. Aber der Verfasser wird allgemein als „Gelehrter“ anerkannt. Auch ist seine Schilderung dessen, was kommt, nicht etwa vom Wunschenken abhängig, sondern, wie er immer wieder versichert, lediglich die Darstellung dessen, was auf Grund der uns bekannten Tatsachen zwangsläufig eintreten werde. Daß Jordan als nüchterner Wissenschaftler sich umso realistischer vor kommt, desto zynischer und teilnahmsloser er seine unhaltbaren Vergleiche zieht, wird einem erst dann begreiflich, wenn man gelesen hat, wie der Verfasser die Verantwortung für die 70 000 Toten von Hiroshima den Behörden dieser Stadt zuschiebt, die den ursprünglich gegebenen Fliegeralarm angesichts der Feststellung von nur dreißig nähernden Flugzeugen wieder aufgehoben hatten. Nicht der Bombenwerfer — die Behörde hat Schuld. Hier tritt die Barbarei unverhüllt in Erscheinung. Zwar seien die heutigen Bomben noch wirksamer als die von Hiroshima; dennoch werde im künftigen Atomfall selbst in den am stärksten betroffenen Zonen die „große Mehrheit“ der Bevölkerung zu retten sein, „wenn wir Luftschutz nicht mehr im Stile jener Unzulänglichkeiten betreiben, die uns aus dem letzten Weltkrieg in so unerfreulicher Erinnerung“ seien. Der zulängliche Stil eines Luftschutzes heißt für Jordan: „Umfassende Neugestaltung unserer Städte“. Und dies heißt, „daß die Entwicklung unterirdischer Städte rechtzeitig und schwungvoll in Gang gebracht wird“. Gegen den Pazifismus der Unterschriftensammler unter den Physikern distanziert sich Jordan vor allem durch Hervorkehren eines „tapferen Pessimismus“, der am Ende immer in den platten Fortschritts-optimismus der von Jordan als überwunden bezeichneten „Epoche der Ideologie“ umschlägt. Natürlich sei „es sehr unangenehm, daß eine merkliche radioaktive Ver-

seuchung auch dazu führen müßte, daß geringe, aber verbreitete Spuren radioaktiven Strontiums, mit unserer Nahrungsaufnahme aufgenommen, Knochentumoren ergeben würden.“ Aber welches Maß von Phantasielosigkeit gehöre dazu, „zu glauben, daß beginnende Knochentumoren auch in dreißig Jahren noch eine ernste Erkrankung wären“. Traut man beim Lesen solcher Formulierungen schon seinen Augen kaum, so kommt es noch besser. Viel ernster sei die Gefahr der Erbschädigung durch Nachwirkung radioaktiver Strahlung, wie sie sicherlich im Falle einer wirklichen Katastrophe im großen Ausmaß auftreten würde. Aber dies sei eine Gefahr, „der wir sowieso nicht entgehen können, einerlei, ob im Kriege oder im Frieden“. Seit drei Milliarden Jahren sei die natürliche Selektion der tragende Faktor der Aufwärtsentwicklung organischen Lebens gewesen. Diesen Faktor durch Medizin und Sozialordnung ausgeschaltet zu haben, sei eine Tatsache, aus der die Menschheit der Zukunft sowieso Folgerungen ziehen müsse — „so sehr auch die Erinnerung an grausige Fehlgriffe eines vergangenen Regimes vorläufig (!) abschrecken mag“.

Jordan hält es für töricht, der Atomkatastrophe nicht kühn ins Auge zu sehen. Nichts rechtfertige die Behauptung, „daß die Verluste im schlimmsten Falle größer sein würden als die Verluste des Zweiten Weltkrieges: Sie werden zwar schneller eintreten; aber es ist ein einfaches Rechenbeispiel, daß ein heißer Atomkrieg sich auf etwa 36 Stunden begrenzen würde und daß dann die Zeit gekommen wäre, den Schaden zu besehen. Beide Seiten würden ja versuchen müssen, alle vorhandenen Bombenvorräte so rasch wie möglich zum Ziel zu bringen.“ Das alles sei zwar gewiß kein trostreiches Bild, aber es bestehe doch kein Grund, den Gesamtumfang der Vernichtung für größer zu halten als das, was im Zweiten Weltkrieg im Laufe von Jahren vollzogen wurde. Die Hybris dieses Autors kennt keine Grenzen: „Und selbst dann, wenn einmal im Jahr 2500 eine noch schlimmere Katastrophe die Menschheit auf wenige Promille ihres Bestandes reduzieren sollte, würde man im Jahr 3500 schon wieder das Problem der Übervölkerung für das bedrückendste aller Probleme halten.“ Wird hier wirklich nur aus der Vorwegnahme dessen berichtet, was morgen kommen wird? Wird das, was kommt, nicht wesentlich mitbestimmt, durch das, was wir heute denken und denkend

vorwegnehmen? Bestimmen wir nicht durch solche Vorwegnahme das morgen noch mit? Hier spricht das Unmenschliche der modernen naturwissenschaftlich ausgerichteten Barbarei. Es ist jene Gesinnung, die unserer alten Welt den Verdacht eines Blutrausches eingetragen hat und die Völker in die „schützenden“ Arme des Bolschewismus treibt.

Das Denken, für das hier leidenschaftlich Partei ergriffen wird, ist der Positivismus. zu dem der Verfasser, wissenschaftstheoretisch kaschiert, ein flammendes Bekenntnis ablegt. Aber dieses positivistische Denken ist ein unkritisches Denken überall dort, wo es die Naturwissenschaft im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen und politischen Leben der Menschen sieht, und sich selbst gegenüber. So wird aus dem Schwinden der kleinen Räume, dem „Verlust der Landschaft“ und dem Eingehn des Menschen in eine künstliche Umwelt geschlossen auf die Unabwendbarkeit einer einzigen Weltregierung. Der Gedanke, daß diese durch die USA allein zustande gebracht werden könne, sei hinfällig geworden, „nachdem das für einige Jahre vorhanden gewesene amerikanische Monopol in Atomwaffen entfallen ist“. Offenbar bestand für Leute wie den Verfasser ein Funke von Hoffnung, daß die im Alleinbesitz der Atomwaffe befindlichen USA unter dem Druckmittel dieser Waffe eine Welt-diktatur errichten könnten. Jetzt habe eher der Gedanke einiger Pazifisten Gewicht, „daß die Weltregierung, wenn es mißlingen sollte, sie zum Zweck der Verhinderung eines dritten Weltkrieges zu schaffen, dann eben als Ergebnis eines dritten Weltkrieges entstehen würde“. Und diese Erwartung verliere auch nicht dadurch an Wahrscheinlichkeit, daß man etwa in Bezug auf den Pazifismus als Ideologie skeptisch sei. Gleichzeitig vertritt aber Jordan die Ansicht, daß die mit der Entwicklung der Wasserstoff- und Kobaltbomben ausgelöste Furcht zugleich der stärkste Sicherheitsfaktor gegen die Kriegsgefahr sei. Es konnte nicht ausbleiben, daß in diesem Zusammenhang immer wieder das bekannte „Gaskriegargument“ herhalten mußte. Der Zweite Weltkrieg habe gezeigt, daß man gerade den Einsatz der schärfsten vorhandenen Waffen vermeidet, weil das die allgemeine Furcht verbiete. Es erübrigt sich, die dem Leser bekannten Gegenargumente wieder in Erinnerung zu rufen. Aber an Jordan sollte man eine Frage richten! Nehmen wir einmal an, die Gaswaffen wären die stärksten Waffen des Zweiten Weltkrieges gewesen, warum sollte man dann

nicht heute statt der stärkeren Atomwaffen die Gaswaffen benutzen? Würde die Antwort hierauf so ausfallen, daß jeweils nur mit den zweitstärksten Waffen, etwa mit den seit Hiroshima konventionell gewordenen Atomwaffen, geschossen werden würde, während man die stärkeren Wasserstoff- und Kobaltbomben wegen der allgemeinen Furcht im Hintergrunde ließe, dann bliebe doch die Tatsache, daß die von einst so sehr gefürchteten Vernichtungsmittel inzwischen nun doch zum Zuge kämen. Das Gesetz vom Einsatz der nur zweitstärksten Waffen aber ist utopisch. Es würde in der strategischen Planung die naive Spekulation auf die Nichtanwendung eines vermeintlich als schärfste Waffe angesehenen Vernichtungsmittels zur Voraussetzung haben, was sich niemand leisten kann, da ihm der Gegner zuvorkommen könnte. Wenn der Zweite Weltkrieg wirklich bewiesen hätte, daß die jeweils stärksten und fürchterlichsten Waffen nicht zur Anwendung kommen, dann würde doch allein die Anwendung der zweitstärksten Waffen genügen, um allen Trost der Vergangenheit hinfällig zu machen und in der Zukunft damit rechnen zu müssen, das Opfer schrecklicher Vernichtungsmittel zu werden. Im übrigen ist die Überzeugung, daß es nicht zum Einsatz der schärfsten Mittel kommt, weil die allgemeine Furcht davor der stärkste Sicherheitsfaktor sei, Jordan selbst nicht heilig, denn er entwickelt an anderer Stelle im Widerspruch hierzu das Bild der Zukunft wie folgt: Im Jahre 2500 werde es „zwar keine Kriege im Sinne alter Definition mehr geben, wohl aber Putsche, Aufstände, Revolutionen, Bürgerkriege; und diese werden im 26. Jahrhundert mit Atomwaffen ausgekämpft werden.“ Auch werde es abseits der Politik im 26. Jahrhundert mächtige Gangsterbanden geben, die nicht nur mit Bakterienbomben, sondern auch mit Atombomben ausgerüstet sein würden, die nicht Individuen kidnappen, sondern Städte oder Länder ultimativ erpressen. — Der Leser mag empfinden, welcher Art Phantasie hier im Spiele ist. Man könne „natürlich viel einwenden gegen die Atombombe, aber man sollte doch auch das nicht ganz vergessen, was Churchill kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt vor der Versammlung des Commonwealth ausgesprochen hat: daß das heutige Vorhandensein von Ländern, die in die Sowjetherrschaft noch nicht einbezogen sind, darauf beruht, daß die Amerikaner am Ende des Zweiten Weltkrieges überraschend im Alleinbesitz einer Waffe waren, welche die turmhohe Über-

legenheit der russischen Armeen und Panzer zeitweise ausgleichen konnte". Angesichts solcher Plattitüden aus der Feder eines Physikers kann man, „ohne damit einen Wunsch zu äußern und ohne viel Phantasie zu haben“, in Bezug auf künftige bewaffnete Auseinandersetzungen voraussagen, daß an deren Ende nicht mehr nur die Generale, vielmehr und vor allem auch die Atomphysiker und der Waffentechnik nahestehenden Gelehrten und Forscher liquidiert werden, ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Entwicklung und bei Anwendung der modernen Vernichtungsmittel. Gerade dies ist es, was Jordan fürchtet — wie seine Auseinandersetzung mit dem Franzosen Barjavel beweist — und was er verhindert wissen will. Gerade dies ist es aber, was er, das kann man dem Autor jetzt bereits bescheinigen, mit aller Sicherheit heraufbeschwören hilft. Darin beruht das einzige „Verdienst“ dieser Schrift, Naivität oder Perfidie?

Im Schatten des Atoms

Werner Kliefoth: *Sind wir bedroht? Ein sachliches Wort zur Atomfrage*, Physikverlag Mosbach Baden 1956, 63 Seiten.

Die Schrift des Herausgebers der Zeitschrift „Atomkernenergie“ behandelt, trotz knappsten Umfangs, das Problem erschöpfend. Sie wendet sich an noch nicht mit der Materie vertraute Leser und gibt Aufklärung über den Stand der Entwicklung von Atomkernenergie, wobei die positiv-friedliche und die negativ-militärische Anwendung der Atomenergie behandelt werden. Die Schrift ist für Zwecke breiter Aufklärung über die biologischen, medizinischen, militärischen und wirtschaftlichen Aspekte des Atomproblems zu empfehlen. Sie sticht wohlthuend ab von gewissen, offiziell und halboffiziell, gesteuerten und finanzierten Traktätchen, mit denen man die Öffentlichkeit von den Tatsachen ablenken will, um sie für eine fatalistische Hinnahme der Barbarei reif zu machen.

Manfred Michler: *Im Schatten des Atoms, Hörbild über Atompolitik, Atomstrategie und Atomschutz*, Amberg/Opf. 1955, 40 Seiten.

Die Drucklegung einer Sendung des Westdeutschen Rundfunks UKW-West unter dem Titel „Atom-Gefahr und -Schutz“ bringt unter Mitwirkung des Luftschutzverbandes eine eindrucksvolle Zusammenstellung der von Politikern und Strategen aller Länder in den letzten zehn Jahren zum Atomproblem gemachten repräsentativen Äußerungen. Die Schrift will „das Bewußtsein nachhaltig vertiefen, daß der Mensch der Gegen-

wart den Gewalten der Technik durchaus nicht ausgeliefert ist, und daß der Schutz für den einzelnen, wie auch für die Gesamtheit um so wirkungsvoller sein wird, je mehr sich die Selbsthilfe der Bevölkerung mit der behördlichen Hilfe von Staat und Gemeinde verbindet.“

Die Schrift kann jedoch die Sinnlosigkeit angeblichen „Selbstschutzes“ gegen atomare und nukleare Massenmordstrategie nur noch unterstreichen. Man sollte sich hüten, apokalyptische Vernichtungspläne noch mit Hoffnungen auf „Selbstrettung“ zu bagatellisieren. Der „Gedanke eines unverbrüchlichen Rechtes auf Stählung des Lebenswillens“, von dem die Rede ist, wird nur von der westdeutschen Stahlindustrie aufgegriffen, die bereits gierig auf die 20 Milliarden DM spekuliert, die der Staat für Luftschutzzwecke zum offenen Fenster hinauswerfen will.

Die Schrift ist eine alarmierende Warnung vor allen „stählernen“ Illusionen und Spekulationen. Der Bundesluftschutzverband hat seine These: „Man ist aus der Luft drohenden Gefahren nicht hilflos ausgeliefert, wenn man den ernsthaften Willen zum Leben hat“, bis heute nicht sachlich bewiesen. Die Schrift widerlegt sie. Die Luftschutzpropagandisten wissen es selbst. Aber dürfen sie die Wahrheit nicht sagen, da sie nach eigenem Eingeständnis „sonst ihren Laden zumachen müssen“? Luftschutz im Atomzeitalter gibt es nur unter der Bedingung, daß die Menschenkreatur zur animalischen „Demutsgeste“ übergeht, so wie Raubtiere es sogar einem barbarischen Gegner gegenüber tun, indem sie ihm ihre Schlagader darbieten, um dessen tödliche Angriffsabsicht durch den in ihm hervorgerufenen psychologischen Schock zu lähmen. Wir müssen endlich darauf verzichten, die Atombarbaren durch Vorspiegelung gegenstandsloser „Schutzmöglichkeiten“ noch in ihren Verbrechensabsichten zu bestärken!

A. W. Uhlig: *Atom-Angst oder Hoffnung? Die Lehren des ersten Atommanövers der Welt*. Isar Verlag München 1956, 36 Seiten. Die von der „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise“ kostenlos verschickte Propaganda-Broschüre will glauben machen, daß die Atomstrategie des westlichen und östlichen Militärblocks der reinen Abschreckung dient, obwohl fortwährend die Möglichkeit, ja die Gewißheit betont wird, daß jeder Krieg zwischen den Atomblöcken, der trotz aller „Abschreckungstheorien“ ausbräche, von allen Seiten mit sofortigem Einsatz aller Kaliber geführt werde. Gleichzeitig wird aber behauptet,

die Atomstrategie solle für den Fall eines solchen Krieges gerade verhindern, daß Atomwaffen aus Furcht vor den totalen Vernichtungsfolgen überhaupt zur Anwendung kommen, so daß ein allseitiger Zwang zur „konventionellen“ Kriegführung bestehe. Im selben Atemzuge wird dann erklärt, daß die Atomwaffen von den Militärs längst als „konventionelle“ Waffen angesehen werden. Nicht mehr erwähnt wird, daß auch der totale Krieg ohne Atomwaffen bereits als „konventioneller“ Krieg betrachtet wird. Widerspruch auf Widerspruch!

„Carte Blanche“ zeige, so heißt es, daß die Erdtruppen im Atomkrieg nur noch die Aufgabe haben, den Gegner aufzuhalten, „bis die strategische Luftwaffe eine Entscheidung herbeigeführt hat“. Dazu werde sie den „ersten Kampf ohne Unterstützung aus der Luft“ führen müssen. Unterstützung werde sie erst erfahren, wenn die taktische Luftwaffe ihre „Gegenatomangriffe“ beendet und „die Luftherrschaft errungen hat“. Ehe der Verlierer einen „Begriff von der Praxis des Atomkrieges“ habe, sei er „bereits erledigt“. So gesehen sei der deutsche Verteidigungsbeitrag „der Preis, den wir in der Welt zur Erhaltung des Friedens zu entrichten haben“. (!)

Der Verfasser fordert die Aufgliederung und Ausbildung deutscher Verbände für den Atomkrieg. Damit befindet er sich in Übereinstimmung mit dem neuen Wind im westdeutschen Verteidigungsministerium. Demgegenüber gibt es nur eine Haltung: generelle, absolute Verweigerung des Atomverbrechens. Wir besitzen weder Atomwaffen, noch wünschen wir sie herzustellen. Die Atomgiganten haben die „Sicherheits“-Frage unter atomare Kalküle gestellt. Wir müssen sie daher ihrer eigenen Sackgasse überlassen. Wenn die atomare Abschreckungsstrategie den Atomkrieg zwischen den Atomgiganten selbst nicht verhindert, kann sich das Lebensinteresse aller anderen Völker nur auf aktive Nichtteilnahme am Vollzug des Wahns beschränken. Jede Beteiligung muß das Unglück der Betroffenen in solchem Falle vergrößern statt zu verringern. Es gibt nur eine Antwort auf die „Atompraxis“, die Verweigerung des Atomkriegsverbrechens.

Pascual Jordan: Atomkraft — Drohung und Versprechen, Wilhelm Heyne-Verlag, 1954, 63 Seiten.

Die Schrift reiht sich würdig in den Rahmen der vulgären Aufklärungs-Publikationen ein. Insofern der Verfasser sich in politische Prognosen des Atomzeitalters vorwagt, müssen seine Theorien als naiv und gefährlich zurückgewiesen werden. Er

meint, es sei kein Anlaß zu „Verzweiflungsstimmung oder Selbstmordstimmung, sobald sich Aussichten für einen echten, heißen Konflikt ergeben.“ Er will glauben machen, daß der Abwurf einer Wasserstoffbombe „auf das Ruhrgebiet auch im Falle eines dritten Weltkrieges nicht stattfinden wird“. Ihm sind die militärischen Planungen offenbar nicht bekannt. Ein dritter Weltkrieg in Europa würde nach Pascual Jordan „weit weniger Schaden anrichten als der zweite“. Da der Verfasser die „moralischen Hemmungen“ der Atombesitzer für gering einschätzt, hofft er auf deren Vorsicht. Doch glaubt er auch, daß die Raketentechnik den überraschenden Abwurf von Atombomben in jedem Falle ermöglichen werde. Verfasser bekennt sich zu „bewußtem Verzicht auf die Erörterung moralischer Probleme“ und liefert ein bedenkliches Beispiel dafür, zu welchen Folgerungen voraussetzungslose Physiker in der Beurteilung des Atomzeitalters kommen können.

Weltmacht Atom. Die atomaren Kräfte und ihre Auswirkungen auf das geistige, wirtschaftliche, militärische und politische Leben. Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker, Nest Verlag Frankfurt-Main 1955.

Die Schrift umfaßt eine Reihe von Vorträgen namhafter Fachleute und Sachkenner zur atomaren Lage, die 1955 an der Münchener Technischen Hochschule gehalten wurden. Außer Beiträgen über den Stand der Kernphysik und die friedliche Nutzung der Atomenergie finden wir einen Beitrag von Bogislav von Bonin über die „Militärische Bedeutung atomarer Waffen“, von Hans J. Iwand über „Das geschichtliche Phänomen der Atomwaffe und die Angst“, sowie von Carlo Schmid über „Politik im Atomzeitalter“. Bonin fordert eine kleine Freiwilligenarmee von höchstens 150 000 Mann in Parität zur kasernierten Volkspolizei als Voraussetzung für die praktische Wiedervereinigung, um ein Drama à la Prag 1948 zu verhindern. „Das ist aber auch das einzige, was Westdeutschland militärisch braucht.“ Diese Truppe dürfe nur defensiven Charakter tragen. Es gebe keinen anderen Weg, als die Schaffung eines bündnislosen, zwischen den beiden Blöcken liegenden, von ihnen „garantierten“ Gesamtdeutschlands, ohne fremde Truppen, Flugplätze und Atomwaffen auf seinem Territorium. Wegen „absoluter Sinnlosigkeit einer bewaffneten Auseinandersetzung im Zeitalter der Atomwaffen“ fordert Bonin die Ächtung des Krieges und allgemeine Abrüstung. Die übrigen Beiträge von Iwand und Schmid verdienen besondere Würdigung.

Parteienstaat oder Ständestaat?

OTTO FRIEDRICHS

Eine bundesdeutsche Parteizeitung nahm vor kurzem von den geläufigen Ideologien unserer Zeit einen despektierlichen Abstand und beanspruchte für die eigene Partei den Vorzug, sie habe ihre Stärke „in einem gewissen Mangel an Ideologie“. Die Zeitung sprach zugleich von dem „Prüfstein der Frage (?) geleisteter Demokratie im innerstaatlichen Leben“ und daß eine solche „geleistete Demokratie“ ganz einfach Voraussetzung für die „Überwindung der Weltspaltung“ sei.

Man darf fragen, was „geleistete Demokratie im innerstaatlichen Leben“ heißen soll und inwiefern man mit ihr, zu einem Teile wenigstens (soweit der deutsche Staat ein Teil der Welt ist), die „Weltspaltung überwinden“ kann. Demokratie heißt Volksherrschaft — nichts mehr und nichts weniger. Der Begriff, oder vielmehr die Vielzahl der Begriffe, die wir von dem Wort gemeinhin nehmen, decken sich durchaus nicht gänzlich mit den vom Wort bestimmten Schranken, und das Wort enthält nicht im mindesten zugleich die Bestimmung des Mittels, womit dem „Volke“ zur „Herrschaft“ verholfen werden könne oder müsse. Der Vorgang dieses oder jenes Wahlrechts, der Vorgang, daß eine bloße Summierung der Stimmen den Sinn der „Demokratie“, wenn auch nur als ein Optimum, verbürge, der Vorgang schließlich, daß eine Mehrheit über eine Minderheit, jeglicher Qualifikation der Stimmenden dort und hier unerachtet, zu regieren habe (welcher Vorgang die Dokumentation des Volkswillens, der Souveränität des Volkes schlechthin bedeute), dieser Vorgang, den wir gemeinhin als einen Hauptbestandteil der „Demokratie“ ansehen, wird, solange es derart gerichtete Bewegungen gibt, von bedeutenden Staatsdenkern doch immer wieder als der Übel größtes, als die Ursache des langsamen Absterbens, des Zerfalls solcher „souveräner“ Völker gekennzeichnet. Diesen mechanistischen Vorgang als den Inhalt einer Demokratie par excellence behaupten wollen, heißt in der Tat den genauen Inhalt des Wortes verfälschen. Eine Mechanistik zu einer „Idee“ erheben wollen, heißt echte Demokratie (= Volksherrschaft) aushöhlen. Und „Demokratien“, die jene Mechanistik zum Inhalt, zum Gedanken ihres Staates nehmen, kennen kein Volk. Gewiß, Spielregeln wird es in jedem Staate geben müssen, und sie werden stets mehr oder weniger ins Mechanistische ausarten. Die Frage ist lediglich, ob sie ideologisch gerichteten Gruppen überlassen bleiben sollen oder ob man sie nicht besser Männern und Frauen übergibt, die solche Spielregeln in naturgegebenen Bindungen handhaben.

Ideen und Ideologien

Ideen gibt es nur wenige, mag sein, daß sie an den fünf Fingern einer Hand abzuzählen sind — Ideen sind Gestirne über freien Menschen, sie leuchten mit dieser Einschränkung über dem ganzen Erdkreis, sie verbinden die Völker ohne Ansehen der Nationen, Rassen. Die Gerechtigkeit, die Gleichheit Aller vor dem Gesetz, ist eine Idee. Hier stock' ich schon! In Monarchien wird dieser Grundsatz freier Menschen zum Vorteile gekrönter Häupter permanent beleidigt, im Occident

wie im Orient: die Formel „Majestätsbeleidigung“ verletzt als ein Staatsdogma die Idee der Gleichheit aller vor dem Gesetz; denn in Wahrheit ist die Ehre einer Majestät in gar keiner Weise mehr als die Ehre eines Untertanen, nur mag das Ehrgefühl gekrönter Häupter um einiges schutzbedürftiger sein. Und im Orient: wir möchten den Japaner, den gebildeten Japaner kennenlernen, welcher zugibt, daß der ‚Sohn des Himmels‘ vor dem Gesetz ihm gleich sei. Darum schränkten wir die Gültigkeit von Ideen auf den Bereich wirklich freier Menschen im voraus ein — wir wollen unsere Worte wägen. — Die Freiheit wozu und nicht wovon, die Freiheit in Gebundenheit ist eine Idee. Und damit hört es fast schon auf. — Eine religiöse oder kirchliche „Idee“ wie diese: daß die „Kirche eine Gemeinschaft der Heiligen“ sei, ist keine Idee, weil sie an eine Kirche gebunden ist. „Kirchliche Ideen“ sind ein Widerspruch in sich, und Dogmen sind nicht Ideen, sondern Dogmen. Ja, wir möchten sagen: Ideen sind unveränderliche Wahrheiten.

Was ist eine „Ideologie“? Im allgemeinen „Begriffslehre“, Wissenschaft von den Gründen der Erkenntnis = Metaphysik. Ein „Ideologe“ ist, wer diese Wissenschaft treibt oder lehrt; auch ein Träumer, Schwärmer wird seit eh und je so genannt. In unseren Zeiten hat die Bedeutung dieses Wortes eine Einschränkung erfahren: wir verstehen darunter gemeinhin nur noch Träumer und Schwärmer, Wiedertäufer, Goldmacher. „Ideologien“ solches Sinnes verwüsten Länder und Völker und erniedrigen Brüder zu Feinden und trennen Völker, machen sie zu einem Haufen Aller gegen Alle. „Ideologien“ sind die Philosopheme des Pöbels. „Ideologien“ sind nach unserer Auffassung etwa diese: Alle sind an Allem schuld! Eigentum ist Diebstahl! Alles gehört Allen!

Wesensmerkmale von „Ideologien“ sind: 1. Ressentiment, 2. Forderungen, a) materieller, b) immaterieller Art (Macht), 3. es eignet ihnen der Keim anderer, gegnerischer, versteifter Ideologien. — In Ideen aber sehen wir echte, zukunfts-haltige Gedanken. An ihnen ist die Geschichte nicht reich, weshalb der Mensch denn in die Schatzkammer des Geistes seiner Väter steigt, eine der Gegenwart und Zukunft seines Volkes, wenn es in Not ist, taugende Idee auszumitteln und zu erneuern — nur so kann er auch der Gemeinschaft der Völker dienen.

Im Jahre des Unheils 1945 hofften wir, daß das System der „Ideologien“ in unserer deutschen Politik niemals wiederkehre, weder im Singular noch im Plural. Aber plötzlich waren sie wieder da — wer eigentlich hat sie gerufen?! Wir fühlen, daß es so auch die Schuld von Ideologen ist, wenn die brennende Wunde, der Schnitt zwischen West und Ost, nicht geheilt werden kann. Die ideologisch zerschnittene westliche Welt vermag die Integrität ihrer selbst nicht zu gewährleisten, geschweige die Integrität einer ihr nicht erreichbaren, nämlich der östlichen Welt, zu respektieren, weil Ideologien die Völker schwächen, d. h. fanatisieren, und die Umwelt bedrohen.

„Ideologien“ sind die Philosopheme des Pöbels, sagten wir und scheuen uns nicht fortzusetzen: Völker, welche ihre Legislative ideologisch gerichteten Parteien überantworten, sind verpöbelte Völker. Die Deutschen hingegen sind so verpöbelt noch nicht, daß sie in ihren besten Schichten nicht längst aller dieser Parteien, in den Parlamenten des Bundes, der Länder und Gemeinden, herzlich müde wären, weil sie heute bestenfalls geschichtlich überfällige Formen sind und — wir wollen gar nicht untersuchen seit wann — als caput mortuum einer zur Farce gewordenen politischen Alchimie nur mehr auf den Schutthaufen der Weltgeschichte geworfen zu werden verdienen.

Wir wissen, daß Deutschland nicht ein vorwiegend sozialistischer oder vorwiegend kapitalistischer, nicht Intellektuellenstaat oder bürgerliches Gemeinwesen, nicht ein katholischer oder ein evangelischer, sondern ein schicksalhaft bikonfessioneller, nicht ein westlicher oder ein östlicher, sondern der Staat der europäischen Mitte ist. Wir beklagen, daß das Reich, das westliche wie das östliche, ein Streit- und Handelsobjekt für Goldmacher, der zerrissene Korpus unseres Volkes ist, und denken, daß das Unglück eines oder zweier Deutschlands nicht aufhören kann, indem man weitere Parteien gründet, solche des Mittelstandes und solche abgefallener Freidemokraten, solche Kaisertreuer und solche von Steuerfrondeuren: weil die Machtlust der Parteien, gegen die man zu stimmen wähnt, damit nicht nur nicht gebrochen, sondern gemehrt wird. Längst wissen wir, daß zahllose Wähler bestimmter Parteien zugleich Gegner dieses Parteiensystems sind, daß sie sie lediglich deshalb wählen, weil die von ihnen gewählte Partei, wie sie meinen, im Augenblick das kleinere Übel zu sein scheine . . . wir erfahren, daß die Nichtwähler, die Ungültig-Wählenden nicht ausschließlich Indifferentisten, sondern größtenteils Bürger voll ernstesten Staats- und Volksbewußtseins sind, daß sie all diesen Parteien abhold sind, daß sie voller Sehnsucht nach dem Einen Staatsmanne sind, welcher weiß, man hat eine falsche Vorstellung von der Physiologie eines Körpers, wenn man den linken Arm abbindet, damit der rechte besser lebe . . . wir erinnern uns, wie in diesen Jahren die Bonner Ideologen aller Richtungen einstimmig ihr eigenes Grundgesetz brachen, indem sie es bis auf den heutigen Tag ablehnten, über die Herkunft ihrer Mittel „öffentlich Rechenschaft zu geben“ (Art. 21 des Grundgesetzes) . . . wir schuldigen die Schöpfer und Brecher dieses Gesetzes öffentlich an, daß sie „darauf ausgehen, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik zu gefährden“ und halten sie darum (nach dem gleichen Artikel) für „verfassungswidrig“ . . . wir heißen den Art. 21 auch insofern gut, als er bestimmt, daß „die Parteien bei der politischen Willensbildung (d. h. nicht Willensspaltung) des Volkes mitwirken“, bemängeln indes, daß wir nirgendwo im Gesetz den Begriff der „Willensbildung“, den Begriff einer solchen willensbildenden Partei genau erläutert finden!

Diese Gesetzeslücke haben unbezweifelbar auch die Herren jener „Abendländischen Akademie“ erkannt (unter ihnen Minister, hohe Richter und Staatsanwälte), deren die Nemesis nicht habhaft werden kann. Wie auch ihrer habhaft werden, wenn so ziemlich jedes Wort im ersten Absatze des Artikels 21 hohl und halb ist und auf mehrerlei Weise ausgelegt werden kann. Was heißt das: „die Parteien . . .“? Ist das Bekenntnis zu demokratischen Grundsätzen, die innere Ordnung nach diesen Grundsätzen, bei einer Partei die einzige Voraussetzung ihrer Anerkennung? Wie sieht es mit der soziologischen Konzeption einer solchen Partei aus, mit dem also, was über Geschäftsordnungen und Bekenntnisse hinausgeht? Kann ein Grundgesetz unanfechtbar sein, wenn es nicht einmal den Versuch macht, den Inhalt der ‚Demokratie‘ begrifflich zu veranschaulichen? Darf nicht jeder Staatsbürger seinen eigenen — oder gar keinen — Begriff vom Inhalt der ‚Demokratie‘ haben? Sind die Begriffe davon nicht so verschieden wie die Denkfähigkeiten der Menschen? Wenn also das Grundgesetz schon die Auslegung der Formel ‚Demokratie‘ schuldig bleibt, was sind „demokratische Grundsätze“? Müssen wir sie identifizieren mit der vertrauten Floskel: Mehrheit über Minderheit? Dem A und O gewisser Ideologen also . . .

Ist eine politische Willensbildung vom Ideologischen her bei freien Völkern überhaupt zu erwarten? Sind Ideologien nicht gerade Formen politischer Willensspaltung, und wie können freie Völker sie überwinden? Das ist hier die Frage.

Beispiel Holland und Portugal

Das benachbarte Holland hat neben seinen politischen Parlamenten, den sogenannten Generalstaaten, im Jahre 1950 eine weitere Einrichtung geschaffen: den Sozialökonomischen Rat¹⁾, dessen Glieder sich, natürlich auf den sozialen und ökonomischen Gebieten des Landes, in permanentem gegenseitigem Austausch und — über den Wirtschaftsminister — in Konnex mit den Parlamenten befinden. Die Mitglieder dieses SOR's sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer, also zugleich Produzenten und Konsumenten, d. h. hin und her voneinander abhängig. Vertikal verfochtene Interessen überschneiden sich mit den von ihnen, als Wählern, horizontal vertretenen politischen Anschauungen, und wo sie sich überschneiden, da ist der neuralgische Punkt aller Bürger der Niederlande, die ja schließlich den Staat ausmachen. Der Wirtschaftsminister kann lenken — seines Eingreifens hat es in noch keinem Falle bedurft. Beschlüsse sind rechtswirksam, wenn sie mit Zweidrittelmehrheit gefaßt sind. Der SOR besteht aus 30 bis 45 Mitgliedern, je zur Hälfte Arbeitgebern und Arbeitnehmern aus allen Zweigen der Wirtschaft. Sie werden zu zwei Dritteln aus ihren Berufsgremien gewählt und sind gegen diese völlig unabhängig. Zu einem Drittel werden sie von der Krone oder der Regierung ernannt. Es ist erregend, das Rahmengesetz über die Schaffung dieser Einrichtung zu studieren. Es hat dort eine solche Einrichtung nur ein Ansatz aus tiefer greifenden Vorstellungen sein können, und man hat diese Einrichtung dem konkret gerichteten Gemeinschaftsbewußtsein bestimmter katholischer Kreise verdanken wollen. Es soll auch nicht verschwiegen werden, daß Papst Pius XI. in seiner Enzyklika ‚Quadrogesimo anno‘ (1931) die berufsständischen Anliegen an den modernen Staat da und dort mächtig aufgeregt hat. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß Hollands SOR, verglichen mit dem klassischen Ständestaatsgedanken, keinesfalls als Vorbild, lediglich als eine Auskunft, als ein Kompromiß mit den politischen Parteien des Landes gelten kann.

Sind nun nicht heute, im technischen Zeitalter mit der durch die fortgeschrittene Automation verursachten Entwurzelung der Massen, dem klassischen Ständestaatsgedanken überhaupt Grenzen gesetzt? Vermag man einem Arbeiter, den man mit zwei oder drei Sätzen in jede mehr oder weniger primitive Tätigkeit, und täglich in eine andere, einweisen kann, zugleich das Gefühl eines beruflichen, eines ständischen Seins einzupflanzen, zu welchem man sich allein werdend, wachsend zu entwickeln vermag? Diese Frage stellen heißt sie verneinen. Brauchbare Staatsbürger wachsen aber nur aus einem solchen Gefühl. Ja, dieses langsam und schwer errungene Sein, als echter, weil geistiger, weil völlig individuell erworbener Besitz, ist jedem ererbten und erkauften, materiellen Eigentum himmelhoch überlegen. Dieses Sein ist der Boden, in welchem Menschen tiefste Wurzeln schlagen, sich zu Art und Form entwickeln können, sofern das überhaupt irgend möglich ist. Man spricht meist nur von „Häuschen“ und „Gärtchen“, welche man den Leuten geben müsse, damit sie ein Bewußtsein vom Werte des Besitzes gewinnen. Uns scheint das nicht genug. Schöner wäre, das „Häuschen“ und „Gärtchen“ gehörte einem einfachen Bauhandwerkergesellen, der vom Sinn seines

¹⁾ Digest of the Netherlands 1955, S. 46 f.

mühsamen Handwerks eine ebenso kräftige Vorstellung hätte wie von der Wertlosigkeit sozialer Phrasen der mitleidigen Mitmenschen; schöner wäre, er hätte sich beides langsam-mühsam erworben.

Für die Gemeinschaft bedeutsam hingegen wäre Wille und Wort, Sinn und Stimme unseres Bauhandwerkers einzig dann, wenn er einerseits, aus dem errungenen Sinn seines Standes, den Sinn jeglichen Handwerks und endlich jeglichen Schaffens durchdrungen und anderseits ein Parlament vor Augen hätte, dessen Glieder eine echte Horizontale veranschaulichten. Nicht die wildzerrissene Spur trampelnder, schlüpfender, huschender Füße, sondern eine Linie verwurzelter Menschen.

Das kleine Portugal schuf 1933 in diktatorischer Initiative mit dem Statut du Travail National die gesetzliche Grundlage für die korporative Reorganisation der Nation, ward durch den Krieg aber am Ausbau derselben gehindert. 1956 hat es endlich damit begonnen, kategorisch die dem Lande gebotenen Möglichkeiten nutzend und behutsam-weise die Grenzen erkennend, welche in einer Zeit fortgeschrittener Automation dem klassischen Ständestaatsgedanken auch in Portugal gesetzt sind — wenngleich noch sozusagen mehr an der Peripherie seiner volklichen Gemeinschaft, als mitteninne wie bei den schwer gefährdeten Gemeinschaften im Herzen Europas¹⁾. Immerhin lassen die dort spürbaren Bewegungen erkennen, daß man sich auch in Lissabon über die Zunahme der den ganzen Kontinent berührenden Problematik sehr klar ist.

Es ist selbstredend für den Gesetzgeber dort von Vorteil, daß das Volk erstens konfessionell einheitlich und zweitens ohne jeglichen ideologisch zerklüfteten parlamentarischen Apparat ist: der Gesetzgeber identifiziert sich, wie jeder faschistische Solokrat, mit dem Volke, verhehlt indes da und dort seinen Argwohn vor totalitären politischen Systemen keineswegs.

Die zuerst zu instituierenden Korporationen (= Stände) werden der Reihe nach sein: die der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels, des Verkehrs, der Banken und Versicherungen, sowie der Fischerei und Fischkonservenindustrie.

Von einer Erfassung aller Werktätigen in Korporationen wird noch auf lange Zeit nicht gesprochen werden können. Man ist behutsam und überstürzt nichts, und Rats erholt man sich keineswegs vom Auslande. Ein Seitenblick auf Hollands SOR wird geworfen, ohne Holland geradezu zu nennen, für Portugals Verhältnisse wird man die sozialen und ökonomischen Aufgaben den Korporationen übertragen. Zu Modell steht allein das Volk der Portugiesen, zur Entscheidung stehen allein seine Maße.

Das ständische Prinzip ist nicht oder nicht nur das Prinzip der Organisation und der Personifikation wirtschaftlicher Kategorien, mit dem Ziele ihrer Beteiligung am Leben der politischen Gemeinschaft. Im Gegenteil, die portugiesische Stände-Organisation erstreckt sich auch auf den Bereich der nichtwirtschaftlichen Kräfte, die kultureller und sittlicher Art sind und Wissenschaft, Schrifttum, Kunst und Leibeserziehung, sowie Armenpflege, Wohlfahrt etc. zum Gegenstande haben (aus Punkt 17, S. 23 f. der Schrift 'Corporations').

Schwierig wäre die Zusammenfassung der Arbeiter, weil diese, wie der Gesetzgeber sachlich und ohne Zynismus ausspricht, innerhalb einer großen Ar-

¹⁾ Corporations (Projet du Loi) und Plan de Formation Sociale et Corporative (Projet du Loi). Beide Schriften sind herausgegeben vom Ministère des Corporations et Prevoyance sociale und in der Imprimerie de Lisbonne 1956 erschienen (frz. Text).

beiter-Korporation die Problematik ihrer Arbeit nicht verstanden fänden. Wir übersetzen (aus Punkt 14, S. 21 a. a. O.) folgendermaßen: „Es ist einleuchtend, daß die Probleme der ländlichen Arbeiter gebührend nur in einer Korporation verstanden und gewürdigt werden können, die sie mit allen landwirtschaftlichen Kräften zusammenschließt. Sich einzubilden, daß diese Fragen in aus verschiedensten Elementen zusammengewürfelten Korporationen nützlich diskutiert werden könnten, wo Bauern, Industrielle, Handelsleute, Fabrikarbeiter, Angestellte und Techniker intervenieren dürften, würde der Zulassung heterogener Elemente innerhalb einer Organisation gleichkommen, die praktisch nicht lebensfähig ist.“ — Der Gesetzgeber setzt dieses Beispiel für alle Kategorien.

Wie in der Welt der Fischerei und der von ihr abhängigen Industrie das Meer die sozial gleichen Formen hervorbringt und die Bindung der Interessen begünstigt, auf denen die Stände beruhen, so ist es in der Welt des Landbaus (aus Punkt 18, S. 23 a. a. O.) „die Erde, die alle diejenigen, welche sie bearbeiten, welche von ihr und für sie, also auf gleicher Ebene leben, bindet und verpflichtet.“

Schon hieraus ersehen wir, daß man mit einer portugiesischen Problematik auf eine portugiesische Weise fertig zu werden trachtet und daß die dort gefundene Lösung sich beispielsweise für uns Deutsche kaum schicken möchte. Unsere Problematik ist „westlerisch“, westlicher als die Problematik des Volkes an der Westküste Europas. Wir Deutsche zweifeln, daß „die Erde“, „das Meer“ hierzulande noch binden. Westerwälder Bauern brennen, wenn das Heu zur Mahd steht, mangels helfender Hände heute ihre Wiesen ab, während ihre einzigen Söhne mit dem Moped in die nahe Fabrik fahren. Nicht „die Erde“, das Erbe, lockt, es lockt das Geld, und das Geld bindet nicht, sondern zerstört. Die Erziehung zu einem Beruf und zum Stolz auf den Beruf (wir scheuen uns nicht, dieses altmodische Wort auszusprechen) wird oberste Aufgabe des Staates sein, welcher bestehen will. Der Reichtum des Staates besteht nicht in vielen Quellen von Steuern, die er aus einer perfektionierten Industrie, aus den Taschen der Millionen Kulis in Fabriken, Büros und Warenhäusern holt, sondern er besteht in dem wechselseitigen Vertrauensverhältnis zu schaffend wachsenden Bürgern, möglichst vielen, einem Vertrauensverhältnis, welches vom Klima des Staates beredete Kunde gibt.

Das Ende der Moderne

Wir scheuen uns nicht, alte Hoffnung in eine noch unbestimmte Vermutung übergehen zu sehen: daß die „moderne Zeit“ ihrem Ende nahe. Es mehren sich Zeichen und Wunder. Auch die „moderne Zeit“, die Roboter-Aera findet ihre Propheten. Sie singen der politischen Manifestation des Roboters, dem ideologisch zerklüfteten Parlamentarismus, das Sterbelied. Ein Russe, Nikolai Berdiajew, der Sozialdemokrat gewesen war, dann aber einen neuen Menschen anzog und emigrierte, starb 1948 in Frankreich. Seine Werke, die in deutscher Sprache erschienen sind, vereinen sich zum Testament eines der größten Denker unserer Gegenwart, dessen Inhalt sich anzueignen und zu verbreiten Aufgabe aller sein sollte. So schreibt er¹⁾: „Im Prinzip ist die Demokratie zwar individualistisch, aber dialektisch führt sie unvermeidlich zum Antiindividualismus, zur Nivellierung der Persönlichkeit. Die Demokratie ist freiheitsliebend, aber nicht aus Respekt vor dem menschlichen Geiste und der menschlichen Persönlichkeit, sondern aus

¹⁾ „Das neue Mittelalter“, Tübingen.

Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit . . . In ihrem normalen, friedlichen Sein ist sie ohne allen Fanatismus und findet tausend friedliche und unmerkliche Mittel, die Individualitäten zu nivellieren und die Freiheit des Geistes zu zerstören. Es hat vielleicht damals, da die Scheiterhaufen der Inquisition loderten, mehr geistige Freiheit gegeben als in den modernen bürgerlich-demokratischen Republiken, . . . Die formale, skeptische Freiheitsliebe hat viel zur Vernichtung der individuellen Eigenarten der Menschen beigetragen. Demokratie bedeutet nicht unbedingt Freiheit des Geistes, Freiheit der Entscheidung; undemokratische Gesellschaften können weit mehr von dieser Freiheit besitzen.

Die Demokratie entsteht, wenn die organische Einheit des Volkswillens zerfällt, wenn sich die Gesellschaft in Atome auflöst und wenn der Glaube des Volkes, durch den erst das Volk zu einer Einheit wird, verloren geht. Die Ideologie, welche die Souveränität des Volkswillens proklamiert, entsteht dann, wenn kein Volkswille mehr da ist. Die Demokratie ist die Ideologie einer kritischen, einer nicht mehr organischen Zeit im Leben der sozialen Gebilde. Die Demokratie stellt sich ja auch die Aufgabe, den auseinandergefallenen Volkswillen zu sammeln. Die menschliche Persönlichkeit aber ist für sie ein abstraktes Atom, das sich durch nichts von jedem beliebigen anderen unterscheidet, und die Aufgabe der Wiedervereinigung der Menschen ist für sie eine mechanische Aufgabe. Die Demokratie vermag nur mechanisch den Willen aller zu summieren, ein allgemeiner, organischer Volkswille aber entsteht daraus nicht. Der organische Volkswille kann nicht arithmetisch ausgedrückt, durch Zählung der Stimmen festgestellt werden. Dieser Wille offenbart sich im ganzen geschichtlichen Dasein des Volkes, in der Struktur seiner Kultur, vor allen Dingen aber und am deutlichsten findet er im religiösen Leben des Volkes seinen Ausdruck. Außerhalb der organischen religiösen Sphäre, außerhalb des einheitlichen religiösen Glaubens gibt es keinen einheitlichen und allgemeinen Volkswillen. Wenn der Volkswille zusammenbricht, bricht auch das Volk in Atome auseinander, und aus Atomen läßt sich keine Einheit, keine Gesamtheit bilden. Es bleibt nichts als eine mechanische Summe von Willensäußerungen einer Mehrheit und einer Minderheit übrig. Es entstehen Kämpfe der Parteien, Klassen und Gruppen, und aus diesen einander bekämpfenden Kräften ergibt sich eine Resultante . . .

Die Demokratie schafft das Parlament, das Unorganischste, was es nur geben kann, — das Werkzeug politischer Parteidiktatur. In einer demokratischen Gesellschaft . . . strebt alles einem Ziel zu, das jenseits der Grenzen der Demokratie liegt. Alles echte ontologische Leben liegt außerhalb der Grenzen der Demokratie. Die Demokratie bleibt zu sehr am formal-inhaltlosen Moment der freien Wahl haften . . . Die Demokratie erklärt das Volk für souverän und autokratisch, das Volk selbst aber kennt sie nicht, in den Demokratien gibt es kein Volk. Jene entwurzelte Menschengeneration einer nur kurzen Geschichtsperiode, die Generation der Gegenwart allein, ja, gar nur ein Teil dieser Generation, der sich für den Lenker der historischen Schicksale hält, kann nicht Volk genannt werden. Das Volk ist das große historische Ganze, das alle historischen Generationen, die Lebenden wie die Toten, unsere Väter und unsere Großväter umschließt . . . Das ist nicht der Wille unserer Generation, die sich von den vorhergehenden Generationen losgesagt hat. Die Selbstüberhebung und Selbstbehauptung der modernen Generation, die sich über die toten Ahnen stellt, — das eben ist die Grundlage der Demokratie. Sie bedeutet einen Riß zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, eine Verneinung der Ewigkeit, eine Anbetung des vernichtenden

Stromes der Zeit. Die Demokratie will von historischer Überlieferung und Tradition, von dem historischen Gedächtnis an die dahingegangenen Generationen nichts wissen, deshalb kennt sie auch den Volkswillen nicht, sondern nur eine mechanische Summierung der Willensäußerungen einer kleinen Gruppe von Zeitgenossen.

Die Krise der Demokratie hat längst begonnen. Die erste Enttäuschung hat die Französische Revolution gebracht, deren Verheißungen unerfüllt geblieben sind. Die modernen Demokratien stehen, von innerem Streit zerrissen, in qualvoller Ohnmacht und Unzufriedenheit an einem Scheidewege. Sie haben nichts Organisches, nichts Dauerhaftes, nichts vom Geiste der Ewigkeit. Nur im Sinne der Gleichgültigkeit gegen Gut und Böse, gegen Wahrheit und Lüge sind sie freiheitsliebend. Es entstehen Zweifel an dem auf einem ganz mechanischen Prinzip beruhenden allgemeinen Wahlrecht, das den Menschen als ein eigenschaftsloses Atom behandelt. Man sucht einen Ausweg in korporativen Vertretungen und in der Rückkehr zum mittelalterlichen Zunftwesen. Auf diese Weise hofft man, organische Einheiten zu schaffen, in denen der Mensch kein losgerissenes Atom mehr sein wird. Die Enttäuschung über die Demokratie und die Krise der Demokratie entspringen ihrem inhaltlos-formalen Charakter. Es beginnt ein qualvolles Suchen nach dem Inhalt des Volkswillens, nach dem gerechten, wahrhaften, heiligen Volkswillen. Nicht das ist wichtig, daß der Volkswille, der Wille aller, formal geäußert werde und daß die zahlenmäßige Mehrheit das Schicksal des Landes, der jeweiligen Richtung dieses Willens entsprechend, bestimme, sondern wichtig ist, was der Volkswille erstrebt, wichtig ist die Qualität dieses Willens . . .“

Außerhalb der organischen religiösen Sphäre, des einheitlichen religiösen Glaubens ersieht Berdiajew für die Bildung eines einheitlichen und allgemeinen Volkswillens keine Möglichkeit. Wir Deutsche empfinden bei solchen Worten Last und Trost unserer Geschichte. Ein Volk, dessen protestantische Schicht so zahlreich ist, so tüchtig in Musik, Dichtung und Philosophie, eine ganze Welt befruchtet hat, hadert in sich und mit sich. Es entäußert sich mehr und mehr der Fähigkeit, das Wesen des Staates zu erfassen. Die Protestanten berufen sich zur Hälfte der Frommen auf Christi Wort: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“ und meinen, Christus habe damit die Welt des Irdischen omnibus partibus abgelehnt. Christus sagte aber auch: „Gib dem Kaiser, was des Kaisers ist!“ — und damit bezeugt er, daß das Reich des Kaisers an und für sich rechtens ist. Insofern auch nur zwei Menschen diesen Erdkreis bevölkerten, bedürften sie der Abgrenzung ihres individuellen Bereichs. Insofern sind auch Staaten von Gott gewollt, wie es Völker sind. — Weltflucht aber spaltet.

Im katholischen Volksteil dagegen erkennen wir noch im einfachsten Handwerker ein Gefühl des Gemeinsamen, ganz einfach des Geborgenseins in Schoß und Schutz gleichsam einer Mutter. Sicher ist es das Band der Kirche. Doch sind Kräfte in seiner Umwelt, die dieses Gefühl des Gemeinsamen mißbrauchen, sehr erheblich und ganz entschieden zum Nachteile der Zone des weltlichen Staates, weil dieser Staat konfessionell uneinheitlich ist. Wer kann eine Vereinigung aller zu einem Volke, wer auf die Bildung eines allgemeinen Volkswillens hoffen, insofern das nicht in religiöser Sphäre vorzusetzen ist? So müssen wir nach dem Möglichen tasten. Ein Reich Gottes auf dieser Erde hat selbst Christus nicht verheißen, einen Staat der Zünfte nach mittelalterlichem Vorbild wollen wir nicht; denn die Schichtung moderner Völker gestattet keine Vereinfachung. Das alles ist dahin. — Wir suchen und tasten nach dem Möglichen.

Demokratie in der Zeitwende

Politik und Strategie?

Hans Edgar Jahn: Gesellschaft und Demokratie in der Zeitwende. Greven Verlag, Köln 1955.

„Die politische Alltagsarbeit wird immer ein Stück genialer Taktik bleiben, einer Taktik, die jedoch immer in den Rahmen einer größeren strategischen Konzeption eingebettet ist.“ Dieser Satz, der im Kapitel über das Wesen der Politik auf Seite 57 seines Buches „Gesellschaft und Demokratie in der Zeitwende“ steht, trifft sicherlich vor allem auf die politische Alltagsarbeit des Autors Hans Edgar Jahn und somit auch auf dieses Buch zu. Es ist eingebettet in den Rahmen einer größeren strategischen Konzeption. Diese ist die NATO-Konzeption der sogenannten westlichen Welt.

Das Buch steht als „zeitgeschichtlicher Auftrag“ des Verfassers unter mehreren Abhandlungen zur politischen Public-Relations-Arbeit, deren erste die am meisten instruktive ist, weil sie uns die im Bundesgebiet bestehenden Verbände und Organisationen aufzählt, wenn sie auch nicht, wie Eschenburg oder Pritzkolet, tiefer in das Wesen und die Hintergründe dieser Verbände und Organisationen eindringt und etwa deren Machtpositionen und Abhängigkeiten aufhellt.

Das vorliegende Buch gibt in seiner dialektischen Struktur ein hervorragendes Beispiel gepflegter Massenpsychologie, wie sie das gegenwärtige Regime vor allem zur Salonfähigmachung seiner Aufrüstungs- und Aushebungspolitik betreibt. Der Verfasser steht im Dienste der psychologischen Vorbereitung und Durchführung der Militärpraktiken der Bundesregierung. Er ist der verantwortliche Herausgeber der Politischen Informationen (PI), einer tendenziösen Public-Relations-Korrespondenz, die im fingierten Sie-fragen-Wir-antworten-Spiel zu tagespolitischen Problemen im Sinne der Bundesregierung Stellung nimmt oder Maßnahmen der Bundesregierung plausibel macht. Die von Jahn repräsentierte „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise“ (Sitz: Bad Godesberg) wurde als „Tarnorganisation der Bundesregierung“ in der Öffentlichkeit angeprangert, obwohl gerade die „Wirkung durch Offenheit“ eines der taktischen Hauptmomente des Verfassers und Leiters der Arbeitsgemeinschaft ist. Der diffamierende Ausdruck „Tarnorganisation“ beweist eigentlich nur, wie richtig der Verfasser sein Objekt (die öffentliche Meinung) einschätzt. Denn bei Hellhörigkeit könnte

es seinen Zuhörern bzw. Lesern kaum verborgen bleiben, woher hier der Wind weht und wohin die Reise geht. Gerade die Offenheit und Ungetartheit mit Infragestellung aller Positionen und Meinungen ist die Methode hier, um die Standpunkte der Bundesregierung nicht nur als mögliche Position, sondern auch als die einzig richtige und vernünftige hervortreten zu lassen. Unsicherheiten ergeben sich für den Verf. allerdings mit Notwendigkeit dank der politischen Fehlleistungen seiner letztthinnigen Vorgesetzten in der Vergangenheit. Denn wie soll man im Auftrage der „Verteidigungs“-Politik etwa über den Eid des künftigen westdeutschen Militärroboters ungeniert plaudern, wenn heute noch deutsche Soldaten um ihres eidgebundenen Gehorsams willen in alliierten Zuchthäusern festgehalten werden? In dem Kapitel „Politischer Realismus im Zwielicht von Glaube und Irrtum“ geht Jahn soweit, allen Infragegestellten, den diffamierten Soldaten und Verantwortlichen des Dritten Reiches wie den Stabbrechern der Spruchgerichtsbarkeit, den alliierten Rechtsschändern wie den davon betroffenen „Ohne-mich“-Bekehrten eine Brücke zu bauen. Diese Brücke ist das Verzeihen des „politischen Irrtums“. „Die freiheitlich-demokratische Welt anerkennt in der politischen Arbeit auch den politischen Irrtum — vorausgesetzt, daß dieser nicht vorsätzlich begangen wird.“ Auf diese Weise hofft man in Westdeutschland Mut zur Selbstgerechtigkeit, tätige Reue und Bekehrung zu den alliierten Aufrüstungsspekulationen auslösen zu können. Auf diese Weise hofft auch der Verfasser die charaktervolle Zurückhaltung vieler Deutscher auf militärischem Gebiet zu überwinden. Denn darum geht es ihm: Unter weitestmöglicher Nichtanfechtung der Diffamierung unserer Vergangenheit eine weitestgehende Förderung der militanten Zumutungen zu bewerkstelligen. Der Verfasser übersieht dabei fortwährend eines: Daß die geschichtliche Wahrheit nur eine Weile durch Public-Relations übertüncht werden kann; daß sie die eigentlich wirkende Kraft ist, die letztlich auch alle künstlichen Gebäude einer Regime-Reklame zerstört, sofern diese gegen sie steht. Denn die Politik — diese Erkenntnis ist das bleibende Verdienst des großen Clausewitz — ist nicht die Hure einer menschenunwürdigen Strategie, sondern der Rahmen, in den alle Strategie mit ihrer dienenden Rolle einer Fortsetzung der Politik eingebettet zu sein hat.

Die deutschen Parteien seit 1945

Der Carl Heymanns Verlag hat uns vor mehr als einem Jahr einen kleinen Band „Quellen und Auszüge“ zur Geschichte, Rechtsstellung, zu den Parteistatuten, zur sozialen Zusammensetzung, Finanzierung und Problematik der westdeutschen Parteien vorgelegt¹⁾. Die Parteien Mitteldeutschlands sind in dieser Zusammenstellung nicht berücksichtigt. Würde man deren Abhängigkeit von der für sie zuständigen Besatzungsmacht als Grund für die Außerachtlassung dieser Parteien in der vorliegenden Schrift anführen, so hätte man geflissentlich übersehen, welche entscheidende Geburtshelferrolle die westlichen Besatzungsmächte für die hier behandelten westdeutschen Parteien gespielt haben und heute noch spielen; was uns umso frischer in Erinnerung ist, als ein führender Abgeordneter einer dieser Parteien, der Rechtsanwalt August Martin Euler, im Zusammenhang mit der Spaltung der Freien Demokratischen Partei erst vor kurzer Zeit nähere Angaben bezüglich der finanziellen Einflußnahme vor allem seitens amerikanischer Freunde vor der Öffentlichkeit machte. Diese gegenseitige Anhänglichkeit zwischen Besatzungsmacht und Partei ist es denn auch, was einer breiten Bevölkerungsschicht das Zusammengehen mit den Parteien jahrelang unmöglich gemacht hat und was als Hypothek auf der substantiellen Verfestigung der Parteiendemokratie in Deutschland lastet.

Der Verfasser der vorliegenden kleinen Schrift hat nur in einem Vorwort persönlich zu der Materie Stellung genommen. Der Text des Bändchens ist im übrigen eine Zusammenstellung sorgfältig ausgewählter, informativ wertvoller und lesenswerter Äußerungen westdeutscher Publizisten, von Parteisatzungen und Dokumenten. Obgleich der Autor mit den ausgewählten Texten dem Leser die Misere des westdeutschen Parteilebens vorführt, nimmt er in seinem Vorwort ein dem deutschen Leser unverständliches Ergebnis vorweg. Die bitteren Erfahrungen der letzten Jahrzehnte, so sagt er, hätten zur Genüge gezeigt, daß „Deutschland nicht ohne Parteipolitik leben“ könne und „lediglich die Wahl zwischen dem Mehrparteienstaat und dem Einparteienstaat“ habe. Von dieser Erkenntnis schließt er messerscharf auf die Unvermeidbarkeit einer „Mediatisierung des Volkes“ durch die Parteien. Wieso die

gegenwärtigen Parteien dieser Mediatisierung gerecht werden sollen, bleibt allerdings unerfindlich. Denn der Verfasser hat gerade ein Material zusammengetragen, das die Sterilität der westdeutschen Parteien belegt, die Parteiorganisationen als eine Art Leichname ausweist, denen am besten mit einem Steuerpfennig künstlich das Leben eingehaucht wird. Bei der sozialen Zusammensetzung zeigen sich die Parteien ohne Jugend, die auch der sonst in ihrer Struktur am vernünftigsten erscheinenden FDP fehlt, für deren Kandidaten uns ein Durchschnittsalter von 49 Jahren mit der Empfehlung „das ist ein guter Durchschnitt!“ zugemutet werden muß.

Was der Bericht über die soziale Zusammensetzung noch verschweigt, hätte der Bericht über die Finanzierung der Parteien erbringen müssen. Aber trotz Zitierung der vom Vorstand der SPD herausgegebenen Aufklärungsschrift „Unternehmermillionen kaufen politische Macht“ ist hier der Ertrag der Schrift dürftig. Schon bei dem Kapitel über die Zusammensetzung des Deutschen Bundestages hätte anstatt Kirchheimer besser Pritzkoletz zitiert werden sollen. In der Frage der Finanzierung fehlt einfach die Kenntnis oder Wiedergabe des erforderlichen Materials. Wird auch der Zweck des Vereins zur Förderung der sozialen Marktwirtschaft ersichtlich, so bleibt doch beispielsweise das Gebaren des Schatzmeisters der CDU, des Oberbürgermeisters der Stadt Siegen, Bach, gänzlich unerwähnt, und die von Pritzkoletz seit Jahren aufgedeckten Zusammenhänge der Presselenkung und Pressefinanzierung samt Einfluß der Unternehmensverbände auf das Parteileben und die Fraktionen werden übergangen.

Die Geschichte der behandelten Parteien ist inzwischen um einige traurige Kapitel bereichert worden. Wir denken an die Einschränkung der Grundrechte und die Militarisierung der Bundesrepublik, an die Einführung der Allgemeinen Wehrpflicht im Zeitalter des strategischen Massenmords, an das Verbot einer armseligen KPD, mit der zusammen man die Grundlagen dieses Staates geschaffen hatte, und an die Hilflosigkeit inmitten einer in Brand geratenen und auf wirtschaftliche Krisen hindrängenden Welt. Daß alles dies nicht zu der Überzeugung des Verfassers führen kann, mag ersichtlich sein. Die Heraufkunft neuer politischer Kräfte ist unausbleiblich. Während die Regime-Parteien in ihrer Agonie das Wesen der Demokratie immer mehr verfehlen und sich in die Sackgasse verfassungswidriger Entscheidungen hinein-

¹⁾ Ossip K. Flechtheim: *Die deutschen Parteien seit 1945. Quellen und Auszüge*. Carl Heymanns Verlag KG, Berlin u. Köln 1955, 158 Seiten, DM 5,70.

manövrieren, drängt eine Jugend herauf, die das Gesetz einer neuen Epoche bestimmen wird.

Es gibt in Westdeutschland noch kein Parteiengesetz und wird wohl auch vorerst noch keines geben. Die Ungültigerklärung des Grundgesetzes durch weitere dem Geist dieser Verfassung widerstrebende und ihren Sinn verkehrende Gesetze zur Beschränkung der Demokratie auf die parteipolitisch Etablierten dürfte wohl auch den Regierungsparteien des gegenwärtigen Regimes schlecht anstehen und kaum zu ihrem Wiederaufstieg gereichen.

Das Problem der politisch Uninteressierten

Wer die zahlreichen Publikumsbefragungen der letzten Zeit durch die verschiedensten Institute verfolgt hat, der wird in ihren Statistiken einen erstaunlich hohen Prozentsatz von politisch Uninteressierten verzeichnet finden. So zeitigte z. B. eine Umfrage des Emnid-Institutes: Interessieren Sie sich für Politik? (Jugend zwischen 15 und 24, 2. Untersuchung) folgendes Ergebnis:

15 bis unter 18 Jahre	ja: 32%	nein: 67%
18 bis unter 21 Jahre	ja: 46%	nein: 53%
21 bis unter 25 Jahre	ja: 48%	nein: 51%

Eine ähnlich starke politische Interesslosigkeit stellen die Untersuchungen des soziologischen Institutes in Hamburg unter der Arbeiterschaft fest¹⁾.

Danach hatten z. B. zu folgenden Fragen gar keine Einstellung:

Warum tritt man in eine Partei ein?
67% der weibl. Befragten

Hat der Mensch Pflichten gegenüber Staat und Gesellschaft?
46% der weibl. Befragten

Welche Aufgaben haben Staat und Gesellschaft gegenüber der Jugend?
56% der weibl. Befragten
42% der männl. Befragten

Eine allgemeine Befragung des Emnid-Institutes über die Einstellung zur Gründung der Christlichen Gewerkschaften nennt unter der Rubrik: ohne Meinung 18%, zu denen noch die 43% dazukommen, die von der ganzen Frage nichts gehört hatten.

Für unsere Betrachtung ist zunächst bemerkenswert, daß die Beteiligung an den Parlamentswahlen in den Ländern und im Bund etwa 80% der Wahlberechtigten trägt. Es wählen demnach von hundert Wahlberechtigten zwanzig gar nicht und zwanzig ohne politisches Interesse.

Man hat sich nun bisher wohl viele Gedanken über die Nichtwähler gemacht aber

allzuwenige über die 20% der interesselosen Wähler. Diese aber sind es, die das Gesicht der Parlamente weit entscheidender prägen als die Nichtwähler. Der Nichtwähler zieht eine folgerichtige Konsequenz aus seiner politischen Gleichgültigkeit; der interesselose Wähler dagegen vollzieht zwar den Wahlakt, aber er will sich um das Produkt dieses Aktes, um das Parlament und sein Verhalten nicht weiter kümmern. Er vollzieht seinen politischen Akt aus Tradition oder Trägheit oder in dem von den Parteien erregten Wahlfieber. Er ist der Beeinflussung relativ am leichtesten zugänglich und daher von besonderem Interesse für die Parteien. Ja, man wird sogar sagen dürfen, daß es eines der Hauptanliegen aller Parteien ist, die Interesselosen zum Wahlakt zu verleiten.

Je mehr der Prozentsatz der interesselosen Wahlberechtigten steigt, desto mehr werden die Parteien ihre Kandidaten für die Parlamente nach ihrem propagandistischen Wert, nach ihrer Zugkraft im Wettstreit um eben diesen uninteressierten Wähler aussuchen. Aus diesem Wettkampf heraus wurde z. B. das Schlagwort geboren: Wahlrecht ist Wahlpflicht, ein Schlagwort, das in der Zeit des Kampfes der demokratischen Idee gegen das absolute Königtum wohl eine gewisse Berechtigung gehabt haben mag, das aber an sich im Gegensatz zum Grundgedanken der Demokratie steht. Dieser Grundgedanke, „alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“, fordert, daß auch die „besonderen Organe der Gesetzgebung und der vollziehenden Gewalt“ ihrer Form und ihrer Zusammensetzung nach der geistigen Haltung der Allgemeinheit entsprechen.

Vor 150 Jahren war die geistige Grundhaltung durch den Glauben an die allgemeine Gleichheit aller Menschen bestimmt. Damit verband sich auch die Auffassung von einem in allen Menschen gleich lebendigen politischen Interesse. Inzwischen aber hat sich „das philosophische Postulat, daß alle Menschen gleich seien, längst als irrig herausgestellt“ (Gerhard Schröder). Solange das Postulat der allgemeinen Gleichheit noch galt und solange die demokratische Bewegung noch glauben konnte, daß die politische Interesslosigkeit vieler nur der Ausdruck eines durch den Absolutismus gezüchteten Stumpfsinnes der Masse sei, solange hatten die Parteien wohl ein gewisses Recht, ihre Hauptaufgabe darin zu sehen, mit allen Mitteln der Demagogie Stimmvieh zur Wahlurne zu treiben. Inzwischen ist aber nicht nur die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen zer-

¹⁾ Vgl. Helmut Schelsky: *Arbeiterjugend gestern und heute. Quelle u. Meyer 1955*

brochen, sondern es hat sich auch die absolutistische Staatsform in ihr Gegenteil verwandelt.

An die Stelle eines von jeder Wahl unabhängigen Königtums sind die Parlamente getreten. In der Bundesrepublik geht ihr Machtbereich soweit, daß kaum noch von einer Gewaltenteilung im hergebrachten Sinne gesprochen werden kann; denn sowohl der Kanzler wie der Bundespräsident, also die höchsten Exekutivorgane, werden vom Bundestag bzw. der Bundesversammlung gewählt. Die Legislative ist demnach der Exekutive übergeordnet. Die Parlamente, deren frühere Aufgabe darin bestand, das Volk gegen die Übergriffe einer übergeordneten Exekutive zu verteidigen, sind heute zu den verantwortlichen Organen für die gesamte Staatsführung geworden. Daraus ergibt sich für die Parteien als Mitwirkende „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ die Pflicht, die von ihnen nominierten Parlamentskandidaten nicht mehr danach auszuwählen, welche Zugkraft sie auf den interessierten Wähler ausüben, sondern was der einzelne Kandidat an politischem Verständnis mitbringt. In vielen Fällen ist jedoch der Parteiegoismus und die reaktionäre Auffassung von der Aufgabe der Parlamente so groß, daß man von dem alten Maßstab bei der Auswahl der Kandidaten nicht loskommt.

Die Vorstellung von der Gleichheit aller Menschen hat sich als irrig erwiesen. Demnach ist auch die Annahme falsch, daß alle Menschen ein gleich starkes politisches Interesse hätten. Diesen Tatbestand beweisen jene Statistiken, die nur knapp 60% politisch interessierter Menschen erkennen lassen. Von den übrigen den Wahlakt zu fordern, heißt nicht von der Wirklichkeit ausgehen sondern so handeln, als ob die Ideologien von 1789 noch Gültigkeit besäßen. Dies Verfahren des „als ob“ aber muß die innere Kraft der Demokratie aushöhlen, weil es dem lebendigen Volksempfinden nicht entspricht, das kein schematisch gleiches politisches Interesse kennt.

Als sich die Bundesrepublik vor wenigen Jahren konstituierte, hat der Parlamentarische Rat in mancher Hinsicht der weitgehenden politischen Uninteressiertheit Rechnung getragen. So nahm er damals dem deutschen Bürger im Grundgesetz sowohl das Recht zum Volksbegehren wie das der direkten Wahl des Staatsoberhauptes, also Rechte, die der deutsche Bürger nach der Weimarer Verfassung einst besessen hatte. Einer der Hauptgründe für diese Beschränkung der politischen Rechte

des Staatsbürgers war die Sorge um die Einwirkung der Demagogen auf die Wahlberechtigten und sicherlich vorzugsweise auf diejenigen von ihnen, die aus mangelndem politischen Interesse Gefahr laufen, beim Vollzug des Wahlaktes unverantwortlich zu handeln.

In dem gleichen Grundgesetz, das dem Volke das Recht auf die Präsidentenwahl nahm, hat man auch den Einfluß des Präsidenten auf die Politik geschwächt, den des Parlamentes gegenüber der Weimarer Verfassung jedoch gehoben. Es besteht heute der eigenartige Zustand, daß man wohl vorgesorgt hat, das Amt des Bundespräsidenten nicht in die Hände eines Mannes gelangen zu lassen, der die politisch unverantwortlichen Wähler aufzuputzen vermag, daß man jedoch andererseits sich das Gremium, von dem selbst die Exekutive gewählt wird, aus Männern und Frauen bilden läßt, bei denen man keine Sorge vor ihren Fähigkeiten der Massenerregung hat, ja bei denen man diese Fähigkeiten zuweilen sogar begrüßt und belohnt.

Daß man derartig widerspruchsvoll verfuhr, ist nur aus dem Zwang erklärbar, den die Ideologien von 1789 auch heute noch auf die Parteien und ihre Anhänger ausüben. Sie halten starr an der These fest, daß ein Nichtwähler ein Bürger zweiter Klasse sei. Es wird sogar die Forderung aufgestellt, das Nichtausüben des Rechtes zur Abgeordnetenwahl wie in anderen Ländern mit einer Geldstrafe zu belegen. Die Parteien vertreten diese Auffassung, obwohl auch ihnen bekannt ist, daß sich in der Bundesrepublik kaum ein Mensch zum Bürger zweiter Klasse degradiert fühlte, als das Grundgesetz allen Wahlberechtigten das Recht zum Volksbegehren und zur direkten Präsidentenwahl nahm.

Demgegenüber sind die Wahlberechtigten von dem geistigen Zwang überholter Ideologien zu befreien: „Man“ muß nicht wählen, um für voll angesehen zu werden. Man kann sein Recht zur Wahl von Parlamentskandidaten stillschweigend in gleicher Weise auf die politisch interessierten Wahlberechtigten übertragen, wie man das Recht zur direkten Präsidentenwahl an die Bundesversammlung abgetreten hat. Auch der politisch Uninteressierte hat „das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“. (Art. 2 GG.) Und dieser politisch Uninteressierte handelt mitunter dadurch verantwortlicher für die Allgemeinheit, daß er nicht wählt, als wenn er sich zu einem Wahlakt verleiten läßt, mit dem er ihm unbekannte Kräfte in den Sattel hebt.

Leopold von Caprivi

Deutschlands Weg 1945—1955

Aus der Fülle seines dokumentarischen Materials (zum großen Teil bereits in den Bänden der seit 1931 erscheinenden politisch-wirtschaftlichen Dokumentation *Archiv der Gegenwart* veröffentlicht) hat *Heinrich von Sieglar*, der Herausgeber des „Archiv der Gegenwart“, eine Schrift zum Thema „Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands“ zusammengestellt, deren Wert als „dokumentarische Diskussionsgrundlage“ unbestreitbar ist.

Wenn man die Vorgänge von der Vier-Zonen-Teilung nach der Kapitulation (Mai 1945) bis zu der Erklärung des britischen Unterstaatssekretärs Nutting (Mai 1956), daß „das deutsche Problem“ (Wiedervereinigung) einer teilweisen Abrüstung nicht im Wege stehe, an Hand der dargebotenen Chronik nacherlebt, kommt man allerdings nicht zu dem Ergebnis, daß schon mancherlei geschehen sei, um das Problem einer Lösung näher zu bringen. Dies beweist allein schon der Ausspruch Nuttings.

Der Akt der Aufteilung Deutschlands und die Auseinanderentwicklung nach dem Zerfall des alliierten Kontrollrats rollen so einfach und selbstverständlich vor einem ab, daß der Widerwille gegen jede nachträgliche künstliche Komplizierung des Problems spontan wächst. Aus der Tatsache der Nicht-Wiedervereinigung läßt sich eben nicht auf den Grad der Schwierigkeit einer Lösung des Problems schließen. Um so weniger als das dargebotene Material die Tragödie eines Verrates an Deutschland, eines inneren und äußeren Verrates abrollen läßt. Nicht ohne Erschütterung erlebt man die Usurpation der deutschen Teilstaaten im Schutze der Besatzungsmächte bis zu ihrer eingebildeten Souveränität noch einmal nach, angewidert von den pathetischen Erklärungen und den Lippenbekenntnissen der Politiker. Der chronologische Charakter der Wiedergabe kann den Leser nicht daran hindern, über die nüchternen Angaben von Regierungserklärungen, Noten-Formalitäten, Ministertiteln und Daten hinweg die Scheinheiligkeit der Argumentationen und die Liederlichkeit der öffentlichen Beweisführungen auf beiden Seiten festzustellen.

Den letzten Abschnitt der Schrift bilden „die vier zur Erörterung stehenden Hauptalternativen für die Lösung der deutschen Frage“. Die angeführte 2. Alternative, die Eingliederung des ganzen wiedervereinigten Deutschlands in das System des Westens, wird als die Lösung bezeichnet, die „naturgemäß“ die Bundesrepublik Deutsch-

land und mit ihr der ganze Westen anstrebe. Indessen würde, wenn das zutrifft, die Bundesrepublik nicht den Willen des ganzen deutschen Volkes staatlich repräsentieren. Der psychologische Antriebs, den sich der Verf. von dieser Lösung für die Ostzone verspricht, dürfte nach den bisherigen Erfahrungen mit dem Westen vor allem in einer raschen und totalen Ausrüstung Mitteldeutschlands beruhen.

Die aufgezeigte 3. Alternative, die Eingliederung des ganzen wiedervereinigten Deutschlands in das System des Ostens, dürfte, sogar den zitierten sowjetischen Texten nach zu urteilen, lediglich in der Illusion einiger Utopisten oder in einer gewissen kommunistischen Propaganda gespuht haben. Eine realistische Bedeutung hat diese Alternative nie gehabt. Sie ist für das deutsche Volk ebenso unannehmbar wie die 2. Alternative, obgleich dieser ein größerer Realitätswert zukommt.

Als 4. Alternative zeigt der Verfasser ein wiedervereinigtes bündnisfreies Deutschland, das er mit Einschränkungen auch als „einen erwägenswerten Ausweg aus einer sonst unlösbaren Situation“ bezeichnet, den zu beschreiten der westdeutsche Bundeskanzler stets peinlich vermieden hat. Leider fehlt der Schrift der Wortlaut der Sowjetnote vom 10. März 1952, die einen Meilenstein auf dem Wege der wiedergegebenen Entwicklung darstellt und einen Schlüssel zum Verständnis der späteren sowohl sowjetischen als auch westlichen Politik. — Man sollte diese Schrift im Zusammenhang mit der kürzlich bei uns besprochenen Veröffentlichung des Auslandsinstituts der Stadt Dortmund („Die Wiedervereinigung Deutschlands als Aufgabe der Deutschen und der Weltmächte“) zu Rate ziehen.

Heinrich von Sieglar: Wiedervereinigung und Sicherheit Deutschlands. Verlag für Zeitarchive Bonn, Wien, Zürich 1956. 120 Seiten mit 10 Karten.

Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang noch auf die von Heinrich von Sieglar zusammengestellte dokumentarische Schrift „Von der Kapitulation bis zur Moskauer Reise Adenauers“, die sich ebenfalls weitgehend auf die wohl vollständigste und hervorragende Dokumentation „Archiv der Gegenwart“ (Jahresabonnement 120,— DM; Verlag für Zeitarchive Bonn, Wien, Zürich) stützt.

Heinrich von Sieglar: Deutschlands Weg 1945—1955. Verlag Georg Koenig, Köln, 215 Seiten.

Kriminalisierung der Wirtschaft

Vermögensbildung in der westdeutschen Plutokratie

Eine Untersuchung über die westdeutsche Vermögensbildung und -verteilung seit 1950 ergibt folgendes Bild: Insgesamt hat in den Jahren 1950 bis 1955 in der Bundesrepublik eine Nettovermögensbildung von 140 Milliarden DM stattgefunden¹⁾. Davon vereinigen sich in Unternehmerhand allein 130 Milliarden, während auf den Staat und auf die privaten Haushalte insgesamt nur 10 Milliarden entfallen. Der Schwerpunkt der unternehmerischen Vermögensbildung liegt bei der Großindustrie. Sie beansprucht für sich in dem genannten Zeitraum 62% der gesamten Vermögensbildung = 87 Milliarden DM. Da die Zahl der selbständigen Unternehmer in Westdeutschland nicht mehr als 100 000, mit kleineren selbständigen Gewerbetreibenden 700 000, insgesamt also etwa 1,5% der 48 Millionen Einwohner der Bundesrepublik beträgt, befinden sich 62% des seit der Währungsreform gebildeten Gesamtvermögens in Händen von 1,5% der Bevölkerung. Rechnet man zu dem Kreis der Industrieunternehmer noch die Kleingewerbetreibenden, Händler und selbständigen Landwirte hinzu, womit der Kreis der erfaßten Personen etwa 2,5 Millionen Menschen umfaßt (1,2 Millionen in der Land- und Forstwirtschaft, 0,7 Millionen in Handwerk und Gewerbe und rund 0,6 Millionen im Handel, Geld- und Versicherungswesen), so befinden sich 93% des gebildeten Gesamtvermögens in den Händen von etwa 5,2% der Bevölkerung. Bezieht man noch den Kreis der Familienangehörigen der Eigentumsbildner in die Ziffern mit ein, so ergibt sich dies: Im Hinblick auf den Kreis der selbständigen Unternehmer (1,5% der Bevölkerung) befinden sich 62% des neugebildeten Vermögens in den Händen von 4,5% der Bevölkerung; im Hinblick auf den Gesamtkreis der unternehmerisch Tätigen überhaupt (5,2%) befinden sich 93% in Händen von 15,6% der Bevölkerung. Bei weniger als 5% der Gesamtbevölkerung hat sich demnach weit mehr als die Hälfte des gesamten neu gebildeten Sachvermögens angesammelt.

Die Finanzierung des in selbständiger Unternehmerhand neu zugewachsenen Vermögens wurde größtenteils aus Fremdmitteln und nur zu einem kleineren Teil aus

eigenen Mitteln ermöglicht. 45% (= 46,4 Milliarden DM) von den in den Jahren 1950 bis 1954 in den Unternehmungen neu gebildeten 103,8 Milliarden DM stammen aus nichtverteilten Gewinnen. Diese Gewinne stellen aber unbelastetes Eigentum der Unternehmer dar. (Allein die im Jahre 1953 ausgeschütteten Gewinne betrugen 40 Milliarden DM, wovon nur 9 Milliarden DM unmittelbar in den Unternehmungen investiert wurden.) 57,4 Milliarden DM (= 55%) des in Unternehmerhand neugebildeten Vermögens wurde mithin durch Kreditaufnahme finanziert.

Die steuerbereinigten Einkommen der Selbständigen in den Jahren 1950 bis 1955 betrugen 187 Milliarden DM, während die Einkommen aller Unselbständigen insgesamt nur 180,4 Milliarden DM betrugen. Das steuerliche Einkommen von 3 Millionen Selbständigen (einschließlich der „freien Berufe“, die eigentlich nicht zu den Unternehmern gehören) beträgt pro Kopf und Jahr 12 500 DM, das Einkommen der Unselbständigen aber nur 2062 DM. Die Sparleistung der Bezieher selbständiger Einkommen in den Jahren 1950 bis 1954 betrug rund 18 Milliarden DM, die der gesamten übrigen Bevölkerung nur rund 5 Milliarden DM. Rechnet man die Ersparnisse aus den Unternehmer-Einkommen in Höhe von 18 Milliarden DM zu den Eigenmitteln der Finanzierung in Höhe von 46,4 Milliarden DM hinzu, so ergibt sich, daß das neugebildete Nettovermögen der Unternehmer in diesen 5 Jahren sich auf 64,4 Milliarden DM beläuft. Auf die gesamte übrige Bevölkerung — ohne Staat — entfällt in der gleichen Zeit nur ein Vermögenszuwachs von 5 Milliarden DM.

Demgegenüber sei die Verschuldung des Unternehmertums an die Banken und indirekt an den Staat mit weiteren 40 Milliarden DM bedeutungslos, da diese Verschuldung bei anhaltender Konjunktur aus den erzielten Gewinnen in wenigen Jahren getilgt sein dürfte. Danach wird das in selbständiger Verfügungsmacht der Unternehmer stehende Gesamtvermögen über 100 Milliarden DM betragen. Zu diesem Vermögen tritt dann noch das bereits vor 1950 vorhandene Vermögen dieses Personenkreises hinzu. Damit ergibt sich eine Größenordnung von nicht weniger als 200 Milliarden DM in freier Verfügungsmacht

¹⁾ Dr. Gerhard Kroll: „Vermögensbildung und soziale Gerechtigkeit“ in „Die neue Ordnung“, Heft 1/1956

der Unternehmer. Mit anderen Worten: Die Vermögensbildung in der Volkswirtschaft der Bundesrepublik vollzieht sich fast ausschließlich bei den Unternehmern. Der überwiegende Teil des Volkes, d. h. alle Nichtunternehmer und an Vermögensbildung in Unternehmungen unmittelbar nicht Beteiligten sind von der Vermögensbildung so gut wie ausgeschlossen.

Substanzauszehrung des Volkes

Die Massen leben selbst bei steigenden Löhnen und Gehältern von der Hand in den Mund, ohne Rücklagen für den Ernstfall. Das durchschnittliche Einkommen der Nichtunternehmer gestattet keine höheren Sparleistungen. Durchschnittlich kann der Unternehmer im Notfall auf ein Vermögen von rund 100 000 DM zurückgreifen. Dazu ist er noch Eigentümer der betrieblichen Sachgüter und verfügt im Durchschnitt außerdem über ein sechsfach höheres Einkommen als der Nichtunternehmer. Da der Kreis der Selbständigen, einschließlich der freien Berufe (ohne Familienangehörige) rund 3 Millionen, der Kreis der abhängigen Arbeitnehmer (ohne Familienangehörige) aber rund 17,7 Millionen umfaßt, ist der größte Teil des Volkes einer Wirtschaftskrise schutzlos preisgegeben.

Darüber hinaus lenkt der Staat rund ein Drittel der Vermögensbildung durch die Art der Verwendung der Steuermittel in Kanäle, die die Ansammlung von Vermögenswerten in der Hand der Wenigen noch verstärken. Auf diese Weise wurden in Händen anonymer Wohnbaugenossenschaften Milliardenvermögen gebildet, ohne daß das Wohneigentum der Familien auch nur in Erwägung gezogen wurde. Aus dem Zwangssparen der Lohn- und Gehaltsempfänger wurden bei den Trägern der Sozialversicherung weitere Milliardenbeträge eingesammelt, zu repräsentativen Verwaltungsbauten verwendet und im Aufbau eines bürokratischen Apparates vergeudet, so daß der Staat noch zur Deckung der laufenden Defizite verpflichtet wird.

Die sozialpolitischen Fehlleistungen verhindern die Eigentumsbildung in bisher eigentumslosen Bevölkerungsschichten. Sie vergrößern das groteske Mißverhältnis zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, statt es zu vermindern. Die Vermögensbildung in der Bundesrepublik entbehrt jedes sozialen Leitbildes, da sie nur bei denen Eigentumsbildung ermöglicht, die schon Eigentum besitzen, wesentliche Teile des Sozialprodukts aber denen vorenthält, die nicht unternehmerisch tätig sind. Die von der Bundesregierung angestrebte soge-

nannte „Sozialreform“ stellt die Struktur des westdeutschen Sozial- und Wirtschaftsgefüges weder in Frage, noch erstrebt sie eine gerechte Verteilung des Sozialprodukts. Sie beschränkt sich auf eine geringfügige Verbesserung der Rentenleistungen, die den Einzelnen immer noch mehr zum Almosenempfänger eines unsittlichen Wirtschaftssystems herabwürdigten.

Die „soziale Marktwirtschaft“ führt zur letzten geistigen und materiellen Substanzauszehrung des Volkes. Sie wird im Namen angeblich notwendiger Verhinderung einer „Substanzauszehrung des Kapitals“ gefordert. Allein 60 Milliarden DM wurden seit 1948 in Industrie und Gewerbe, über den Ersatz des Kapitalverzehrns hinaus, neu investiert. Trotz dauernder Forderung nach Kreditrestriktion sind die mittel- und langfristigen Kredite von Mitte 1955 bis Mitte 1956 von 31 Milliarden auf 41,7 Milliarden DM gestiegen. Fast das ganze Kreditvolumen wird dabei von der Großindustrie in Anspruch genommen. Von den oben genannten 60 Milliarden DM Neuinvestitionen stammten 40 Milliarden DM aus unverteiltern Gewinnen der Unternehmen, die übrigen 20 Milliarden DM aus verteilten Gewinnen, sonstigen Einkommen und Kreditgewährungen bzw. aus nicht abgeführten Steuermitteln.

Investition — Inflation — Krieg

Über die groteske Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zu Lasten der unteren und mittleren Bevölkerungsschichten schreibt die Züricher „Tat“: „Die von der Industrie in den Jahren vor der Währungsreform gehorteten Waren im Werte von schätzungsweise zwei vollen Jahresproduktionen der damaligen Gütererzeugung wurden nach dem Währungsstichtag für neue DM an die Bevölkerung verkauft. Die in die Milliarden gehenden Hortungsgewinne steckten die Unternehmen ein, ohne die eigentlichen Produzenten, die Arbeitnehmer, daran zu beteiligen. Letztere mußten zusehen, wie sie mit den am Stichtag erhaltenen 40 DM Kopfgeld zurechtkamen. Die Preise waren damals hoch und stiegen zufolge des großen Nachholbedarfs noch weiter an, ebenso aber auch die Gewinne... Während Preise, Gewinne, Dividenden und Börsenkurse jahrelang immer weiter anstiegen — letztere im Durchschnitt um 75 % — war nach den genauen Angaben des statistischen Bundesamtes der Anteil der Löhne und Gehälter am Sozialprodukt 1954 geringer als 1949. Dieser Anteil verteilte sich 1954 auf bedeutend mehr Menschen als 1949, obwohl durchschnittlich 2 Stun-

den länger gearbeitet wurde als 1949! — Kein Wunder, daß es allein seit der Währungsreform nahezu 200 neue Millionäre in der Bundesrepublik gibt.

Im Jahre 1954 war im Durchschnitt jeder westdeutsche Arbeitnehmer mit vollen 5 Wochenlöhnen an irgendwelche Finanzierungsinstitute verschuldet! — Obwohl es bei den riesenhaften Gewinnen der Unternehmer längst an der Zeit gewesen wäre, Preisermäßigungen vorzunehmen, wurden die enormen Gewinnspannen, gestützt durch gemeinsame Preis-Verabredungen, weiterhin aufrechterhalten. Um nur ein einziges Beispiel dieser Zustände zu geben, so kostet ein bekanntes Waschmittel, das für wenige Pfennige herzustellen ist, den Verbraucher nach wie vor weit über eine Mark!"¹⁾

Während die Arbeiter höhere Löhne und der Mittelstand einige Millionen mehr als Subventionen fordert, fließen fast unwidersprochen und wie selbstverständlich Milliardenbeträge in die Hände einiger Großmanager des Investitions- und Rüstungsbooms und in Zweigniederlassungen des internationalen Finanzkapitals. Es wird unserem Volke verschwiegen, daß hinter der hektischen Aufrüstung wie eh und je die Internationale des Rüstungskapitals steht. Systematisch ist seit 1948 das Erinnern an die Tatsache verdunkelt worden, daß mit der auf Befehl plutokratischer Okkupationsmächte durchgeführten Währungsreform die Periode einer verantwortungslosen Wirtschaftspolitik bei uns begonnen hat. Während Sparer, Rentner und Mittelstand damals im Durchschnitt für 100 RM nur 6,50 DM erhielten, konnten die Aktionäre der Montanindustrie ihr Vermögen teilweise sogar verdreifachen. Während eine Steuer- und Kreditinflation ungeheueren Ausmaßes jetzt unsere Währung bedroht, treibt die inflationäre Entwicklung dem Krieg als letztem Verzweiflungsausweg aus der allgemeinen Krise entgegen. Der Ausverkauf unserer Industrie an ausländische Finanzkonsortien nimmt immer erschreckendere Ausmaße an. Infolge einseitiger Bevorzugung einer Politik wirtschaftlicher Expansion und Rüstungsinvestition sowie der Begünstigung einiger vom Ausland ferngelenkter Mammutkonzerne droht das Preisgefüge zu zerbrechen. Der Preisindex für die Gesamtlebenshaltung ist von 100 im Jahre 1950 auf 113 im Jahre 1956 gestiegen. Der Verbrauchsindex je Haushaltung der mittleren Verbrauchergruppe für die Lebenshaltung insgesamt ist allein vom März 1955 mit 437,73 DM auf 534,38 DM im März

1956 gestiegen. Dabei ist der arbeitstäglige Produktionsindex von 100 im Jahre 1950 auf 172,7 im April 1955 und auf 192,1 im Juni 1956 gestiegen. Der Umsatz der Industrie (ohne Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke für die öffentliche Versorgung sowie ohne Bauwirtschaft) ist von 12,951 Milliarden DM im April 1955 auf 14,955 Milliarden DM im Mai 1956 gestiegen. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer in der Bundesrepublik stieg von 17,50 Millionen im Juni 1955 auf 18,39 Millionen im Juni 1956. Während durch die Auswirkungen einer die Großindustrie einseitig bevorzugenden Kapital-, Steuer- und Wirtschaftspolitik Handwerk und Kleingewerbe den allmählichen Krebsgang gehen, werden Gesellschaft und Staat von einer Minderheit unvorstellbar reicher Manager beherrscht. Die Demokratie ist zur Plutokratie entartet. Sie ist zum Instrument, zur Klaviatur anonymen Geldherren herabgewürdigt.

Getarnte Sklaverei

Krieg, Inflation und Wirtschaftskrisen sind die Früchte einer falschen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Die Inflationen nach den beiden Weltkriegen hatten die gleichen Resultate: Eine zahlenmäßig kleine Clique hemmungsloser Kriegs- und Inflationsgewinnler wurde an die Oberfläche geschwemmt, während die sparsamen und kulturtragenden Schichten enteignet und dezimiert wurden. Dadurch wurde zweimal in einer Generation derselbe Prozeß einer potentiellen Gegenauselese herbeigeführt. Jedesmal folgte dem Abstieg des Mittelstandes der Aufstieg der Konzerne. Jedesmal wurden die gleichen Teile der Bevölkerung geschröpft und für die Folgen des Krieges haftbar gemacht, während eine Minderheit von Großverdienern als Nutznießer des Zusammenbruchs groß wurde. Jedesmal führte Steigerung des Konsumgüterbedarfs die Massen in die getarnte Sklaverei der Abzahlungssysteme, wobei sich die Nutznießer noch des staatlichen Justizapparates bedienen, um ihren Machtanspruch bis in die innersten Bereiche des Einzelmenschen vorzutreiben. Während für Kredite Wucherzinsen gefordert werden, narrt man die Sparer mit lächerlichen Zinsquoten und dauernder Verringerung der Kaufkraft.

„Die letzten Jahrzehnte, insbesondere in Deutschland, stellen nichts anderes dar als eine Periode fast ununterbrochener, wenn auch meist unmerklicher Einräumung inflatorischer Kredite“¹⁾. Die Kredite wer-

¹⁾ „Die Tat“ Nr. 194/1956

¹⁾ Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band 5, „Kredit“

den über den Rahmen der durch Volkswirtschaft selbst erarbeiteten Ersparnisse hinaus gewährt. Expansion und Inflation treiben sich gegenseitig an. Die Parole vom „maßlosen Verbraucher“, zu der eine frivole Propaganda jetzt ihre Zuflucht nimmt, ist der Versuch, von der Tatsache abzulenken, daß Großindustrie und Großkapital selbst die Einpeitscher der maßlosen Konsumwirtschaft sind!

Bald werden sich mittelständische Betriebe nur noch auf dem Lande und in den Vororten der Städte behaupten können. Inzwischen schwelgen Konzerne und Großgesellschaften in optimistischen Prognosen. Hand in Hand mit der Hochkonjunktur der Rüstungsindustrie¹⁾ geht die Hausse der Warenhäuser, welche die zu überhitzter Konjunktur geradezu herausfordernde konzernfreundliche Wirtschaftspolitik der Bundesregierung massiv ausnutzen. Die Weimarer Demokratie ist an der gleichen Wirtschaftspolitik gestern zerbrochen. Auch damals verelendete der Mittelstand, während die Großgesellschaften blühten. Deutsche Produktionsbetriebe gingen en masse in ausländische Hände über. Nach dem Ersten wie nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die nationale Katastrophe durch einen Materialismus beantwortet, dessen Ausmaß und Wertmaßstäbe im umgekehrten Verhältnis zur Tiefe und zum Umfang des Zusammenbruchs und der seelischen Erschütterung der Massen stand.

Unter dem zynischen Bonmot der „sozialen Marktwirtschaft“ ist bei uns eine Wirtschaftsauffassung und -gesinnung zum Durchbruch gekommen, die das Gegenteil jener Kräfte mobilisiert, von denen wirkliche, dauerhafte Heilung erwartet werden kann. Es ist undenkbar, daß ein durch Krieg und Inflation erschüttertes, durch äußere Unterwerfung bedrücktes und durch Atomentwicklung bedrohtes Volk eine solche Entwicklung auf die Dauer unwidersprochen hinnimmt!

Während bekannt wird, daß in USA-Großkonzernen im Jahre 1955 bis zu 200% Dividenden ausgeschüttet wurden²⁾, erfährt man, daß es auch in der Bundesrepublik Konzerne gibt, die in der gleichen Zeit bis zu 116% Jahresdividende ausgeworfen haben³⁾. Durch die westdeutsche Steuergesetzgebung war es sogar möglich, für solche Dividenden noch die übliche Kapitalertrags-Steuer von 25% auf 15% herabzusetzen. In Form von Gratisaktien (Bonus, Bezugsrechte, Investitionen in Form nicht-ausgezahlter Gewinne) werden heute Milliarden-Gewinne ausgeschüttet. Während der biedere Kaufmann mit 3 und 5% bzw.

mit 12% Jahreszinsen kalkulieren muß, können Gesellschaften mit 100, ja mit 200 und mehr Prozent Jahresverdienst rechnen. Solche Gewinne können nur erzielt werden, wenn man von den Konsumenten inflationistisch überhöhte Preise fordert, den Angestellten und Arbeitern zu geringe Löhne und Gehälter zahlt, durch ein unsittliches Steuersystem einseitige Großkapitalbildung begünstigt und die Rentner und Invaliden mit Almosen abspeist, statt ihnen ein sinnvolles Dasein zu ermöglichen.

Kein Wunder, daß man im Ausland beginnt, der deutschen Wirtschaftsentwicklung zu mißtrauen. Schweizer Bankiers raten bereits offen ihrer Kundschaft vom Ankauf der neuen 8%igen deutschen Obligationen ab. Grund: Sie halten die Entwicklung in Westdeutschland für ungesund!

Die böse Saat geht auf

Zu spät werden heute von christlich-sozialer wie von sozialdemokratischer Seite neue Wege der Eigentumsbildung gefordert. Es sei unmöglich, daß der größte Teil des Volkes sich auf die Dauer mit den Maßstäben und Gewohnheiten abfinden wird, die bisher die Verteilung des Eigentums bzw. des Sozialproduktes in der Bundesrepublik beherrschten. Es müßten neue Besitz- und Erwerbstitel gefunden werden. Es könne nur eine Lösung der Sozialreform anerkannt werden, die eine von Grund auf neue Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung erstrebt. Während die westliche Plutokratie sich durch die Vorspiegelung einer „christlichen Demokratie“ zu tarnen sucht,

¹⁾ Der Wehrbeauftragte der CDU, Oberst a. D. Berendsen, bislang Prokurist der Klöckner-Humboldt-Deutz-AG., plädiert aus wohlverstandenen Interesse für den Bau schwerer Panzer in Westdeutschland.

²⁾ z. B. in der amerikanischen Diamanten-Industrie. Vgl. Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung Nr. 63/1956. Während General Motors, Detroit, Gewinne und Dividenden von 100% und mehr ausweisen, wagt der Ford-Großaktionär (85%) bei den Ford-Werken Köln die deutschen Kleinaktionäre (15%) mit 5% Dividende bei gleichzeitiger Kapitalerhöhung um 48 Mill. DM auf 120 Mill. DM aus Gründen „erforderlicher Investition“ abzuspiesen. Umsatz der Ford-Werke, Köln 1949 = 146 Mill. DM; 1955 = 547 Mill. DM. Investitionen im Jahre 1956 = 115 Mill. DM; für 1957 weitere 85 Mill. Ziel: Ausbootung der deutschen Kleinaktionäre.

³⁾ Die Opel-Werke Rüsselsheim zahlten im Jahre 1955 an ihren amerikanischen Alleinaktionär, die General Motors, 116% Jahresdividende. Die Dividende wurde durch die deutsche Steuergesetzgebung außerdem noch bevorzugt behandelt.

wird warnend darauf hingewiesen, daß es auf die Dauer nicht erst eines kapitalistischen Wirtschaftssystems bedarf, um einen Zuwachs an Verbrauchsgütern und eine Erhöhung des Konsumstandards zu garantieren, der dann in den Massenquartieren moderner Mietskasernen verdaut wird. Es sei nicht ausgeschlossen, daß das kommunistische Wirtschaftssystem eines Tages die westliche Versorgung der Massen mit Verbrauchsgütern noch übertreffe. Die Wirtschaftspolitik des Westens sei nur auf die Interessenwahrung wirtschaftlicher Gruppen gerichtet. Diese Interessen würden von den einen als wachsende Gewinne und Vermögen, von den anderen als steigende Löhne begriffen.

An der Verteidigung solcher Eigentumsordnung aber würden nur diejenigen interessiert sein, welche darin Eigentum und Vermögen besäßen. Auf die Dauer bedrohe aber, so wird mit Recht hervorgehoben, der Kommunismus weder Kühlschrank noch Moped, weder Radio noch Fernsehschrank; denn nur die großen Vermögen derer, die

sich im Besitz der Produktionsmittel befinden, seien für ihn die begehrtesten Objekte der Sozialisierung.

Die Untersuchung gewinnt erhöhte Bedeutung angesichts der schleichenden Geldentwertung. Die Seelenmassage der Erhard'schen Wirtschaftspropaganda verhält ohne Erfolg. Das mammonistische System kann aus eigener Logik nicht mehr zum Maßhalten gelangen. Die Inflation der Preise geht mit der „Inflation der Moral“ und mit dem moralischen Abstieg der Gesellschaft Hand in Hand. Man kann nicht jahrelang ungestraft eine frivole Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben, um sich dann, angesichts katastrophaler Folgen, plötzlich der „Gnade Gottes“ zu überlassen. Die böse Saat der künstlichen Konsumsteigerung, der Bedarfsweckung und Habgier geht jetzt auf. Die Manager der Wirtschaftspolitik erhalten ihre Quittung aus der Eigengesetzlichkeit einer entfesselten und auf Zusammenbrüche hinzielenden ökonomischen Barbarei.

Wider die Verfälschung des Agon

Olympischer Wettstreit in einer materialistischen Welt

Als Spätlese antiken Geistes schenkte uns Baron de Coubertin Ende des 19. Jh. die Wiedergeburt der Olympischen Spiele. War diese Renaissance eine Fehlgeburt, und hätte sie aus diesem Grunde lieber unterbleiben sollen? Angesichts der zahllosen kritischen Stimmen, die sich während und nach den Winterspielen in Cortina d'Ampezzo zu Wort meldeten, und angesichts der Sommer-Olympiade 1956 scheint eine Besinnung auf das, was den Griechen Olympia bedeutete, und das, was aus den modernen Olympischen Spielen geworden ist, dringend am Platze.

Übung des Körpers gehörte von jeher zu einer adelig-ritterlichen Kultur, deren Träger in dieser Übung die einzige standesgemäße Beschäftigung des edlen Mannes sahen. Schönheit des Leibes und edler Sinn sollten im Menschen eine Einheit bilden, wie sie in Griechenland am besten in Apoll, dem Gotte der schönen Künste, verkörpert war. Der *καλὸς κἀγαθὸς* war das in der ganzen Griechenwelt anerkannte Idealbild des Menschen; Schönheit des Leibes und Gutheit der Seele wurden mitgestaltet und — geformt auf den Sportfeldern. Unter der heißen Sonne Attikas und Siziliens, an den Gestaden des Pontus Euxinus und Kleinasien mühte man sich

in gleicher Weise, „immer der Erste zu sein und vorzuleuchten den anderen“, ohne doch die Forderung Platos nach der Harmonie zu vergessen. Weder die geistigen Kräfte im Einzelmenschen noch die bürgerlichen in der Gemeinschaft durften diese wohlausgewogene Harmonie aus dem Gleichgewicht bringen. Aus der festgefügtten Ordnung der *πόλις* die in der ortsgebundenen Gottheit ruhte, wuchs zugleich die amphiktionische Bedeutung gewisser Gottheiten. Zeus freilich gehörte allen Griechen gemeinsam, und in Olympia spielte, rang und sportete man bekanntlich zu seinen Ehren. Für die Elite der Jungmannschaft galt es, den Beweis anzutreten, daß selbst bei stärkster Belastung der Nerven, bei höchster Anspannung individueller Kräfte unter den kritischen Augen von ganz Hellas, seinen Menschen und Göttern, nicht hemmungslos d. h. unter Mißachtung des Du um den Siegeslorbeer gestritten wurde. Man hatte ja in der Altis vor dem Angesichte Zeus' geschworen, daß man die Mitstreiter als gleichberechtigte Partner anerkennen, sich den geheiligten Regeln unterwerfen wolle auch in der Härte des Kampfes Brust an Brust oder Mann gegen Mann; *σωφροσύνη*, wohl ausgewogene innere Harmonie auch in Augen-

blicken stärkster Anfechtung bewahren, das entsprach höchsten griechischen Wertmaßstäben. Daß sie auch nur Menschen waren, diese griechischen Athleten, und gelegentlich in diesem Versprechen strauchelten, beweisen die 14 Basen gegenüber der Schatzhausterrasse unmittelbar vor dem Stadioneingang, auf welchen Zeusstatuen aus Strafgeldern errichtet waren zur Mahnung für alle späteren Wettkampfgeschlechter.

1000 Jahre und mehr haben diese Olympischen Spiele die Griechenwelt vereint, die zank- und eifersüchtigen Stämme für die Zeit der Spiele zu Ruhe und Frieden gezwungen; durch Spartas Macht und Ansehen wurden Anmarschwege und -stege auf dem Peloponnes gesichert, und erst als die Polis als Gemeinschaftsform von innen und außen zugleich sich auflöste, einem hemmungslosen Individualismus Platz machte, mußten auch die Spiele zugrunde gehen. Sie sanken im Zeitalter des Hellenismus schnell ab zu den durch üble Geschäftemacher veranstalteten Gladiatorenkämpfen von Berufsathleten.

Wo stehen wir heute? Es scheint so, als hätten wir modernen Menschen die 1000jährige Blütezeit der antiken Spiele bereits in einem halben Jahrhundert durchgemessen, und die eingangs gestellte Frage möchte abgewandelt lauten: Hat es heute noch einen Sinn, Olympische Spiele zu veranstalten?

Das mit der Renaissance zum Selbstbewußtsein erwachte Individuum formte sich nach „vernünftigen“ Gesetzen seine neue politische und gesellschaftliche Welt, die 1789 durch die Parolen von der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gekennzeichnet wurde. Diese Menschenrechte finden heute in unserer modernen Welt ihren sinnfälligen Ausdruck auf den Sportplätzen und in den Turnhallen, wo sie täglich in unmittelbarem körperlichen Erleben erprobt und geübt werden. Der Mensch in seiner Natürlichkeit mißt sich nach festgesetzten Regeln mit dem Objekt oder seinem Partner, wird gewogen und nach seiner Leistung eingestuft und bewertet.

Aber Olympia war zugleich Gottesdienst einer zeusgläubigen Kultgemeinde. Sie umfaßte den ganzen agonfreudigen griechischen Kulturkreis; kein Barbar hatte Zutritt. Nach der homerischen Ordnung der Götterwelt thronte der aus der nordischen Heimat mitgewanderte, von allen Stämmen gleichermaßen verehrte Zeus als oberster Gott über allen lokalen Gottheiten. Was in der Neuzeit wiedergeboren werden konnte, war nur die profane Seite

des olympischen Festes. Was ihm von Beginn an fehlen mußte, war die göttliche Weihe und damit die zwingende, ordnende Kraft, der sich das Griechentum jahrhundertlang willig beugte. Es ist schon recht, wenn von „Prozession, nicht Tempel“ (*Die Welt* vom 25. 2. 1956) die Rede ist! Wird die viel zitierte „Olympische Idee“ nicht zu sehr strapaziert und überfordert, wollte man ihr heute die gleichen Kräfte zumessen wie bei den Alten? Vergessen wir nicht: Der ganze Erdkreis hat heute Zutritt mit all seinen Rassen, Religionen und Kulturkreisen, mit seinen vielgestaltigen klimatischen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten. Welch eine Fülle von Problemen schließt diese gewaltige Ausweitung der modernen Spiele ein! Wo wird welche Sportart in welcher Jahreszeit besonders gepflegt, wenn hier Sommer und dort zugleich Winter ist? Wieviele Anträge auf Ausweitung, Änderung und Ergänzung des Programms zieht das alles nach sich bei den zahllosen, aus der Fülle nationaler Volkskulturen hervorgewachsenen Sportarten! Und dabei fehlt das in der Gottheit ruhende regulierende Prinzip. Hat die Parole von der „Gleichheit aller vor der Stoppuhr“ diese ordnende Kraft? Ist die Gleichheit der Chance wirklich gewahrt in einer Welt, die durch soziale und nationale, durch weltanschauliche Spannungen mehr und mehr innerlich zerrissen, die durch Masse und Materie zunehmend bestimmt wird? Gerät hier nicht der allzu fortschrittsgläubige Renaissancemensch in eine ausweglose Sackgasse?

Wer traut sich heute im Dschungel der Amateurparagraphen, im Zeitalter des Staatsamateurs noch ein sicheres Urteil, ob Berufssport oder nicht, zu? Emil Zatopek meinte kürzlich, zu dieser Entwicklung sei es gekommen, „weil nicht nur derjenige Leistungssport treiben dürfe, der über einen reichen Vater verfüge“; die Funktion, die hinter dem Eisernen Vorhang mit Unterhaltung, Ausbildung und Förderung sportlicher Talente der Staat übernimmt, erfüllen bekanntlich seit langem in den USA die Hochschulen. So werden Berufsathleten geschaffen, die zur Glorifizierung herausgestellt werden, aber nichts mehr gemein haben mit dem Geist Madeleine Berthods, die ihren Lehrgang vor den Winterspielen absagte, „weil ihr Knecht einen Unfall erlitten habe und sie daheim das Vieh versorgen müsse“. In dieser Professionsatmosphäre versagt die Olympische Idee, welche die Jugend der Welt aufruft, sich auf ihre ewige Aufgabe zu besinnen, mit der uns der Welterschöpfer beauftragt

hat, nämlich sich zu veredeln und vervollkommen, um in freiwilliger Selbstzucht die Grenze der persönlichen Leistungsfähigkeit zu erreichen.

Welch andere Welt bot sich dem Beschauer in Cortina dar, wo außer den Aktiven „nur die Neureichen Mitteleuropas... die Fürsten, Prinzen, die Generaldirektoren, große Manager und die Schwerverdiener des Films sich trafen...“ Es fehlten „diejenigen, die wirkliche Olympiastimmung mitbringen, tragen und verbreiten“, (*Christ und Welt* vom 2. 2. 1956) weil sie es sich nicht leisten konnten. Man wird sich beileibe nicht daran gewöhnen müssen, „daß die Olympischen Spiele zumindest ebensosehr ein gesellschaftliches wie ein sportliches Ereignis werden!“ (*Die Leibeserziehung* Jhg. 1955 S. 309). Das wäre am Holmenkollen und in Helsinki, aber auch in Garmisch kaum möglich gewesen. Was die Alten uns auch voraus hatten in jenem abseitigen Winkel zwischen Alpeios und Kladeos am Fuße des Kronoshügels, das war der *genius loci*, der die ganze Griechengemeinde in seinem Bann hielt. Von den Verantwortlichen sollte daher zukünftig die Ortswahl mit noch größerer Sorgfalt und mehr Bedacht erwogen werden. Wo darf olympische Stimmung, die in der Masse eine Resonanz findet, erwartet werden? Nur dort kann die olympische Idee weitergetragen werden und weiterwirken im Sinne einer Aufforderung an die Jugend der Welt, es den Auserwählten gleich zu tun, ihnen mit allen Kräften nachzueifern. Was nützt die mühselige Heranschaffung des olympischen Feuers über Tausende von Kilometern, wenn es nicht zugleich die Herzen der Weltjugend entflammen kann! Brücke in diesem Sinne kann nur das veranstaltende Gastland sein, dessen Verantwortung weniger in der Herrichtung riesiger und damit kostspieliger Stadien liegt; freilich muß auch ein würdiger Rahmen, der die einwandfreie technische Durchführung der Spiele gewährleistet, gegeben sein, nur darf der Kostenausgleich nicht zu kommerziellen Entgleisungen führen. Das wäre von vornherein ausgeschlossen, wenn man den Mut fände, sowohl das Sommer- wie das Winterprogramm rigoros zusammenzustreichen. Ge-

hören die Eiskunstläufer denn noch auf olympisches Eis, die erfahrungsgemäß früher oder später den verlockenden Angeboten der Filmgesellschaften und Showen erliegen? Ganz abgesehen von der stets umstrittenen Bewertung! Das scharfe Operationsmesser müßte aber manchen weiteren und tieferen Schnitt tun, um die Olympischen Spiele wieder zur Genesung zu führen.

Jugend ist immer bewegungshungrig, Jugend bedarf aber auch immer der Leit- und Vorbilder. Wenn heute der sporttreibende Teil gegenüber dem zuschauenden so gering ist in Westdeutschland, (es ist nicht überall so, vgl. *Die Leibeserziehung* Jhg. 1956 S. 1ff) so kann das nur Anlaß sein, Turnen und Sport wieder wert- und rangmäßig anders einzuordnen. Im Zuge der rasch wieder emporgestiegenen Kulturbedürfnisse aller Art haben sie viel an Boden verloren. Weder der Appell deutscher Sportführer noch die Bundesjugendspiele oder andere institutionelle Einrichtungen haben daran bisher etwas zu ändern vermocht. Die Jugend immer wieder aufzurufen, nach ideeller Vollendung zu streben, auch im Bereiche des Sportes, das sollte in einer Zeit des ständig um sich greifenden Materialismus und der Vermassung Aufgabe der Edelsten und Besten unseres Volkes sein. Der persische Feind von einst, der sich nach Herodot äußerte: „Wehe, Mardonius! Wider was für Männer führtest Du uns in den Streit, die nicht um Geld ihre Kampfspiele halten, sondern um die Tüchtigkeit“ (Her. 7/86), dieser Feind steht heute in unsern eignen Reihen. Fassen wir ihn mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln, auch denen, die einst Hellas verehrte; denn „die große Vergangenheit dieses Landes, das unser aller Wissen und unser aller Phantasie genährt hat, ist über das geistige Genießen hinaus nur dann sinnvoll, wenn aus ihm Kräftigung der Werte gewonnen wird, deren unsere Gegenwart für unsere Entscheidungen bedürftig ist.“ (Aus der Ansprache des Bundespräsidenten Theodor Heuss anläßlich seines Staatsbesuches am 15. 5. 1956 im Königl. Schloß in Athen, *Bulletin* vom 18. 5. 1956).

Sophus Elend